

Grosser Gemeinderat Winterthur

Protokoll der 21. und 22. Sitzung
des Grossen Gemeinderates im Amtsjahr 2012/2013
vom 18. März 2013
von 16.15 bis 18.30 Uhr und von 20.00 bis 22.00Uhr

Vorsitz: J. Lisibach (SVP)

Protokoll: K. Lang

Entschuldigt Nachmittagsitzung: Ch. Baumann (SP), T. Leemann (FDP)
Beide Sitzungen: Stadträtin P. Pedernana, M. Baumberger (CVP),
St. Feer (FDP), M. Gerber (FDP), S. Gygax (GLP),
F. Landolt (SP),

Traktanden

Trakt. Nr.	Gesch. Nr.	Geschäftstitel
1.*		Protokoll der 17./18. Sitzungen
2.*	13/022	Wahl eines Mitgliedes in die Sachkommission Bildung, Sport und Kultur anstelle des zurückgetretenen St. Schär (SVP) für den Rest der Amtsdauer 2010/2014
3.*	13/023	Wahl eines Mitgliedes in die Kunstkommission anstelle des zurückgetretenen St. Schär (SVP) für den Rest der Amtsdauer 2010/2014
4.*	09/130	Antrag und Bericht zur Motion H. Keller (SVP) betreffend Busverbindung zu den Aussenwachen Stadel, Grundhof und Ricketwil
5.*	10/112	Antrag und Bericht zum Postulat R. Diener (Grüne/AL) und M. Zehnder (GLP/PP) betreffend Erweiterung Bahnhof Grüze mit Haltekanten an Frauenfelderlinie (Grüze Nord)
6.*	12/109	Begründung des Postulats A. Steiner (GLP) und W. Schurter (CVP) betreffend Kunst und Natur am Bau
7.*	11/124	Beantwortung der Interpellation Ch. Ingold (EVP) betreffend Fortführung hauswirtschaftliche Fortbildungskurse
8.*	12/018	Beantwortung der Interpellation M. Wäckerlin (GLP/PP) und Ch. Magnusson (FDP) betreffend Umteilung aus auswärtigen Sonderschulen in die ISR
9.*	12/032	Beantwortung der Interpellation S. Madianos-Hämmerle (SP) betreffend Ressourcenverteilung Speziallehrkräfte in der Volksschule

- 10.* 11/014 Antrag und Bericht zum Postulat O. Seitz (SP), M. Wäckerlin (GLP/PP), M. Stauber (Grüne/AL), Ch. Ingold (EVP) und F. Albanese (CVP) betreffend mehr Chancengerechtigkeit im Bildungsbereich
- 11.* 11/013 Antrag und Bericht zum Postulat M. Wäckerlin (GLP/PP), O. Seitz (SP), A. Bosshart (FDP) und M. Stauber (Grüne/AL) betreffend Gymnasiums-aufnahmeprüfungsvorbereitung
- 12.* 10/128 Antrag und Bericht zum Postulat B. Günthard-Maier und A. Bosshart (FDP), F. Albanese (CVP) und St. Nyffeler (SVP) betreffend Familien- und Schullergänzende Kinderbetreuung: Anreizwirkung überprüfen
- 13.* 11/012 Antrag und Bericht zum Postulat E. Wettstein (SP), A. Steiner (GLP) und L. Banholzer (EVP) betreffend sportlich zum Sport oder ohne Auto zum Sport
- 14.* 10/087 Antrag und Bericht zum Postulat A. Steiner (GLP/PP), Ch. Denzler (FDP), R. Diener (Grüne/AL) und O. Seitz (SP) betreffend Kostenreduktion Dienstfahrten
15. 12/085 Begründung des Postulats Ch. Magnusson (FDP) und R. Keller (SVP) betreffend Identifizierung gegenüber Blinden
16. 12/086 Begründung der Motion B. Meier (GLP/PP), F. Landolt (SP), J. Altwegg (Grüne/AL), L. Banholzer (EVP) und D. Schneider (FDP) betreffend schnellere energetische Erneuerung der Gebäude
17. 10/098 Antrag und Bericht zum Postulat R. Keller (SVP) und H. Iseli (EDU) betreffend Ausrückgebühren und Kostenauflegung für Einsätze der Stadtpolizei Winterthur
18. 11/011 Antrag und Bericht zum Postulat Ch. Benz-Meier (SP) betr. Verkehrssicherheit auf Schulwegen
19. 12/119 Begründung des Postulats B. Günthard Fitze (EVP), B. Baltensberger (SP), M. Gerber (FDP), D. Berger (Grüne/AL) und K. Cometta (GLP) betreffend Zusammenlegung Feuerwehr und Zivilschutz zu einer Gesamtorganisation
20. 12/064 Beantwortung der Interpellation L. Banholzer (EVP) betr. Baustellensicherung auf Winterthurer Strassen

(* an dieser Sitzung behandelten Geschäfte)

Bürgerrechtsgeschäfte

1. B10/061 MISIMI geb. SHALI Alime, geb. 1958, kosovarische Staatsangehörige
2. B11/156 CACCIATORE Lucia, geb. 1968, italienische Staatsangehörige
3. B11/167 VARELA MARTINEZ Jesús Manuel, geb. 1967, spanischer Staatsangehöriger
4. B12/054 IZAIRI Ejup, geb. 1958, mazedonischer Staatsangehöriger
5. B12/129 AQUINO Francesco, geb. 1978, italienischer Staatsangehöriger

6. B12/141 DUTRUGE Nicolas Christian, geb. 1965, und Ehefrau COTTON DE BENNETOT Gaëlle Alexia, geb. 1971, mit Kindern DUTRUGE Justine Marie, geb. 1999, DUTRUGE Juliette Emmanuelle, geb. 2002, und DUTRUGE Caroline Marie, geb. 2006, französische Staatsangehörige
7. B12/142 GÁCSI geb. KOVÁCS Anna Márta, geb. 1952, ungarische Staatsangehörige
8. B12/145 ANGWILLI Armstrong Ngu, geb. 1977, mit Kindern Jed Nde, geb. 2007, und Stacey Shetou, geb. 2008, kamerunische Staatsangehörige
9. B12/147 AYALA CAMACHO Olga, geb. 1969, spanische Staatsangehörige
10. B12/151 CHAHID Tarik, geb. 1984, marokkanischer Staatsangehöriger
11. B12/156 MEHMEDOVIC geb. MUMINOVIC Dzemila, geb. 1969, bosnisch-herzegowinische Staatsangehörige
12. B12/159 MILOVANOVIC Slavica, geb. 1970, serbische Staatsangehörige
13. B12/160 MUHIALDEEN Fakhir Ahmed Muhialdeen, geb. 1971, irakischer Staatsangehöriger
14. B12/162 STEIN Henning, geb. 1966, und Ehefrau STEIN geb. KEMPER Jutta, geb. 1969, mit Kindern Hauke, geb. 2001, und Hannah, geb. 2003, deutsche Staatsangehörige
15. B12/163 TROLLI geb. ZENELAJ Merita, geb. 1983, kosovarische Staatsangehörige
16. B12/164 YILDIZ geb. ALMAZ Aysel, geb. 1964, mit Kind Pelsin, geb. 2002, türkische Staatsangehörige
17. B12/165 ZUZAKU geb. SHAQIRI Hisnije, geb. 1986, kosovarische Staatsangehörige
18. B12/166 DE MARTIN POLO Silvano, geb. 1951, italienischer Staatsangehöriger
19. B12/167 GUTBROD Peter Emanuel, geb. 1971, und Ehefrau GROSS Heike, geb. 1974, mit Kind GUTBROD Karl Edgar, geb. 2007, deutsche Staatsangehörige
20. B12/168 JOVANOVIC geb. CVETKOVIC Biljana, geb. 1973, mit Kindern Ivana, geb. 1995, Radovan, geb. 2002, Radan, geb. 2002, und Zorana, geb. 2003, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige
21. B12/170 MORINA Ali, geb. 1979, kosovarischer Staatsangehöriger
22. B12/171 MUSTAFOSKA Bleranda, geb. 1985, mit Kind RAHMANOVSKI Hasan, geb. 2006, mazedonische Staatsangehörige
23. B12/172 OHANYAN Artyom, geb. 1972, mit Kind Davit, geb. 2008, armenische Staatsangehörige
24. B12/173 OSMANI Adem, geb. 1983, mazedonischer Staatsangehöriger

25. B12/174 PLAKALOVIC Mirko, geb. 1966, mit Kind Marko, geb. 2011, bosnisch-herzegowinische Staatsangehörige
26. B12/176 ADEMI Amir, geb. 1981, mazedonischer Staatsangehöriger
27. B12/177 FÜRST geb. AKAMBA Marie Thérèse, geb. 1975, kamerunische Staatsangehörige
28. B13/001 ALDEN Fraser Jamie, geb. 1974, britischer Staatsangehöriger

Ratspräsident J. Lisibach begrüsst zur 21. und 22. Sitzung im Amtsjahr 2012/2013. Er begrüsst speziell die KV-Lehrlinge. Er hofft, dass sie die Vorstellung geniessen können und dass sie in der Beurteilung nicht zu hart sind.

Mitteilungen

Ratspräsident J. Lisibach freut sich mitteilen zu können, dass Silvia Gigax am 28. Februar 2013 ein Mädchen Namens Milly Mathilda geboren hat. Der Grosse Gemeinderat gratuliert herzlich.

Pendenzenliste: Geschäft 12/098 Subventionserhöhung zugunsten des Musikkollegiums Winterthur wurde zurückgezogen. Das Geschäft ist somit erledigt und wird von der Pendenzenliste gestrichen. Für das Geschäft 12/097 Erhöhung des jährlichen Beitrags für den Verein Benevol Winterthur ist die Sistierung aufgehoben. Das Geschäft kann beraten werden. Die beiden Geschäfte 11/060 Neuerstellung eines Ökonomiegebäudes für den Pachtbetrieb Weierstrasse und 11/102 Projekt Nr. 19152 Bau eines zweiten Rechenzentrums bleiben weiterhin sistiert.

Ratspräsident J. Lisibach kann ein neues Mitglied im Grossen Gemeinderat begrüssen. Gabriela Gisler-Burri (SVP) nimmt heute zum ersten Mal an einer Ratssitzung teil. Ratspräsident J. Lisibach wünscht ihr einen guten Start und viel Vergnügen im neuen Amt.

Fraktionserklärungen

Ratspräsident J. Lisibach: Fünf Fraktionserklärungen sind angekündigt worden, alle mehr oder weniger zum gleichen Thema. Der Ratspräsident schlägt vor, dass zuerst alle Fraktionserklärungen vorgetragen werden. Der Stadtrat wird erst am Schluss Stellung nehmen.

Sparauftrag des Parlaments

D. Oswald (SVP): Haben alle Stadträte die Zeichen der Zeit erkannt? Am 13. März 2013 hat der Stadtrat die Öffentlichkeit darüber informiert, wie er den Sparauftrag des Parlaments umsetzen will. Die SVP-Fraktion dankt dem Stadtrat, dass er den Auftrag ernst nimmt und Massnahmen ergriffen hat. Leider muss D. Oswald feststellen, dass einzelne Stadträte die desolante finanzielle Lage der Stadt Winterthur nicht ernst nehmen. Als erstes ist das Sozialdepartement zu nennen: Der Aufwand in diesem Departement im Budget 2013 beläuft sich auf 408 Millionen. Davon sind 114 Millionen Personalaufwand. Die eingesparten 650'000 Franken entsprechen 1,6 Promille der Gesamtausgaben oder 5,7 Promille der Personalausgaben im Departement Soziales. Diese Kostenreduktion ist ohne Leistungsabbau möglich. Die SVP-Fraktion ist überzeugt, dass sich der zuständige Stadtrat N. Galladé dessen ebenfalls bewusst ist. Trotzdem wählt er die Variante mit dem Leistungsabbau, um mit voller Absicht eine Front gegen einen nachhaltigen Umgang mit den finanziellen Ressourcen aufzubauen. Die SVP Winterthur verurteilt dieses Verhalten in aller Schärfe.

Der Stadtrat hat auch nach Lösungen auf der Einnahmenseite gesucht. Grundsätzlich bleibt festzuhalten, dass die Stadt ein strukturelles Defizit aufgrund zu hoher Ausgaben verzeich-

nen muss. Mit dem höchsten Steuerfuss im Kanton besteht kein Spielraum mehr. Die einzige Möglichkeit, die Steuereinnahmen zu steigern, besteht im Wachstum der ortsansässigen Firmen. Aber das Baudepartement arbeitet systematisch gegen diese Chance und verhindert durch eine ideologische Verkehrspolitik die Ausbauvorhaben der ansässigen KMU und Industriebetriebe. Ausgaben: Obwohl gespart werden muss, will der Stadtrat weiterhin einen überhöhten Gaspreis für den Gasbezug aus der Biorender Anlage bezahlen und gleichzeitig weitere Darlehen sprechen. In anbetracht der finanziellen Situation der Stadt Winterthur muss dieses Abenteuer eingestellt werden, bevor noch mehr Geld verloren geht. Denn was die Stadt bis jetzt investiert hat, ist mit Sicherheit verloren. Für die Stadt Winterthur hat die Sanierung der städtischen Finanzen absolute Priorität. Die SVP verurteilt mit aller Deutlichkeit, dass einzelne Stadträte parteipolitischen Zielen, wie soziale Umverteilung, ideologische Verkehrspolitik oder Grundlagenforschung in der Energiegewinnung, eine höhere Gewichtung einräumen, als der Finanzlage der Stadt. Sie schwächen damit sowohl das soziale Netz der Stadt Winterthur als ganzes als auch die Kollegialbehörde Stadtrat.

J. Altwegg (Grüne/AL): Die Katze ist aus dem Sack: Minutiös hat der Landbote aufgelistet, wo die Stadt Winterthur im Jahr 2013 wie viel sparen wird. Die im Sparrausch der Budgetdebatte beschlossene Pauschale von 5,5 Millionen - von ursprünglich angekündigten 3,5 Millionen! - mussten in wenigen Wochen zusammengekratzt und beschlossen werden. Das ist nicht sehr viel Zeit. In Anbetracht dessen, dass der Spielraum im Budget nur zirka 50 Millionen beträgt, betrifft das deutlich mehr als nur die Portokasse der einzelnen Departemente. Es geht tatsächlich ans Lebendige. Süffig sprechen unsere bürgerlichen Sparfüchse davon, dass es ja doch gehe und die Winterthurer Bevölkerung von den Kürzungen kaum etwas spüren werde. Ob das die Bewohnerinnen und Bewohner der Alterszentren auch so sehen, wenn die Pflegenden noch weniger Zeit für sie haben, darf doch arg bezweifelt werden. Der hohe Anteil beim Departement Soziales rührt schlicht daher, dass dies der grösste Brocken im Stadtbudget ausmacht. Wenn auf die Schnelle gespart werden muss, finden sich hier am schnellsten höhere Beträge. So lange das Parlament nicht selbst vorschlägt, wo gespart werden soll, kann es den schwarzen Peter nicht einfach an den Stadtrat weitergeben. Mit Hauruckübungen werden wir in Zukunft unsere hehren Ziele für die Stadt bei weitem verfehlen. Egal in welche Richtung es geht. Im Gespräch mit dem Landboten werden noch weitere Sparvorschläge feilgehalten: z.B. könne doch auch bei den Musikfestwochen gespart werden. Nicht mehrheitsfähige Sparvorschläge sind allerdings unredlich – die Grüne/AL-Fraktion macht deshalb nicht den Vorschlag, doch das neue Polizeigebäude wegzusparen, weil dies auf einen Schlag alle finanziellen Probleme der Stadt lösen würde. Schliesslich soll hier das Volk das letzte Wort haben.

Bereits haben sich bürgerliche Exponenten öffentlich darüber geärgert, dass die von ihnen durchgeboxte Bilanzverbesserung von 5,5 Millionen nicht nur mit Einsparungen, sondern auch mit Mehrerträgen erreicht wurde. Im Hinblick auf den Voranschlag 2014 werden hier wohl noch deutlich höhere Erträge budgetiert werden müssen und nicht nur Einsparungen. Eine massvolle Steuererhöhung darf nicht tabu sein: Der Steuerfuss der Stadt Winterthur liegt heute bei 122% - eine sehr abstrakte Zahl. Was bedeutet das konkret für einen Paar-Haushalt mit einem steuerbaren Einkommen von 80'000 Franken und einem Vermögen von 200'000 Franken? Das ist durchaus ein mittelständischer Haushalt. Sie erhalten eine Steuerrechnung über 7'660 Franken (Steuerfuss 122%). In Zürich bezahlt der gleiche Haushalt 7'550 Franken (Steuerfuss 119%). In Bern sind es satte 11'780 Franken. Eine Erhöhung des Winterthurer Steuerfusses um 2 bis 3% wäre also immer noch sehr konkurrenzfähig. Es sei denn, wir vergleichen uns mit den Gemeinden in direkter Nachbarschaft. Hier liegt der Steuerfuss tiefer. Die Stadt wird sicher vermehrt dafür sorgen müssen, dass städtische Dienstleistungen unseren direkten Nachbarn im Speckgürtel Winterthurs direkt in Rechnung gestellt werden können. Hier geht es um Eintritte in Bäder, Theater oder Museen, sowie um Gebühren für die Bibliothekskarte oder das Benutzen unserer Strassen. Mit dem Sparprogramm „effort14+“ sind alle gefordert, kreative Lösungen ohne Tabus zu diskutieren und diejenigen umzusetzen, welche für die Stadtbevölkerung und das lokale Gewerbe am erträglichsten sind.

M. Wenger (FDP): Die FDP denkt ebenfalls an das Budget aber nicht nur. Als erstes gratuliert M. Wenger im Namen der FDP der Stadt zum Umweltpreis. Auf diesen Preis kann die Stadtverwaltung stolz sein. Die Bekämpfung von Littering ist ein sinnvolles Engagement und wirkt sich auf die Jugendlichen und die Erwachsenen aus. Denn Sauberkeit ist Lebensqualität, diese sieht man jeden Tag. Die FDP dankt allen Beteiligten für ihre ausgezeichnete Arbeit.

Im zweiten Teil der Fraktionserklärung gesellt sich zur Freude am benahe erfüllten Sparauftrag im Budget 2013 etwas Ärger über den Informationsfluss. Nach der Geheimniskrämerei in der Fragestunde war der weitere Informationsfluss äusserst ärgerlich. Während die Presse am Mittwoch detailliert informiert wurde, haben die Mitglieder des Gemeinderats zur gleichen Zeit eine dünne Pressemitteilung per Mail erhalten. Als in der Folge die Presse bei den Ratsmitgliedern Meinungen einholen wollte und professionell nachhakte, standen die Befragten als Folge von fehlenden Informationen etwas dumm da. Die relevanten Informationen wurden erst am Donnerstag geliefert. Das ist mehr als ein Tag zu spät. Die FDP erwartet vom Stadtrat, dass die grossangelegten Presseinformationen gleichzeitig auch den Fraktionspräsidien oder den relevanten Kommissionsmitgliedern zur Verfügung stehen. Der Inhalt der Unterlagen hat immerhin gezeigt, dass sich der Stadtrat auf den Weg gemacht hat, um die Ausgaben in den Griff zu bekommen. Das ist immerhin ein guter Anfang.

R. Harlacher (CVP): Die Fraktionserklärung der CVP betrifft das Budget des Bauamtes. Die zuständige Stadträtin ist leider nicht anwesend. R. Harlacher bittet den Stadtrat die Aussagen weiterzuleiten. Das Amt für Städtebau feierte kürzlich das Jubiläum „fünf Jahre Städtebau Winterthur“. So weit so gut. Das ist an sich nichts Schlechtes. Über die Art und Weise, wie gefeiert wurde, hat die CVP-Fraktion jedoch gestaunt. Die Stadt Winterthur muss an allen Ecken und Enden sparen. Das Amt für Städtebau hat nichts Besseres zu tun als in unzähligen Arbeitsstunden ein Buch über das Jubiläum zu gestalten. Offenbar hat es die Zeit in der angespannten Finanzlage völlig unnötige Arbeiten zu verrichten. Gegen 180'000 Franken Einsparungen sollen im Amt für Städtebau und Tiefbau mit dem Sparpaket umgesetzt werden, indem die Graffitis weniger oft entfernt werden. Das Bauamt hätte besser auf das einer handverlesenen Gästeschar zugängliche Buch verzichten sollen. Offenbar wurden noch nicht in allen Departementen die richtigen Prioritäten gesetzt. Die CVP-Fraktion wird in der nächsten Budgetdebatte das Bauamt genau unter die Lupe nehmen.

Ch. Ulrich (SP): In der Budgetdebatte vom letzten Dezember hat sich die SP vehement gegen pauschale Budgetkürzungen ausgesprochen. Das zur Erinnerung aus vier Gründen: 1. Es ist fragwürdig, ob diese Pauschalkürzungen rechtlich haltbar sind. 2. Der Betrag von 4,5 Millionen ist absolut willkürlich zustande gekommen. In der Debatte war anfänglich von 3 Millionen die Rede. Der konkret gestellte Antrag lautete plötzlich auf 4,5 Millionen. Mit 3 Millionen wären der Stadt einige Sparmassnahmen erspart geblieben – gerade im Bereich Alter und Pflege. Für die Sparmassnahmen tragen diejenigen die Verantwortung, die letzten Dezember den Pauschalkürzungen zu einer Mehrheit verholfen haben. 3. Die SP ist der Meinung, dass das Parlament im Budgetprozess konkrete und mehrheitsfähige Sparaufträge stellen kann. In konstruktiver Zusammenarbeit zwischen dem Parlament und dem Stadtrat werden diese Anträge vorab in den Sachkommission diskutiert. Der Stadtrat hat dann die Möglichkeit, die Folgen aufzuzeigen. Letztlich müssen die Einsparungen durch eine Reduktion des Globalkredits und durch eine allfällige Anpassung der Indikatoren abgebildet werden. Das sind die Spielregeln von WOV, denen das Parlament zugestimmt hat und so sieht es auch die Aufgabenteilung zwischen der Exekutive und der Legislative vor. 4. Als Konsequenz aus den Pauschalkürzungen hat das Parlament keinen Einfluss auf die Form oder die Höhe der Einsparungen beziehungsweise Mehrerträge. Der Gemeinderat gibt sein höchstes Gut, nämlich die Budgetkompetenz, die nicht nur ein Recht, sondern auch eine Verpflichtung ist, aus der Hand.

Das war bereits im Dezember 2013 bekannt und wurde debattiert. Inzwischen ist bekannt, wo der Stadtrat sparen beziehungsweise mehr einnehmen will. Die SP hat sich bereits am letzten Mittwoch dazu geäussert. Sie hat im Hinblick auf die weiteren noch grösseren Sparmassnahmen bereits beschlossen, dass sie einem Sanierungsprogramm nur zustimmen

kann, wenn zwischen Sparen und Mehreinnahmen aber auch hinsichtlich der Verteilung auf die einzelnen Departemente und Anspruchsgruppen, die Opfersymmetrie beachtet wird. Wichtig ist, dass im Parlament die konkreten Sparmassnahmen diskutiert werden. Diesbezüglich haben die Reaktionen von bürgerlicher Seite auf die Sparvorschläge des Stadtrates sehr befremdet. Nachdem im Dezember die heisse Kartoffel dankbar dem Stadtrat abgegeben wurde, weil man anscheinend nicht so genau sagen kann, wo konkret gespart werden soll, wissen einige plötzlich, dass es durchaus bessere Orte für die Einsparungen von 4,5 Millionen gegeben hätte. Wenn sich das Parlament mit Pauschalkürzungen quasi selber die rote Karte gibt und sich damit vom Platz stellt, dann muss die Umsetzung auch akzeptiert werden. „Les absents ont toujours tort“. Die bürgerlichen Parteien haben es verschuldet, dass der Grosse Gemeinderat in dieser Sache aus eigenem Verschulden abwesend ist. Die Akte Budget 2013 soll jetzt aber geschlossen werden. Schliesslich stehen wesentlich grössere finanzpolitische Aufgaben vor der Tür. Bereits im Dezember 2013 hat die SP angekündigt, dass sie bereit ist einen offenen, konstruktiven Dialog mit allen Parteien zu führen, um ein ausgewogenes und vernünftiges Sparpaket für 2014 und die folgenden Jahre zu erreichen. Es geht um grosse Beträge. Deshalb darf kein parteiideologisch geprägter Hickhack entstehen. Die Verbesserungen auf der Einnahmenseite müssen deshalb von allen offen diskutiert werden können. Die SP ist bereit über alle Ausgabenkürzungen zu diskutieren. Ebenso will die Fraktion der WOV-Philosophie treu bleiben und neben dem Globalkredit auch die Leistungen entsprechend anpassen, wenn Veränderungen vorgenommen werden. Wer spart, soll sagen wo und mit welchem Effekt. So nimmt die SP-Fraktion im Budget 2014 ihre Verantwortung wahr und macht ihren Einfluss auf die Zukunft der Stadt Winterthur geltend. Dafür wurden die Ratsmitglieder gewählt.

Stadträtin Y. Beutler: M. Wenger hat sich geärgert, dass die Presse am Mittwoch detailliert informiert wurde, während die Ratsmitglieder lediglich eine dünne Pressemitteilung erhalten haben. Es war schlicht ein Versehen, dass die Power Point Präsentation nicht gleichzeitig mit der Pressemitteilung versandt worden ist. Das wurde in der Folge nachgeholt. Die Stadträtin entschuldigt sich für dieses Versehen. D. Oswald hat gefragt, ob alle Stadträte die Zeichen der Zeit erkannt haben. Diese Frage kann mit Ja beantwortet werden. Wenn dem nicht so wäre, hätte sich der Stadtrat wie der Zürcher Regierungsrat verhalten, der erklärt hat, dass pauschale Kürzungen nicht umgesetzt werden oder er hätte Massnahmen vorgeschlagen, die keine Mehrheit finden. Der Stadtrat hat alle Sparmöglichkeiten geprüft, die in seinem Kompetenzbereich liegen und die durchgesetzt werden können. Das Verhältnis von 83,5 % Aufwandminderung zu 16,5 % Einnahmensteigerung ist mehr als angemessen. Wenn man von der Einnahmenseite spricht, dann muss auch der Deckungsgrad geprüft werden. Wie hoch soll der finanzielle Beitrag der Stadt an eine bezogene Leistung sein? Diese Diskussion kann durchaus geführt werden.

Das Stichwort „strukturelles Defizit“ ist gefallen. Als Grund wurden die zu hohen Ausgaben der Stadt angegeben. Stadträtin Y. Beutler will aufzeigen, warum sich die Stadt Winterthur in dieser Situation befindet. In den vergangenen Jahren wurde in die Entwicklung der Stadt investiert. Das zahlt sich auf der einen Seite aus, indem ein Wachstum der Steuerkraft erzielt werden konnte, auf der anderen Seite sind Mehrausgaben zu verzeichnen. Das Bevölkerungswachstum bringt auch Infrastrukturkosten mit sich. Das betrifft aber lediglich einen kleinen Teil der Mehrausgaben. Die wirkliche Ursache, warum die Stadt mindestens 35 Millionen einsparen muss, liegt darin, dass der Finanzausgleich per 1. Januar 2012 geändert wurde. Vorher hat die Stadt Winterthur einen Steuerkraft- und einen Steuerfussausgleich erhalten. Das war fast eine versteckte Defizitgarantie. Der Kanton hat aber Einfluss genommen auf das Budget. Die Stadt war gezwungen einen Steuerfuss zu erheben, der 10 % über dem kantonalen Durchschnitt lag. Der Steuerkraft- und der Steuerfussausgleich wurden abgelöst durch den Ressourcen- und den Zentrumslastenausgleich. Der Ressourcenausgleich dient dazu die durchschnittliche Steuerkraft dem kantonalen Mittel anzugleichen. Der Zentrumslastenausgleich hingegen ist eine fixe Grösse. Winterthur hat den Zentrumslastenausgleich 2005 auf 117 Millionen berechnet. Vom Kantonsrat wurde letztlich eine Summe von 86 Millionen gesprochen. In Winterthur wurde es als grosser Erfolg gefeiert, als der Zentrumslastenausgleich um 11 Millionen erhöht wurde. Eigentlich war aber bereits klar, dass das nicht funktionieren kann. Winterthur erhält zu wenig für die zentralen Lasten, die die Stadt erbrin-

gen muss. Daraus entstehen folgende Probleme: Die Berechnungsgrundlagen stammen aus dem Jahr 2005. Bis ins Jahr 2012 musste ein Anstieg in der Sozial- und Erwachsenenhilfe von 66 Millionen auf über 104 Millionen verzeichnet werden. Im Sonderschulbereich beträgt der Anstieg 10 Millionen. Das sind Summen, die von der Stadt eingespart werden müssen, weil kein Ausgleich dafür sorgt, dass die zusätzlichen Lasten entsprechend entschädigt werden, das betrifft auch Aufgaben, die vom Kanton auf die Gemeinden überwältzt wurden. Zudem fehlt dem Zentrumslastenausgleich die Dynamik. Lediglich die Teuerung wird ausgeglichen. Diese Mechanismen haben zur Misere geführt, in der die Stadt jetzt steckt. Im ersten Jahr des Finanzausgleichs wurden noch Übergangszahlungen ausgerichtet. Im zweiten Jahr konnte die Stadt vom „Glencor-Effekt“ profitieren. Im nächsten Jahr ist keine Zauberverfee in Sicht, die der Stadt Millionen beschert wird.

Der Stadtrat nimmt seine Aufgabe wahr. Er arbeitet intensiv am Sanierungspaket 2014. Dabei wird über alles diskutiert. Der Stadtrat hat sich zum Ziel gesetzt, ein faires Paket zu präsentieren, das hinsichtlich der Verteilung auf die Departemente und hinsichtlich der Sensibilität der einzelnen Massnahmen ausgewogen ist. In Bezug auf die pauschalen Kürzungen war das nicht im gleichen Ausmass möglich. Wenn in so kurzer Zeit ein so grosser Betrag eingespart werden muss, ist das nur über die Festlegung von Quoten in den Departementen möglich. Diese Quoten wurden so gerecht wie möglich festgesetzt. Dabei wurden die Möglichkeiten der Departemente und die Kostensteigerung berücksichtigt. Der Stadtrat ist mit dem vorgelegten Paket nicht glücklich. Einige Massnahmen sind völlig willkürlich. Die Streichung der internationalen Lichttage ist ein Beispiel. Diese Ausgaben wurden gestrichen, weil die Stadt keine vertraglichen Bindungen eingegangen ist. Der Stadtrat hätte es begrüsst, wenn die 5,5 Millionen in einen Gesamtkontext der Sanierungsbemühungen gesetzt worden wären. Das war aber nicht der Fall. Der Stadtrat hat versucht seine Hausaufgaben so gut wie möglich zu erledigen. Er hat sich zum Ziel gesetzt für 2014 ein Budget vorzulegen, das sowohl vom Parlament wie auch vom Personal der Stadt verstanden und akzeptiert wird. Der Stadtrat wird die Massnahmen erst kommunizieren, wenn das Paket fertig geschnürt ist. Er braucht die Freiheit vor der Verabschiedung eine Gesamtschau vorzunehmen. Wann das soweit sein wird, kann Stadträtin Y. Beutler nicht genau sagen. Der Stadtrat nimmt diese Aufgabe sehr ernst und trifft sich regelmässig zu Sondersitzungen. Auch die Verwaltung arbeitet sehr intensiv an dieser Aufgabe. Stadträtin Y. Beutler bittet die Ratsmitglieder um das notwendige Vertrauen.

Stadtpräsident M. Künzle nimmt Stellung zur Fraktionserklärung der CVP. Das Amt für Städtebau hat in der Tat die angesprochene Veranstaltung durchgeführt. Das Buch, das herausgegeben wurde, musste nicht speziell für diesen Anlass geschrieben werden. Letztendlich handelt es sich um eine gebundene Version aller Power Point Präsentationen, die im Departement Bau in den letzten fünf Jahren erarbeitet wurden. Wenn man das Buch durchblättert, sieht man die Entwicklung der Stadt Winterthur. Es wurde nicht speziell ein Buchprojekt lanciert, sondern es wurden Power Point Präsentationen aneinandergereiht. Der Anlass „fünf Jahre Städtebau Winterthur“ war wichtig, vor allem auch für die Mitarbeitenden auf denen ein grosser Druck lastet. Man muss die Leistung des Personals würdigen und danken. Dieser Anlass war seit langem vorbereitet. Deshalb hat ihn das Amt für Städtebau durchgeführt.

Persönliche Erklärungen

Schulhaus Neuhegi

M. Wäckerlin (GLP/PP): Bereits in der Vorbesprechung zur Weisung GGR 2011/059 am 27.06.2011 hatte M. Wäckerlin darauf aufmerksam gemacht, dass das Schulhaus in Hegi wie geplant eventuell nicht ausreichen würde. Ebenso hatte er die zuständige Stadträtin anlässlich der öffentlichen Vorstellung des Projekts in Hegi gefragt, ob das geplante neue Schulhaus auch für die erwarteten Neuzuzüger ausreichend sei. Alles kein Problem, alles eingerechnet, hiess es. Nun kommt die Verschiebung des Schulhauses auf 2018. Nichts ist neu, nichts war unbekannt, weder die Zahl der zu erwartenden Neuzuzüger noch die Anforder-

rungen an die Ökologie noch sonst irgendetwas war nicht von Anfang an klar und bekannt. Es ist inakzeptabel, dass sich das Schulhaus weiter verzögern soll und es ist inakzeptabel, dass schon wieder die Kosten höher sein sollen, als ursprünglich geplant. Sind Zeitrahmen und Kosten kein ausschlaggebendes Kriterium beim Wettbewerb? Man sollte die Anforderungen der Wettbewerbe auf Zeit und Kosten fokussieren. Die Stadt hat ihre Planungen, ihre Bauten und ihre Kosten nicht im Griff. Da bleibt M. Wäckerlin sogar sein süffisantes: „Ich hab's Euch ja gesagt!“ im Hals stecken, es bleibt nur bittere Enttäuschung übrig. Überhaupt muss sich die Stadt grundsätzlich überlegen ob und welches Wachstum sie haben will. Das Neubaugebiet in Hegi heizt das Bevölkerungswachstum weiter an, und damit auch die dadurch verursachten Probleme, wie fehlende Verkehrsinfrastruktur, Geldmangel, Investitionsrückstau und eben Platzmangel im Schulhaus. Der Ausbau von Grüze/Hegi mag in kantonalem Interesse liegen, er ist aber sicher nicht im Interesse der Stadt. Entsprechend sollte die Stadt entweder massiv bremsen oder den Kanton finanziell in die Pflicht nehmen. Die Stadt kann sich das Neubaugebiet nicht leisten. Und damit kommt M. Wäckerlin zum dritten Punkt, der Verkehrserschliessung. Er möchte bei der Gelegenheit klar stellen, dass – anders als im Landbote der Anschein erweckt wurde – grosse Einigkeit herrscht, welches die optimale Erschliessungsvariante ist, sowohl unter der betroffenen Bevölkerung, der Wirtschaft und Wiesendangen. Es wäre nun die Pflicht der Stadträtin, alles zu tun, um diese Variante beim Kanton durch zu bringen. Angesichts der Tatsache, dass die Planungszone, wie bereits gesagt, vor allem in kantonalem Interesse liegt, darf der Kanton hier nicht auf dem Buckel der Betroffenen eine billige Lösung durchsetzen, sondern er soll seine Verantwortung wahr nehmen. Das geht aber nur, wenn sich der Stadtrat geschlossen hinter die gemeinsame Variante der Arbeitsgruppe stellt und die differenzierte Position der Arbeitsgruppe übernimmt und gegenüber dem Kanton überzeugend vertritt.

Stadtrat St. Fritschi kann nur zu einem Teil der Aussagen Stellung beziehen. M. Wäckerlin hat erklärt, dass alles bereits bekannt war und nichts neu ist. Stadtrat St. Fritschi muss dieser Aussage widersprechen. Der Stadtrat kann die Geburtenquote der Bevölkerung, die in Hegi wohnt, nicht beeinflussen. Niemand kann wissen, wie viele Kinder pro Haushalt geboren werden. Im Gebiet Neuhegi ist eine höhere Geburtenquote festzustellen als vor fünf Jahren angenommen. Wie ein Schulhaus im Minergie-P-Eco-Standard gebaut werden muss, war ebenfalls unbekannt. Es sind erste vier oder fünf Schulhäuser in diesem Standard gebaut worden. Winterthur gehört zu den wenigen Städten, die ein entsprechendes Schulhaus gebaut haben. Das Schulhaus Zinzikon entspricht dem Standard Minergie-P-Eco. Deshalb ist jetzt bekannt, welche Konsequenzen zu erwarten sind in Bezug auf die Planung und die Bauzeit. Der Beton darf zum Beispiel nicht mit offenen Fenstern und einem Elektrogebläse getrocknet werden. Man muss den Bau an der Luft austrocknen lassen. Das hat eine Verzögerung von mehreren Monaten zur Folge. Man darf zudem dem Beton keine Chemikalien beimischen. Das sind alles Erkenntnisse, die noch nicht sehr lange bekannt sind. Der Stadtrat ist sicher, dass im Raum Neuhegi kein Kind im Eulachpark unterrichtet werden muss. Jedes Kind kann unter einem Dach die Schule besuchen. Der Stadtrat sucht intensiv nach Lösungen. Auch wenn der Schuhausbau erst 2018 fertig wird, können Lösungen gefunden werden, um der erhöhten Geburtenrate im Raum Neuhegi gerecht zu werden.

Stadtpräsident M. Künzle: Die Planungszone Neuhegi heizt das Wachstum an. Das ist richtig. Das Wachstum an Arbeitsplätzen wird nämlich angeheizt. Das ist die wichtigste Entwicklung in diesem Stadtteil. Der Stadtrat hat sich zum Ziel gesetzt, dass die Planungszone Neuhegi als Ganzes funktionieren soll. Deshalb gehören nicht nur Arbeitsplätze in diese Zone, sondern auch Wohnungen, damit eine gewisse soziale Kontrolle vorhanden ist. Wenn ein Quartier am Wochenende leer und tot ist, besteht die Gefahr von Vandalismus. Diese Diskussion wird im Grossen Gemeinderat noch stattfinden. Stadtpräsident M. Künzle freut sich darauf. Der Stadtrat ist überzeugt, dass er ein gutes Produkt erarbeitet hat. In dieses Projekt wurde sehr viel Arbeitszeit investiert. Verkehrserschliessung: Das Resultat des Workshops wurde präsentiert. Der Stadtrat hat das Resultat noch nicht formell zur Kenntnis genommen. Er hat sich noch nicht entschieden, wie es weiter gehen soll. Das wird er im April 2014 entscheiden. Dann wird auch der Gemeinderat informiert.

Budgetdebatte

N. Gugger (EVP): Ch. Ulrich hat in seiner Replik bereits wichtige Fakten zusammengefasst. Zur Budgetdebatte muss N. Gugger der SVP folgendes erwidern: Das Misstrauensvotum ist ein Affront gegenüber dem Stadtrat. N. Gugger hält fest, dass die SVP gemeinsam mit den bürgerlichen Parteien dem Stadtrat einen pauschalen Sparauftrag in der Höhe von 4,5 Millionen erteilt hat. Am meisten hat N. Gugger die Aussage im Landboten gestört, dass sich die SVP darüber ärgert, dass bei der Betreuung der Seniorinnen und Senioren pro Wohngruppe eine halbe Stelle eingespart wird. Das ist ein massloser Affront. Eine Kürzung von 3 Millionen hätte genügt. Die SVP moniert, dass ausgerechnet bei den alten Leuten gespart wird, das heisst die heisse Kartoffel wird hin und her geschoben. Die bürgerlichen Parteien fordern vom Stadtrat, dass er das Budget um 4,5 Millionen kürzt. Ausgerechnet im Sozialwesen werden Stellen abgebaut. Jetzt wird reklamiert, dass es die falschen trifft. N. Gugger hat auch keine Freude, wenn die Jungen oder die Lichtspieltage von den Sparmassnahmen betroffen sind. 40 Millionen muss die Stadt allein in der Erwachsenenhilfe mehr ausgeben. Diese Ausgaben belaufen sich auf über 100 Millionen. Stadträtin Y. Beutler hat die Situation geschildert. Der Zentrumslastenausgleich wird nicht erhöht. Das notwendige Geld ist nicht vorhanden. N. Gugger bittet die Ratsmitglieder, in der nächsten Budgetdebatte gemeinsam nach einer fairen Lösung zu suchen. Wenn schon, müssen die bürgerlichen Parteien klar formulieren, welche Themen tabu sind und wo nicht gespart werden darf.

D. Oswald (SVP): In der Diskussion zu den Fraktionserklärungen sind wichtige Fakten ausgeblendet worden. D. Oswald erinnert die Ratsmitglieder daran, dass die SVP in der Fraktionserklärung nicht kritisiert hat, dass gespart worden ist. Es freut die SVP sogar ausserordentlich, dass der Sparvorschlag, den die SVP im Rahmen der Budgetdebatte 2012 gemacht hat, aufgenommen worden ist. Die Stadt will sich wie vorgeschlagen von Restaurants trennen. In den Sparanträgen hat die SVP aufgezeigt, dass bei den Informatikdiensten Winterthur (IDW) ein grosses Sparpotential vorhanden ist. Der Stadtrat hat das noch nicht aufgenommen. In der Vergangenheit hat die SVP darauf hingewiesen, dass die Stadt kein Geld hat, um die Bauernhöfe, die sich im städtischen Besitz befinden, teuer zu sanieren. Hier könnten die Ausgaben ebenfalls reduziert werden. Die SVP-Fraktion hat ihre Aufgaben gemacht und Hinweise gegeben, wo gespart werden kann. Zudem hat niemand gesagt, dass es falsch ist, im Sozialdepartement zu sparen. Die Art wie gespart wird, ist falsch. Es ist Taktik, wenn Nadelstiche verteilt werden, damit das Stimmvolk möglichst wütend wird und erklärt, dass es nicht möglich ist zu sparen. Das ist Parteipolitik und nicht die Politik eines Exekutivmitglieds. Das ist die Kritik, die von der SVP angebracht wird. Bezüglich Aufgaben, die vom Kanton an die Gemeinden abgegeben werden, hält D. Oswald fest, dass primär die linken Parteien im Kantonsrat dem Staat immer neue Aufgaben aufhalsen wollen. Damit sie mit ihren Begehren im Kantonsrat erfolg haben, schlagen sie jeweils vor, dass die Kosten an die Gemeinden abgeschoben werden sollen. Deshalb muss jetzt nicht von der gleichen Seite gejammert werden, weil die Stadt immer mehr Kosten tragen muss. Die linken Parteien sollen sich an der eigenen Nase nehmen und den Ausbau des Staates reduzieren.

Stadtrat N. Galladé: Im Departement Soziales hat der Stadtrat Einsparungen von 1,65 Millionen gefordert. Dieser Betrag wurde in Relation gestellt zu den Personalausgaben. Im laufenden Jahr betragen die Einsparungen bei den Personalkosten über 1 Million. Stadtrat N. Galladé erinnert an die Budgetdebatte und an die Debatte in der Sachkommission Soziales und Sicherheit (SSK). Gesamthaft sind im Departement Soziales Sparanträge in der Höhe von ca. 500'000 Franken gestellt worden. Wenn Sparen so einfach wäre, wie das die SVP behauptet, könnten auch die entsprechenden Anträge gestellt werden. Dabei müssen Leistungen und Finanzen miteinander in Verbindung gebracht werden. Man kann nicht einfach einen pauschalen Sparantrag stellen und dann erklären, dass es so nicht gemeint war. Dem Stadtrat sind die Sparmassnahmen nicht leicht gefallen. Er hat keine politischen oder taktischen Spiele getrieben. Stadträtin Y. Beutler hat das bereits im letzten Dezember erklärt. Wenn die Parlamentsmehrheit eine Hauruck-Übung beschliesst, dann kann der Stadtrat nicht primär dort sparen, wo es am intelligentesten ist, sondern dort wo das Sparziel kurzfristig erreicht werden kann. D. Oswald hat noch zwei weitere Themen angesprochen. Er hat

erklärt, dass die Linken zusätzliche Ausgaben beschliessen würden. N. Galladé war Mitglied des Kantonsrates. Wenn man die Mehrheiten genauer betrachtet, dann kann man dieses Argument widerlegen. Was aber im Kantonsrat beschliessen worden ist, sind zahlreiche Steuersenkungen in den letzten 10 Jahren, die das Budget der Gemeinde Winterthur belasten. Es handelt sich dabei um zweistellige Millionenbeträge, die der Stadt fehlen. Das haben die bürgerlichen Parteien zu verantworten. Stadtrat N. Galladé ist froh, dass die kantonsrätliche Mehrheit, die für die Abschaffung der Grundstückgewinnsteuer gestimmt hat, keinen Erfolg verbuchen konnte. Das Volk hat diese Vorlage abgelehnt. Andernfalls hätten der Stadt weitere Mittel in der Kasse gefehlt. D. Oswald hat dem Stadtrat vorgeworfen, dass er mit den konkreten Sparmassnahmen Parteipolitik vertrete. Der Stadtrat steht zu den Massnahmen und setzt sie durch. Der Gemeinderat muss dazu stehen, dass er Einsparungen in Auftrag gegeben hat, für die er auch die Verantwortung trägt.

Stadträtin Y. Beutler: D. Oswald hat moniert, dass bei den IDW nicht gespart worden sei. Im Raum standen pauschale Sparmassnahmen von 4,5 Millionen und zusätzliche Einsparungen von 1 Million bei den IDW. Das Problem ist, dass der Globalkredit der IDW 0 Franken beträgt und deshalb grundsätzlich nichts eingespart werden kann. Stadträtin Y. Beutler kann sich an die Zeiten erinnern, als im Voranschlag die Kosten für jeden Kugelschreiber budgetiert worden sind. Der Gemeinderat hat sich bis ins Detail darum gekümmert, wie die Stadtverwaltung das Geld ausgibt. Das Parlament hat den Entscheid getroffen, auf die wirkungsorientierte Verwaltung umzusteigen. Das Parlament gibt die Ziele vor und bestimmt wie viel Geld zur Zielerreichung zur Verfügung steht. Die IDW kann nicht selber entscheiden, ob ein Projekt realisiert wird oder nicht. Die IDW erhält Bestellungen aus den Departementen und verrechnet die Leistungen. Wenn man Kosten bei den IDW sparen will, müsste man in den einzelnen Produktgruppen den Globalkredit reduzieren. Diese Produktgruppen sind aber organisiert wie ein KMU. Das ist gewollt. Das bedeutet aber, dass es ihnen überlassen ist, wie sie den Globalkredit einsetzen wollen, solange die vorgegebenen Ziele erreicht werden. Obwohl der Antrag, das Budget pauschal zu kürzen, ein Verstoss gegen die Spieregeln von WOV ist, hat der Stadtrat beschliessen 5,6 Millionen einzusparen. Er hat den Departementen explizit den Auftrag erteilt Projekte der IDW in den Sparbemühungen zu berücksichtigen. Einsparungen von 1 Million sind in so kurzer Zeit aber nicht umsetzbar. Der Stadtrat hat den Wunsch des Parlaments ernst genommen und hat ihn sinngemäss umgesetzt.

M. Wäckerlin (GLP/PP): Wenn WOV funktionieren soll, dann muss man auch die IDW damit steuern können. Die Umlagen zwischen den Departementen müssen deshalb unbedingt transparent gemacht werden.

Stadträtin Y. Beutler: Das ist bereits so.

1. Traktandum

Protokoll der 17./18. Sitzungen

Ratspräsident J. Lisibach: Die Protokolle sind in der Stadtkanzlei zur Einsicht aufgelegt und im Internet veröffentlicht worden. Einsprachen sind keine eingegangen. Der Ratspräsident stellt den Antrag die Protokolle abzunehmen. Es gibt keine Einwendungen. Damit sind die Protokolle abgenommen.

2. Traktandum

GGR-Nr. 2013/022: Wahl eines Mitgliedes in die Sachkommission Bildung, Sport und Kultur anstelle des zurückgetretenen St. Schär (SVP) für den Rest der Amtsdauer 2010/2014

Ch. Ulrich (SP): Die IFK schlägt einstimmig Gabriella Gisler (SVP) zur Wahl vor.

Ratspräsident J. Lisibach stellt fest, dass keine weiteren Vorschläge gemacht werden. Damit ist G. Gisler (SVP) in die Sachkommission Bildung, Sport und Kultur gewählt. Der Ratspräsident gratuliert zur Wahl.

3. Traktandum

GGR-Nr. 2013/023: Wahl eines Mitgliedes in die Kunstkommission anstelle des zurückgetretenen St. Schär (SVP) für den Rest der Amtsdauer 2010/2014

Ch. Ulrich (SP): Die IFK schlägt Gabriella Gisler (SVP) zur Wahl vor.

Ratspräsident J. Lisibach stellt fest, dass keine weiteren Vorschläge gemacht werden. Damit ist G. Gisler (SVP) in die Kunstkommission gewählt. Der Ratspräsident gratuliert zur Wahl.

4. Traktandum

GGR-Nr. 2009/130: Antrag und Bericht zur Motion H. Keller (SVP) betreffend Busverbindung zu den Aussenwachten Stadel, Grundhof und Ricketwil

H. Keller (SVP): Die SVP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die ausführliche Antwort, die endlich erteilt worden ist. Diese Motion wurde bereits um ein Jahr verschoben, mit der Begründung, dass mehrere für die Planung des öffentlichen Verkehrs sehr wichtige Prozesse und Verfahren erst im Laufe des Jahres 2011 abgeklärt werden. Die Einwohner von Stadel warten bereits über 20 Jahre auf eine Busverbindung. Immer wieder wurde versprochen, dass die Verbindung geprüft werde. Jetzt endlich kann die Bevölkerung der Aussenwachten hoffen – trotz der Sparmassnahmen, über die fast eine Stunde diskutiert worden ist. H. Keller hofft, dass es nicht nur bei der Planung bleibt und dass der Stadtrat seinen Vorschlag umsetzt. Er ist überzeugt, dass der Stadtrat, auch dank den 42 Ratsmitgliedern, die diese Motion unterschrieben haben, handeln wird. Im Bericht vom 5. April 2005 über ein zukunftsorientiertes und leistungsfähiges ÖV-System für die Agglomerationen steht, dass das Hauptnetz nicht zwingend an den Stadtgrenzen enden, sondern durch das Optimieren der Transportmittel vermehrt in die angrenzenden Agglomerationsgemeinden führen soll. Der Stadtrat schlägt vor eine Verlängerung der Linie 674 von Seuzach nach Stadel zu prüfen. Das wird allerdings frühestens ab 2015 der Fall sein. Mit 2 bis 3 Kursen in der Hauptverkehrszeit wäre das für Stadel eine gute Lösung, für die die Bewohnerinnen und Bewohner von Stadel dankbar wären. Ricketwil muss sich allerdings noch länger gedulden. Der Stadtrat verspricht immerhin, dass er im Rahmen einer Busüberquerung beim Bahnhof Grüze eine Variante für Ricketwil prüfen will. Aber das wird erst 2018 der Fall sein. H. Keller bittet den Stadtrat erneut, die Möglichkeiten für einen Rufbus für Ricketwil zu prüfen. Er hofft, dass der zuständige Stadtrat es nicht bei einer Prüfung belässt, sondern handelt – vor allem für Stadel. Wenn sich der Stadtrat im gleichen Masse dafür einsetzt, wie für Biorender, dann fährt bereits übermorgen ein Biogasbus nach Stadel. In diesem Sinne nimmt die SVP-Fraktion den Bericht im positiven Sinn zur Kenntnis.

R. Diener (Grüne/AL): Die Grüne/AL-Fraktion dankt für den ausführlichen Bericht und die umfangreichen Abklärungen. Die Befürchtungen haben sich leider bestätigt. Es ist im Moment nicht möglich ein finanziell vertretbares Angebot für die sofortige Erschliessung der beiden Aussenwachten bereitzustellen. Leider ist es auch nicht möglich eine direkte Anbindung mit einer zusätzlichen Linie umzusetzen. Der Stadtrat kann aber versuchen durch Änderungen der bestehenden Postauto- und Stadtbussverbindungen die Probleme zu lösen und ein entsprechendes Angebot für die Aussenwachten bereitzustellen. Die ganze Problematik muss in einem übergeordneten Kontext betrachtet werden. Das Potential ist vergleichsweise gering. Trotz höherem Fahrgastpotential steht auch die Buslinie nach Eidberg unter starkem wirtschaftlichem Druck und ist weit weg von einer vernünftigen Eigenwirtschaftlichkeit. Die SVP reklamiert zudem schnell, wenn der ÖV zuviel Geld kostet. Auch eine Tarifierhöhung würde kaum befürwortet. Die Investition von noch mehr Steuergeldern in den ÖV würde die SVP kaum goutieren. In dieser Hinsicht muss man realistisch bleiben und zur Kenntnis nehmen, dass eine komfortable Busverbindung zu den Aussenwachten Stadel, Grundhof und Ricketwil aus wirtschaftlicher Sicht leider nicht möglich ist. R. Diener fordert die Einwohnerinnen und Einwohner der Aussenwachten auf innovative Lösungen zu suchen. Die SVP erklärt immer wieder, dass man nicht immer mehr vom Staat fordern soll. In dieser Hinsicht sind alle gefordert. Vielleicht kann im Dorf ein Taxidienst zu interessanten Preisen angeboten werden. Das könnte durchaus eine temporäre Lösung sein. Zudem besteht die Möglichkeit mit dem Auto zur nächsten Bushaltestelle oder dem nächsten Bahnhof zu fahren. Rund um die Stadt gibt es entsprechende Park+Ride Standorte. Die bestehende Linie nach Iberg wird zudem schlecht genutzt. R. Diener schlägt deshalb vor mit dem Auto zur nächsten Haltestelle zu fahren und dann auf den ÖV umzusteigen. Die Grüne/AL-Fraktion begrüsst die Planung von Stadtbuss. Dieser Wermutstropfen muss in Kauf genommen werden. Stadtbuss kann nicht für jeden Einwohner eine Erschliessung zur Verfügung stellen. Man kommt heute mit einem Elektrowelo sogar nach Ricketwil ohne sportlich sehr fit zu sein. Für die wenigen Transporte müssen sich die Leute selber behelfen.

J. Würigler (SP): Die SP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Ausführungen und dem Motionär für seinen Vorstoss, der von der SP sein könnte. Der Stadtrat hat eine tadellose Ausleageordnung gemacht und aufgezeigt, was möglich ist und was nicht. Er hat keine Mühen gescheut. Allerdings hat er sich auch lange Zeit gelassen. Die Aussagen haben Hand und Fuss. Die Stadt muss sich an die gesetzlichen Grundlagen halten. Unter 300 Personen besteht kein Rechtsanspruch auf eine Erschliessung durch den ÖV. Wenn kein Rechtsanspruch besteht, leistet der ZVV keinen Beitrag an die Erschliessung. Die Stadt muss die Dienstleistungen selber bezahlen. Auch Rufbusse kosten sofort sehr viel Geld. Kleinbusse sind ebenfalls nicht für einige tausend Franken zu haben. Die Stadt kommt sofort in einen Bereich, der im Budget sehr schnell und schmerzhaft spürbar wird, wenn sie alles selber finanzieren muss. Das Fazit des Stadtrates in der Motionsantwort ist richtig. Man kann nur bestehende Linien ausbauen. Die Erschliessung von Ricketwil mit der Linie 680 ab 2018 hängt von der vierten Teilerweiterung des ZVV ab. Auch die Verlängerung der Linie 674 nach Stadel ist nicht sofort erhältlich. Wenn man bedenkt, was der Stadtrat letzte Woche in Bezug auf die Sparmassnahmen gesagt hat, müssen die Konsequenzen gezogen werden. Die Busverbindungen werden immer schwieriger zu realisieren sein. Die Ratsmitglieder müssen wahrscheinlich sogar zur Kenntnis nehmen, dass entsprechende Studien kaum mehr möglich sein werden, weil das Geld nicht vorhanden ist.

L. Banholzer (EVP): Die EVP-Fraktion dankt dem Stadtrat für den ausführlichen Bericht zur Motion. Das Parlament würde es sicher gerne sehen, wenn das ganze Stadtgebiet von Winterthur durch den öffentlichen Verkehr erschlossen werden könnte. Deshalb haben so viele die Motion unterschrieben. Für die Bewohner der Aussenwachten könnte die Lebensqualität weiter verbessert werden, wenn sie bei Bedarf mit dem Bus fahren könnten anstatt auf private Transporte angewiesen zu sein. Aber die periphere Lage der meisten Aussenwachten und die geringe Einwohnerzahl machen es schwierig oder fast unmöglich einen sinnvollen ÖV-Betrieb einzurichten. Mit dem aktuellen Beschluss des Stadtrates keine neuen Verbindungen mehr anzubieten, die nicht vom ZVV finanziert werden können, ist der gewünschte

Ausbau in naher Zukunft eher unrealistisch. Die EVP erwartet trotzdem, dass geprüft wird, ob allenfalls eine bestehende Linie, die vom ZVV finanziert wird, so geführt werden kann, dass für bestimmte Aussenwachten eine Verbesserung resultiert. Die EVP kann grundsätzlich die Überlegungen des Stadtrates im Hinblick auf die Förderung des öffentlichen Verkehrs rund um Winterthur nachvollziehen und nimmt den Motionsbericht zustimmend zur Kenntnis.

F. Helg (FDP): Die grosse Mehrheit der FDP-Fraktion ist zum Schluss gekommen, dass sie diese Motion nicht erheblich erklären will – so wie das in der Antwort beantragt wird. Der Stadtrat hat einen umfassenden Bericht vorgelegt. Mögliche Linienführungen sind in Varianten dargestellt und verglichen worden. Deshalb liegt jetzt eine gute Entscheidungsgrundlage vor. Das Anliegen ist verständlich. Mit dem momentan geltenden Finanzierungssystem müsste die Stadt Winterthur die Kosten tragen. Diese Kosten sind bedeutend, vor allem in Relation zur Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner, die profitieren könnten. Sowohl im Gebiet Stadel Grundhof als auch im Gebiet Ricketwil wären im Schnitt mit Kosten von rund 500'000 Franken pro Jahr zu rechnen, also insgesamt mit rund 1 Million. Das ist sehr viel. Die FDP anerkennt aber, dass Stadtbus dynamisch denkt und die Türe nicht einfach zuschlägt. Im Bericht werden Entwicklungsmöglichkeiten in der weiteren Zukunft aufgezeigt. In früheren Debatten zur Buslinienführung wurde im Rat jeweils daran erinnert, dass neue Wohngebiete nach neuen ÖV-Erschliessungen rufen und dass bestehende Defizite jeweils in die Planung einfließen müssen. Eigennütziges Denken wäre im Endeffekt kontraproduktiv. So wurde im Januar 2012 über die Wiederherstellung von quartierinternen Busverbindungen in Wülflingen diskutiert. F. Helg hat gemeinsam mit J. Lisibach (SVP) ein Postulat eingereicht. Dabei wurde keine Neuerschliessung thematisiert, sondern die Aufrechterhaltung eines bestehenden Angebots für die Einwohnerinnen und Einwohner in Wülflingen. Der Stadtrat hat verschiedene Varianten geprüft, die erhebliche Kosten zur Folge gehabt hätten. Der Rat war dann unisono der Meinung, dass sich diese Ausgaben nicht verantworten lassen. Die Interpellation von S. Näf betreffend ÖV ins Technorama wurde vom Rat im letzten Oktober zurückhaltend gewürdigt. Wenn diese Motion jetzt nicht erheblich erklärt wird, ist dieser Entscheid aus Sicht der früheren Debatten folgerichtig. Die FDP anerkennt die Strategie von Stadtbus sich vor allem für die Beseitigung von Kapazitätsengpässen und Unzulänglichkeiten im bestehenden Fahrplan stark zu machen, als Schritt in die richtige Richtung. Heute wurde die Fahrplanaufgabe gestartet für die neue Fahrplanperiode. Es sind einige Verbesserungen auf den Linien 2, Seen Wülflingen und 7, Schlosstal, Wülflingen vorgesehen. Der Takt wird verdichtet.

F. Helg vertritt heute T. Leemann als Ricketwiler. Er hat sich im positiven Sinn zur Motion geäussert, ist aber kurzfristig verhindert. F. Helg kann zwar nicht erklären „ich bin auch ein Ricketwiler“, will es aber nicht versäumen die Argumente, die T. Leemann heute vorgetragen hätte, in die Diskussion einzuspeisen. T. Leemann hat sich für diese Motion ausgesprochen, weil Ricketwil wirklich abgeschnitten ist vom ÖV. Er hat auch seine Zweifel, ob die 500'000 Franken für das Rufbussystem wirklich ausgewiesen sind und stellt die Frage, ob es nicht eine Möglichkeit gäbe mit einem Taxi zu einer kostengünstigeren Lösung für Ricketwil zu kommen. Die Mehrheit der Faktion wird dem Antrag des Stadtrates zustimmen.

M. Wäckerlin (GLP/PP): Das Dokument ist inzwischen veraltet. Was ist aus den Verhandlungen Frühjahr 2012 mit Seuzach geworden? Der Stadtrat legt eine umfassende Analyse vor. Auch wenn ein besseres Konzept wünschbar wäre, ist die Realisierung angesichts der klammen Stadtkasse tatsächlich schwierig. Der Stadtrat schlägt ein minimalistisches Konzept vor, wünschbar wäre mehr. M. Wäckerlin glaubt aber, dass diese Wünsche auf rosigere Zeiten verschoben werden müssen. Allerdings rechnet der Stadtrat in einer Variante der langfristigen Erschliessung von Ricketwil mit einem Ausbau von Gotzenwil, obschon Gotzenwil grün bleiben will; diese Rechnung wird wohl nicht aufgehen. Letztlich weiss wer in die Aussenwachten zieht, worauf er sich einlässt. Man wird sich daher, auch angesichts der Kosten, darauf konzentrieren müssen, die Zentrumsgebiete auszubauen und zu erschliessen, was raumplanerisch und finanziell sinnvoller ist. Die GLP/PP-Fraktion wird die Antwort zustimmend zur Kenntnis nehmen und die Motion abschreiben.

W. Schurter (CVP): Auch die CVP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die ausführliche Antwort zu dieser Motion und unterstützt die beiden Anträge. Selbstverständlich wäre eine Erschliessung aller Winterthurer Aussenwachten mit Buslinien wünschenswert. Das zeigen auch die Studien und Angebotsvarianten von Stadtbus Winterthur für die verschiedenen noch nicht erschlossenen Aussenwachten, sei das mit einem Linienbus oder mit einem Rufbusbetrieb. Die Arbeiten weisen aus, dass das Kosten/Ertragsverhältnis und somit die Wirtschaftlichkeit zurzeit noch keine Erschliessung rechtfertigt. Mittels Anpassungen von bereits existierenden Buslinien könnten mittelfristig Ricketwil und Stadel neu erschlossen werden. Das ist eine gute Lösung. Die Prüfarbeiten sind fortzusetzen und dann, sofern Geld bei der Stadt vorhanden ist, ist die Erschliessung zuerst in einer Versuchsphase durchzuführen. Die CVP unterstützt die Absicht des Stadtrates, dass in höherer Priorität die Erschliessungslücken im Stadttinnern mit einem grösseren Nachfragepotential geschlossen und die geplanten ÖV-Projekte, wie die Gleisquerung Grüze oder Busbeschleunigungsmassnahmen, umgesetzt werden.

H. Keller (SVP): Möchte sich zu den Aussagen von R. Diener äussern. In Stadel wohnen nicht nur junge Leute, sondern auch ältere, die nicht mehr Velo fahren können. Diese müssen mit dem Auto zur nächsten Bushaltestelle fahren. H. Keller will wissen, wo es in Oberwinterthur oder in Reutlingen Parkplätze gibt, auf denen man ein Auto 2 bis 3 Stunden parkieren kann. Er kann nicht mit dem Auto nach Oberwinterthur fahren, weil alle Parkplätze als blaue Zone markiert sind. Es besteht keine Chance einen Parkplatz zu finden. In Reutlingen gibt es drei Parkplätze. Die Polizei kontrolliert die parkierten Autos täglich. H. Keller bittet die Ratsmitglieder, die SVP zu unterstützen, wenn sie mehr Parkplätze verlangt. In Hegi wurden die beantragten Parkplätze abgelehnt. Es ist nicht möglich mit dem Auto nach Oberwinterthur und anschliessend mit dem Bus in die Stadt zu fahren. Der Stadtrat könnte zum Beispiel Parkkarten für die blaue Zone ausgeben, damit die Leute aus Stadel länger parkieren können. Sicher ist die Wohnlage in Stadel gut, aber die Bewohnerinnen und Bewohner bezahlen ebenso hohe Steuern wie die Winterthurerinnen und Winterthurer. H. Keller schlägt vor, dass die Einwohner von Stadel 10 % weniger Steuern bezahlen sollen, als die Winterthurer, die den Bus vor der Haustüre haben. Dann sind auch alle glücklich, weil sie das Taxi selber bezahlen können.

R. Diener (Grüne/AL): In Wiesendangen und beim Bahnhof Oberwinterthur gibt es Möglichkeiten zu parkieren.

Stadtrat M. Gfeller dankt für die realistische Beurteilung der Motionsantwort. Der Stadtrat ist froh, dass kein Antrag auf Erheblicherklärung der Motion gestellt worden ist. Bereits in der einleitenden Debatte wurde mehrmals erklärt, dass die Stadt kein Geld hat, um in nächster Zeit Leistungen nach Paragraph 20 zu finanzieren. Damit muss der Stadtrat H. Keller (SVP) enttäuschen. Paragraph 20 bedeutet, dass die Stadt Leistungen erbringt, die der ZVV nicht automatisch übernimmt. Inzwischen ist es noch klarer geworden, dass eine Verlängerung nach Stadel nicht vom ZVV übernommen würde. In Zusammenarbeit mit Seuzach ist der Stadtrat nach genauer Prüfung zum Schluss gekommen, dass bei der Verlängerung der Linie 674 bis Stadel Aufwand und Ertrag in keinem positiven Verhältnis stehen würden. Stadtrat M. Gfeller will damit der Gemeinde Seuzach nicht den schwarzen Peter zuspielen. Für die Zukunft ist es wichtig, dass die vierte Teilergänzung genau analysiert wird. Dieser Auftrag ergeht ohnehin vom ZVV an Stadtbus. Eine Feinplanung muss noch gemacht werden. Vorher kann der Stadtrat noch nichts versprechen. Die vierte Teilergänzung wird in Winterthur ab Dezember 2018 aktuell. Vorher sind keine Massnahmen realistisch, weder zugunsten von Ricketwil noch zugunsten von Stadel. Stadtrat M. Gfeller wünscht sich, dass die beiden Fragenstellungen getrennt werden, falls das Parlament in dieser Sache erneut tätig werden sollte. Eine Lösung für Ricketwil lässt sich nicht mit einer Lösung für Stadel verknüpfen. In Ricketwil wird es erst dann eine Chance auf eine Anbindung an den ÖV geben, wenn ein Postauto, das vom Grossraum Hofstetten, Schlatt her kommt, nicht mehr bis zum Hauptbahnhof fährt sondern nur bis zum Bahnhof Grüze oder Oberwinterthur. Dann würde Zeit bleiben, um Ricketwil zu bedienen. Das wäre eine mögliche Variante. Diese Pläne sind aber noch nicht weit gediehen.

Für Stadel sieht es allenfalls anders aus, wenn der Kurs mit nicht erschlossenen Wohngebieten innerhalb des engeren Siedlungsgebiets der Stadt Winterthur verknüpft werden kann. Das muss wahrscheinlich von Stadtbus intern gelöst werden. Die Mittel für eine externe Studie sind nicht vorhanden. Diese sind zum Teil zugunsten von wichtigeren Massnahmen gestrichen worden. Der Stadtrat wird keine weiteren Studien in Auftrag geben können. Der vorliegenden Motionsantwort ist eine externe Studie zu Grunde gelegt worden. Der Stadtrat wird Stadel weiterhin im Zusammenhang mit der vierten Teilergänzung im Auge behalten. Die Gemeinde Seuzach ist weiterhin gesprächsbereit. Stadtrat M. Gfeller hält aber fest, dass vor dem Jahr 2018 keine Verbesserungen angeboten werden können. Weder eine ÖV-Erschliessung von Stadel noch von Ricketwil ist bis dahin möglich. Er dankt für die Aufnahme der nicht sehr guten Nachricht für die Kundinnen und Kunden des ÖV. Es ist aber auch die Aufgabe des Stadtrates unerfreuliche Nachrichten zu vermitteln.

Ratspräsident J. Lisibach stellt fest, dass keine Anträge gestellt worden sind. Der Gemeinderat hat demnach den Bericht des Stadtrates zustimmend zur Kenntnis genommen. Die Motion wird nicht erheblich erklärt und damit als erledigt abgeschrieben.

5. Traktandum

GGR-Nr. 2010/112: Antrag und Bericht zum Postulat R. Diener (Grüne/AL) und M. Zehnder (GLP/PP) betreffend Erweiterung Bahnhof Grüze mit Haltekanten an Frauenfelderlinie (Grüze Nord)

R. Diener (Grüne/AL): Der Stadtrat wurde eingeladen zu prüfen, unter welchen Aspekten und zu welchen Kosten sich der Bahnhof Grüze mit Haltekanten an der Frauenfelderlinie ergänzen liesse. Damit soll erreicht werden, dass der Bahnhof Grüze von allen Bahnlinien direkt angefahren werden kann. Er könnte eine zusätzliche Stadtbahnhoffunktion wahrnehmen, Umsteigebeziehungen ermöglichen und interessante Potentiale schaffen als Eingang zum Areal Neuhegi, das jetzt speziell entwickelt werden soll. Die Grüne/AL-Fraktion dankt dem Stadtrat für den Bericht und für die positive Aufnahme dieses Anliegens. Mit der Vorstudie, die zur Bahnentwicklung in Winterthur durchgeführt wurde, konnten Möglichkeiten und Potentiale aufgezeigt werden. Die Chancen für eine Umsetzung sind vorhanden. Die Studie zeigt, dass mit dem aktuellen Fahrplangerüst der vierten Teilergänzung des ZVV diese Potentiale noch nicht optimal umsetzbar sind. Trotzdem könnte die Stadt bereits jetzt beginnen weiter an diesem Projekt zu arbeiten und anschliessend an die Umsetzung der vierten Teilergänzung mit kleinen Modifikationen unter Umständen eine erste Etappe der Erschliessung durchführen. Es ist klar, es handelt sich um ein langfristiges Projekt und muss im Kontext der Entwicklung des Areals Neuhegi betrachtet werden. Der Zeithorizont ist deshalb weiter zu fassen und wird sich auf 20 Jahre erstrecken. Verglichen mit anderen Haltestellen und ÖV-Projekten im Raum Winterthur/Zürich ist der geschätzte Aufwand von 10 Millionen, die in der Antwort erwähnt werden, verhältnismässig gering, wenn man ihn mit dem potentiellen Nutzen vergleicht. Das Vernetzungspotential mit den bestehenden Bahnlinien, dem Bus und dem Langsamverkehr ist sehr hoch. Gemeinsam mit den bereits geplanten Erweiterungsprojekten für den Bus mit denen die Anbindung an den Hochleistungskorridor umgesetzt werden soll, dem Projekt für die Veloquerung und die Anbindung der Velowege im Quartier, sollte der Stadtrat mit Nachdruck die Idee für eine Haltekante an der Frauenfelderlinie mit dem ZVV und den SBB weiterverfolgen. Hier kann das Geld für den ÖV gut investiert werden. In der Grüze wäre es möglich mit relativ wenig Investitionen in den ÖV eine grosse Wirkung zu erreichen. Wenn man die 10 Millionen mit dem Geld vergleicht, das jetzt im Raum steht für die Erschliessungsstrasse Neuhegi, die Rede ist von einem Faktor 10, ist der Preis für die zusätzliche Haltekante nicht sehr hoch.

Die Erschliessung des Areals Neuhegi für den MIV ist nicht einfach. Sollte es gelingen 10 % des Motorfahrzeugverkehrs auf effizientere Verkehrssysteme zu verlagern, wie Bahn, Bus und Velo, dann würde sich der Verkehr nicht mehr stauen. Die Kapazitäten würden ausreichen um den verbleibenden MIV abzuwickeln. Zudem hätte auch der Bus genügend Platz.

Wenn man das langfristige Potential dieser Haltestelle berücksichtigt, ist sogar eine Verlagerung von 20 bis 30 % möglich, dann würden die bestehenden Strassen ausreichen, auch wenn im Areal Neuhegi die Entwicklung weitergeht und neue Arbeitsplätze und Wohnungen entstehen. Das ist der Weg, den die Stadt im Hinblick auf die 2000-Watt-Gesellschaft gehen muss. Die Umsetzung der Energieziele wird nicht gelingen, wenn man den Verkehr aussen vor lässt. Eine Revolution in Bezug auf die Transporteffizienz ist notwendig, damit auch die CO₂-Emissionen reduziert werden können. Fazit: Es ist erfreulich, dass das Konzept Aufnahme in die Gestaltungspläne gefunden hat. Wichtig ist, dass dieser Vorschlag intensiv weiterverfolgt wird. Eine deutlich höhere Nutzung im Gebiet Neuhegi kombiniert mit nachhaltigen Mobilitätskonzepten ist zwingend. n Zu diesen Konzepten gehört ein massvoller Ausbau der Bahninfrastruktur – neben den zusätzlichen Busverbindungen. Die Grüne/AL-Fraktion ermuntert den Stadtrat in der eingeschlagenen Richtung weiterzugehen. Sie nimmt die Postulatsantwort im zustimmenden Sinn zur Kenntnis.

M. Zehnder (GLP/PP): Mit eher kritischer Stimmung nimmt die Fraktion vor allem den Schlusssatz positiv zur Kenntnis. Es steht dort, dass die SBB eine Haltekante an der Frauenfelderlinie bei der Überprüfung ihres Rahmenplans mit einbeziehen wird. Das sei bereits geplant. Immerhin wird diese Möglichkeit miteinbezogen. Die GLP/PP-Fraktion fragt sich, ob der Stadtrat die Forderung gegenüber den SBB unabhängig vom Bau einer neuen Brücke formuliert hat. Die Fixierung auf die neue Brücke kommt aus dieser Antwort klar zur Geltung. Es ist aber unabhängig vom Bau einer Brücke wichtig, dass der Stadtrat gegenüber den SBB klar Stellung bezieht und die Haltekante fordert. Ob diese einen Aufgang auf die neue Brücke erhalten wird oder einen Anschluss an die bereits bestehende Stadtrainbrücke, dürfte noch offen bleiben. Die GLP/PP-Fraktion will diese Haltekante nicht nur als Option zu einer neuen Querung, sondern primär als Option für die jetzigen und zukünftigen Bewohner dieser Region. Zudem braucht es einen Zugang zu den Schienen Richtung Westen. Die GLP/PP-Fraktion dankt dem Stadtrat und nimmt die Postulatsantwort kritisch aber zustimmend zu Kenntnis.

F. Künzler (SP): Die SP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die ausführliche Postulatsantwort und nimmt sie im zustimmenden Sinn zur Kenntnis. Sie zeigt die gegenseitige Abhängigkeit im Verkehrsraum Bahnhof Grüze und veranschaulicht, dass die postulierte Haltekante an der Frauenfelderlinie nicht isoliert betrachtet werden kann. Diese ist zudem im städtischen Gesamtverkehrskonzept bereits vorgesehen. Das ist auch ein Grund, warum die SP-Fraktion das Postulat damals nicht mit eingereicht hat. Die Entwicklung des öffentlichen Verkehrs im Raum Grüze/Neuhegi ist enorm wichtig. Der Stadtrat muss alles unternehmen, um den Autoverkehr in diesem Entwicklungsgebiet möglichst einzudämmen. Dazu gehört sicher auch die Evaluation des Bahnhofs Grüze Nord. Die SP fordert den Stadtrat auf, die Entwicklung genau zu verfolgen und mittelfristig eine optimale Lösung mit allen beteiligten Partnern zu erarbeiten.

F. Helg (FDP): Zwischen den Grünen und der FDP liegen die Verkehrspolitischen Ansichten in aller Regel weit auseinander. Dieses Postulat hat die FDP-Fraktion aber mit unterstützt. Das Postulat hat einen zweifachen Zweck, einerseits die Haltekante der SBB an der Frauenfelderlinie und andererseits die Zukunft des SBB Unterwerks zwischen den Bahnlinien. Es besteht die Möglichkeit dieses zentrale Areal frei zu spielen. Mit diesen beiden Anliegen wird auf die zentrale Bedeutung des Areals Bahnhof Grüze hingewiesen. Wichtig ist, dass alle Möglichkeiten gründlich abgeklärt werden. Die FDP dankt dem Stadtrat für den ausführlichen Bericht. Im Bericht weist der Stadtrat darauf hin, das ist auch im Gesamtverkehrskonzept nachgezeichnet, dass der Bahnhof Grüze eine ähnliche Funktion einnehmen könnte wie der Bahnhof Stadelhofen in Zürich, durch den ein Teilgebiet der Stadt mit dem ÖV erschlossen wird. Der Postulatsbericht zeigt auf, dass die Haltekante an der Frauenfelderlinie und die entsprechenden Umsteigebeziehungen möglich sind. Die genaue Ausgestaltung ist aber zurzeit noch ungewiss. Im Bericht wird auf die Studie „Bahnentwicklung Winterthur“ verwiesen, die bald abgeschlossen sein wird. Es wäre interessant zu hören, ob die Ergebnisse bereits vorliegen. Hinsichtlich des Areals SBB-Unterwerk stellen die verschiedenen Planungsgrundlagen zu Neuhegi, wie sie letzte Woche vorgestellt und ins Netz gestellt worden sind,

eine Fortführung des Postulatsberichts dar. Das Areal mit dem SBB Unterwerk soll neu in die Zentrumszone 6 mit Gestaltungsplanpflicht umgezont werden. In den Unterlagen ist die Rede davon, dass im Umfeld der Bahnstation Grüze die Voraussetzungen für qualitativ hochwertige, dichte Überbauungen geschaffen werden sollen. Die sehr gute Erschliessung mit dem ÖV bieten beste Voraussetzungen für eine dichte städtische Bebauung mit Hochhäusern und attraktiven Freiräumen. Das zeigt, dass sich etwas bewegt und dass auf dem Areal des SBB-Unterwerks vieles möglich ist. Die FDP-Fraktion stimmt dem Postulatsbericht zu und dankt dem Stadtrat für seine Bemühungen.

L. Banholzer (EVP): Die EVP-Fraktion dankt dem Stadtrat für den Bericht zum Postulat. Die wichtigste Aussage im Bericht betrifft die Busquerung Grüze. Die geplante Querung lässt einen Ausbau des Bahnhofs Grüze mit Perron und Abgängen an der Frauenfelderlinie zu. Die Planung rund um den Bahnhof macht zudem Veränderungen und Anpassungen möglich. Im Moment ist das Benutzerpotential im Umfeld des Bahnhofes noch zu klein, um die Investition in eine Haltekante zu rechtfertigen. Das kann sich aber in absehbarer Zeit ändern. Die Postulatsantwort zeigt auf, dass die nötigen Abklärungen und Gespräche mit allen involvierten Playern im Gang sind und die Entwicklung in diesem Gebiet im Auge behalten wird. Mit dem öffentlichen Rahmengestaltungsplan Grüze ist inzwischen bekannt, wie die möglichen Nutzungen rund um den Bahnhof aussehen könnten. Auch mit diesem Gestaltungsplan bleiben die notwendigen Optionen für eine Erweiterung des Bahnhofs Grüze offen. Die EVP-Fraktion nimmt die Antwort im zustimmenden Sinn zur Kenntnis.

W. Langhard (SVP): Die SVP-Fraktion dankt dem Stadtrat für den umfangreichen Bericht. Es wurde bereits vieles gesagt. Die SVP möchte darauf aufmerksam machen, dass ein Dienstgleis geplant ist und damit ein zusätzliches Gleis auf der Linie Oberwinterthur. Hier muss man darauf achten, dass keine Möglichkeiten verbaut werden. Die SVP will, dass das Entwicklungsgebiet Neuhegi/Grüze gesamthaft betrachtet wird. Es sollen nicht einfach die Rosinen herausgepickt werden. In diesem Gebiet braucht es unbedingt eine Erschliessungsstrasse. Diese wird nicht billig sein. W. Langhard hofft, dass der Stadtrat Prioritäten setzt, was die Erschliessung anbelangt, sei das für den ÖV mit der Gleisquerung oder die Erschliessungsstrasse in Hegi Richtung Wiesendangen. In diesem Sinne hofft die SVP, dass der Stadtrat handelt und die Prioritäten richtig setzt.

Stadtrat M. Gfeller dankt für die weitgehend positive Aufnahme der Postulatsantwort. Der Gemeinderat hat bereits verschiedentlich über die Finanzen diskutiert. Das ist auch im Zusammenhang mit diesem Postulat nötig. Die vorgeschlagenen Massnahmen sind nur möglich, wenn ein hoher Anteil aus dem Agglomerationsprogramm, das heisst mit den Geldern des Bundes, bezahlt werden kann. In diesen Massnahmen ist grundsätzlich die Querung des Bahnhofs Grüze eingeschlossen und im Grundsatz auch die Erschliessungsstrasse Oberwinterthur. Es wäre falsch einzelne Massnahmen gegeneinander auszuspielen. Stadtrat M. Gfeller will auch nicht von der Priorisierung abweichen, wie sie im Agglomerationsprogramm enthalten und gegenüber den Bundesstellen eingereicht worden ist. Der Bund wird sich dazu noch äussern müssen. Diese Vorbemerkungen gelten für die Ausbaumassnahmen Strasse und Schiene im Raum Neuhegi/Grüze.

Gegenstand dieses Vorstosses waren aber die Massnahmen im Raum Bahnhof Grüze. Im Agglomerationsprogramm werden die Bedürfnisse nach einer Verknüpfung der Busverbindungen mit der Bahn aufgezeigt und damit wurde die Querung Grüze zuerst vorgeschlagen, vor der neuen Haltekante. Dabei wurden die Varianten Unterführung und Brücke mit den SBB genau abgeklärt. Man ist zum Schluss gekommen, dass eine Unterführung aufgrund der Infrastruktur der SBB nicht möglich ist. Deshalb hat man sich für eine Brücke entschieden. Die vorgeschlagene Lösung wird ca. 40 bis 50 Millionen kosten. Vor diesem Hintergrund hat sich die Idee, an der Frauenfelderlinie zwei Haltekanten zu prüfen, in einem anderen Licht dargestellt. Wenn der Bahnhof Grüze ein wichtiger Umsteigeknoten vom Bus auf die Bahn werden soll, dann ist es wichtig, dass möglichst viele S-Bahnen halten. Mit den zusätzlichen Haltekanten wären mehr Verbindungen möglich. Aber auch hier ist das Ende des Tunnels nicht erreicht. Als nächstes hat es der Kantonsrat in der Hand, ob er die Massnahmen, die im kantonalen Richtplan eingetragen sind, befürworten will. Insofern ist die

Stadt Winterthur nicht frei zu entscheiden. Wenn diese Vorschläge in den kantonalen Richtplan aufgenommen werden, besteht die Chance, dass diese im Zuge der Weiterentwicklung der S-Bahn berücksichtigt werden. Erst wenn das der Fall ist, könnte allenfalls auch Geld aus dem Verkehrsfond fließen. Das ist aber noch alles im Konjunktiv gehalten. Die Skizze auf Seite 4 der Postulatsantwort zeigt die Situation beim Bahnhof Grüze im Massstab 1:2'500. Um sicher zu sein, dass die Pläne realisierbar sind, braucht es genauere Abklärungen – auch in Bezug auf das geplante Dienstgleis. Die Stadt muss deshalb mit dem ZVV und den SBB gemeinsam weiter planen. Stadtrat M. Gfeller wird sein möglichstes tun und am Ball bleiben. Er kann aber keine grossen Versprechungen abgeben.

Ratspräsident J. Lisibach: Damit hat der Rat die Postulatsantwort zustimmend zur Kenntnis genommen. Das Postulat wird als erledigt abgeschrieben.

6. Traktandum

GGR-Nr. 2012/109: Begründung des Postulats A. Steiner (GLP) und W. Schurter (CVP) betreffend Kunst und Natur am Bau

A. Steiner (GLP/PP): Die Gesellschaft benötigt Kunst als sinnstiftende Auseinandersetzung mit sich selbst. Das ist auch der Grund, warum sich die öffentliche Hand in diesem Bereich immer wieder einsetzt. Ein Element der Kunstförderung ist die Kunst am Bau. Winterthur hat ein Reglement geschaffen, darin ist geregelt, wie Kunst am Bau finanziert wird. Mit dem vorliegenden Postulat soll dieses Reglement mit einem Element bereichert werden. Der Stadtrat könnte damit in Zukunft bei der Bauausschreibung ausdrücklich verlangen, dass auch der Auseinandersetzung mit der Natur bei der Eingabe Rechnung getragen werden soll. Das würde mehrere Vorteile bieten. Bei Bauwerken, die peripher, abgelegen oder in Industriegebieten liegen, könnte ein Zusatznutzen resultieren, wenn auch das Element Natur einbezogen würde. Auch der Bau von Schulhäusern könnte durch den zusätzlichen Aspekt der Auseinandersetzung mit Kunst und Natur ergänzt werden. Eine interdisziplinäre Zusammenarbeit zwischen Kunst und Naturwissenschaft könnte ein zusätzlicher kreativer Ansatz sein und originelle Umsetzungen ermöglichen. Die beiden Disziplinen, die auf den ersten Blick nicht viel miteinander zu tun haben, könnten sich gegenseitig in der Akzeptanz bestärken. Zudem können über die Kunst naturwissenschaftliche Zusammenhänge bildhaft zu veranschaulicht werden. Zudem können Projekte entworfen werden, die künstlerisch gestaltet sind, jedoch auch einen Nutzen für die Umwelt und insbesondere für die Biodiversität bringen. Kunst kann also zusätzlich ein besonderes Naturerlebnis vermitteln. Mit einem Bauwerk wird immer in die Natur eingegriffen. Mit der Unterstützung dieses Postulats bietet sich die Gelegenheit eine künstlich geschaffenen Umgebung mit einer natürlichen Umgebung zu verbinden. A. Steiner dankt für die Unterstützung.

W. Schurter (CVP): Die CVP-Fraktion hat das Postulat mit eingereicht und wird die Überweisung unterstützen. Materiell hat W. Schurter den Aussagen von A. Steiner (GLP) nichts beizufügen. Sie hat die Gründe für die Überweisung des Postulats gut erläutert. Aufgrund der sehr geringen Unterstützung für dieses Postulat scheint es, dass man entweder die falsche Vorstossschublade erwischt hat oder die Begründung des Postulats für die anderen Ratsmitglieder nicht nachvollziehbar ist. W. Schurter hat sich vor der Einreichung des Postulats bei den Winterthurer Architekten nach ihrer Meinung erkundigt. Die Architekten würden diese Änderung grundsätzlich begrüßen, weil es bereits jetzt Naturkunstobjekte gibt. W. Schurter wünscht sich, falls die Überweisung nicht zustande kommen sollte, dass der Stadtrat auch ohne angepasste Richtlinien eine Weiterentwicklung der Kunst am Bau zu Kunst und Natur am Bau vollzieht, sodass zusätzliche naturverbundene Werke bei Bauten entstehen können und sichtbar werden.

L. Banholzer (EVP): Die EVP-Fraktion stellt einen Ablehnungsantrag. Die im Postulat geforderte Erweiterung der Richtlinien für die Kunst am Bau macht keinen Sinn. Sollte ein Projekt

für Kunst am Bau die Natur in irgendeiner Form überzeugend einbeziehen, steht der Realisierung auch mit den aktuellen Richtlinien nichts im Weg. Mit Kunst am Bau erzieherisch wirken zu wollen und das vor allem in ökologischer Hinsicht, ist eine Absicht, die in diesem Zusammenhang von der EVP nicht unterstützt werden kann. Trotzdem spricht nichts dagegen, dass die Umgebung eines Neubauprojekts so gestaltet wird, dass die postulierten Lebensräume für Pflanzen und Tiere geschaffen werden. Aber das soll unabhängig von der Kunst am Bau passieren. Die EVP-Fraktion wird das Postulat nicht überweisen.

D. Schneider (FDP): Die FDP lehnt das Postulat ebenfalls ab. In einer Zeit der knappen städtischen Finanzen rennen die Postulanten sicher offene Türen ein bei der Stadtverwaltung. Die FDP hat mit einer Interpellation die Kosten für die Kunst am Bau transparent gemacht. Der prozentuale Anteil, der in die Kunst investiert wird, wurde offengelegt. Die FDP ist aber nicht gegen Kunst am Bau. Mit dieser Idee, die D. Schneider an sich gut findet, könnte man beim Polizeigebäude auch zwei Platanen und ein Rosenbeet pflanzen. Das wäre einiges günstiger als einige 100'000 Franken, die in die Kunst investiert werden sollen. Die FDP lehnt das Postulat zwar ab, die Idee ist aber gut. D. Schneider ist zudem überzeugt, dass es im Handlungsspielraum der Kunstkommission liegt, diese Idee aufzunehmen und im Rahmen einzelner Bauprojekten kostengünstig zu entscheiden, dass auch die Natur einbezogen wird.

B. Konyo (SP): Die SP-Fraktion lehnt die Überweisung des Postulats ab. Auf den ersten Blick sieht das Postulat nicht schlecht aus. Das Postulat ist aber ein versteckter Sparvorstoss. Statt Kunst Natur, weil das vielleicht kostengünstiger ist. Die Natur wird gegen die Kunst ausgespielt. Wenn der Gemeinderat das Postulat überweist, wird es mit Sicherheit die Kulturförderung und die Mittel für die Kunst am Bau beschränken. Das kann nicht im Sinne eines lebendigen Kulturlebens der Stadt Winterthur sein. Ein Vorstoss für mehr Natur am Bau, für ökologische, naturnahe Anliegen und für eine Sensibilisierung für Naturthemen lässt sich auf andere Weise besser und nachhaltiger verwirklichen.

Ch. Griesser (Grüne/AL): Mit diesem Postulat wird der Stadtrat eingeladen die Kriterien für die Kunst am Bau zu erweitern. Der Auftrag ist aber weitgehend unklar. Wollen die Postulanten, dass zusätzlich, neben dem prozentualen Anteil für die Kunst am Bau, auch noch einige Prozente für die Natur am Bau ausgegeben werden? Wollen sie einen Konkurrenzkampf zwischen diesen beiden Sparten oder wollen sie eine Umlagerung? Diese Unklarheiten reichen aus, um das Postulat nicht zu unterstützen. Erstaunlich sind aber die Begründungen. Neben sehr vielen Allgemeinplätzen sind es folgende Sätze, die zu denken geben: „Die Kategorie Kunst und Natur am Bau kann Kunstschaffende dazu anregen, sich mit gesellschaftsrelevanten, insbesondere mit ökologischen Themen auseinanderzusetzen. Die Kunst besitzt die Möglichkeit, naturwissenschaftliche Erkenntnisse und Sachverhalte bildhaft zu veranschaulichen und Projekte zu entwerfen, die künstlerisch gestaltet sind, jedoch auch einen Nutzen für die Umwelt bringen und der Bevölkerung ein besonderes Naturerlebnis vermitteln.“ Die Postulanten wollen also inhaltlich mitreden. Die verordnete Kunst soll auch noch einen pädagogischen Auftrag erfüllen. Hier haben einige nicht begriffen, was Kunst ist und welche Freiheiten Kunst braucht. Das ist kein Kunstverständnis eines neutralen Staates. Das ist staatlich verordnete Kunst. Es erstaunt, dass ausgerechnet zwei Parteien, die liberal sind oder das von sich behaupten, das Postulat in die Welt setzen.

H. Keller (SVP): Die SVP-Fraktion unterstützt den Ablehnungsantrag. H. Keller kann sich den Vorrednern anschliessen. Die Stadt hat kein Geld für zusätzlich Kunst am Bau.

A. Steiner (GLP/PP): Die Argumente, die gegen dieses Postulat vorgebracht wurden, sind spannend. Im Postulatstext ist nirgends die Rede davon, dass bei der Kunst am Bau gespart werden soll. Es steht auch nirgends, dass mehr Geld ausgegeben werden soll. Das Postulat bezweckt lediglich, dass im Rahmen eines Projekts Kunst am Bau die Thematik Natur, dort wo es Sinn macht, einbezogen wird. Das Postulat schreibt nicht vor, an wie vielen Gebäuden Kunst und Natur am Bau realisiert werden soll. Es ist absolut freiheitlich formuliert. Der Stadtrat hätte extrem viele Freiheit, Kunst und Natur am Bau dort einzusetzen, wo es Sinn macht. Die Begründungen für die Ablehnung sind doch sehr speziell.

Stadtrat M. Gfeller: Der Stadtrat nutzt diese Freiheit bereits jetzt – dazu gibt es verschiedene Beispiele. Die Kläranlage Winterthur wurde gleichzeitig mit einer grossen Revitalisierung des Flussbetts der Töss realisiert. Das ist aber bereits länger her. Der Stadtrat nutzt seinen Spielraum durchaus, das zeigen verschiedene kleinere Bauten von Stadtwerk. In diesem Zusammenhang wurde nie über die Kunst am Bau gesprochen, weil diese im Rahmen eines Sammelkredits realisiert wird. Häufig werden Umgebungsflächen naturnahe gestaltet. Das ist weniger eine Frage der Investition sondern mehr eine Frage der Pflege. Man kann immer noch mehr machen. Das ist richtig. Aber A. Steiner kennt Herrn U. Buchs, der für die Umwelt bei Stadtwerk verantwortlich ist. In dieser Richtung wurden bereits einige Projekte realisiert.

Ratspräsident J. Lisibach lässt über den Ablehnungsantrag abstimmen.

Der Rat lehnt die Überweisung des Postulats mit klarer Mehrheit ab. Damit ist das Postulat erledigt.

7. Traktandum

GGR-Nr. 2011/124: Beantwortung der Interpellation Ch. Ingold (EVP) betreffend Fortführung hauswirtschaftliche Fortbildungskurse

Ch. Ingold (EVP): Auf kantonaler Ebene fiel der Entscheid für Abschaffung des Gesetzes über die hauswirtschaftliche Fortbildung mit 950 Stimmen reichlich knapp aus. Im Bezirk Winterthur trennten das Ja- vom Nein-Resultat lediglich 40 Stimmen. Deshalb hat Ch. Ingold mit dieser Interpellation angeregt, den Entscheid, die subventionierten Kurse abzuschaffen, zu überdenken. Das Bedürfnis der Bevölkerung wurde auch in den Leserbriefen geäussert. Die Teilnehmerinnen der Kurse stammen aus allen Bevölkerungsschichten. Die Kurse wurden von gut Situierten bis zu sozioökonomisch Benachteiligten, von schwach Gebildeten bis zu Akademierinnen und von deutsch- und fremdsprachigen Teilnehmerinnen besucht. Das Altersspektrum reichte von 17 bis 86 Jahre. Die hauswirtschaftlichen Fortbildungskurse leisten deshalb, neben den vermittelten fachlichen Inhalten einen nicht zu unterschätzenden Beitrag an die viel geforderte und gerühmte Integration der sozioökonomisch benachteiligten Bevölkerungsschichten. Eine Weiterführung der Kurse wäre also sinnvoll gewesen. Diese Leistungen müssten dann nicht durch andere Angebote der Stadt abgedeckt werden, die ebenfalls zu Buche schlagen. Diese Sparmassnahme könnte sich als finanzieller Bumerang entpuppen. Die Fokussierung der Stadt auf die Elternbildungskurse und Deutschkurse ist sinnvoll und nachvollziehbar. Die Nachfrage ist erwiesenermassen grösser als für die Kurse für textiles Arbeiten. Die Unterstützung fast vollständig abzuklemmen, erachtet Ch. Ingold aber nach wie vor als nicht angemessen. Die hauswirtschaftlichen Fortbildungskurse werden ab Sommer 2013 auf privater Basis, mit dem freundlichen Entgegenkommen der Stadt in Form eines Mitzinserslasses für die Räume, weitergeführt. Das freut Ch. Ingold sehr. Das war eine Interpellation wert, trotz Verfehlens des Gesamtzieles. Der Rückzug der Stadt wird mit privatem Engagement und Freiwilligenarbeit kompensiert, denn die Kurskosten sind bei weitem nicht kostendeckend. Dieses Engagement ist sehr erfreulich und zeigt auch den unternehmerischen Mut der Kursleiterinnen. Es ist ihnen zu wünschen, dass das Angebot langfristig nachgefragt wird und vielleicht sogar ein Wachstum verzeichnen kann.

O. Seitz (SP): Die SP unterstützt die Strategie des Stadtrates, künftig in der Erwachsenenbildung das Gewicht auf die Elternbildung und die Deutschkurse zu legen. Beides ist enorm wichtig. Die Erwachsenenbildung ist ein Teil des Konzepts Frühförderung und setzt an einem wichtigen Punkt an. Die Deutschkurse mit Kinderbetreuung sind sehr wichtig und stellen eine sinnvolle Integrationsförderung dar. Junge Frauen mit Kindern haben die Möglichkeit Deutsch zu lernen. Es ist aber schade, dass die Nähkurse nicht mehr finanziert werden können. Mit dem Wegfall der kantonalen Subventionen hat sich das Defizit vergrössert. Insofern ist es nachvollziehbar, dass der Stadtrat Prioritäten gesetzt hat. Die SP ist froh, dass die

Nähkurse auf privater Basis weitergeführt werden. Der soziale Anteil ist sicher vorhanden. Insofern ist es zu begrüssen, dass die Stadt die Räume kostenlos zur Verfügung stellt.

W. Schurter (CVP): Die CVP dankt dem Stadtrat für die Beantwortung der Interpellation und nimmt die Antwort zustimmend zur Kenntnis. Es ist erfreulich, dass die Kochkurse für Menschen mit einer Behinderung durch die Pro Infirmis weitergeführt werden können und dass die Stadt die Küche im Schulhaus Wiesental bis im Sommer 2016 kostenlos zur Verfügung stellt. Die Nähkurse sind beliebt, wie die Reaktionen von Teilnehmenden in den Medien gezeigt haben. Somit ist es erfreulich, dass dieses Kursangebot auf privater Basis weitergeführt wird. W. Schurter möchte wissen, ob bereits private Leiterinnen für diesen Kurs gefunden werden konnten. Die CVP teilt die Auffassung des Stadtrates, dass Elternbildungskurse notwendiger denn je sind. Diese und vor allem die Deutschkurse sind auch weiterhin anzubieten. Auf die Reaktionen auf die ersten medienpädagogischen Kurse ist die CVP gespannt. Dieses Angebot ist in der heutigen Zeit sehr angebracht.

M. Wäckerlin (GLP/PP): Der Stadtrat soll nicht da und dort einen Kurs ein wenig subventionieren, sondern eine klare Linie einnehmen und eine klare Haltung vertreten. Die Aufgabe des Staates ist die humanistische Grundbildung vom Kindergarten bis zur Universität. Hauswirtschaft soll ein Teil dieser Grundausbildung sein. Es ist aber nicht die Aufgabe der Stadt Kurse für Erwachsene anzubieten. Das sollen Private zu vollen Selbstkosten übernehmen, mit einer Ausnahme, wenn nämlich die Kurse von übergeordnetem Interesse sind. Das ist zum Beispiel angesichts der aktuellen gesellschaftlichen Entwicklung bei den Erziehungskursen klar gegeben. Das Thema gesunde Ernährung der Kinder soll in diese Kurse eingebunden werden. Genauso sinnvoll sind Kurse, die Arbeitslose auf dem Arbeitsmarkt stärken und ebenfalls zu unterstützen sind Sprach- und Integrationskurse für fremdsprachige Einwohner. Dabei ist darauf zu achten, dass die Steuerzahler der Stadt ausschliesslich die Einwohner der Stadt subventionieren und nicht Auswärtige. Weder Koch- noch Näh- noch Mode- oder Gestaltungskurse erfüllen eine Notwendigkeit. Die Subventionierung dieser Kurse ist mittelfristig ganz einzustellen. Räumlichkeiten können günstig zur Verfügung gestellt werden – aber bitte nicht kostenlos. Der Preis der Vermietung soll sich mittelfristig nach Angebot und Nachfrage richten. Das heisst, solange keine andere Nachfrage besteht, können die Räume weiterhin sehr günstig angeboten werden. Gemäss Antwort des Stadtrates gibt es hier noch Luft für die darbenende Stadtkasse. Namentlich die verbliebenen Subventionen von ca. 65'000 Franken, plus Kosten für die Administration, könnten eingespart werden. Wenn der Stadtrat das nicht im Rahmen des Sparprogramms umsetzt, würde M. Wäckerlin in der Budgetdebatte diesen Vorschlag erneut einbringen. Von der Antwort nimmt die GLP/PP-Fraktion zustimmend Kenntnis.

D. Schraft (Grüne/AL): Die Interpellation konnte leider nicht verhindern, dass gewisse Kurse abgeschafft wurden. Der Rückgang dieser Kurse hat seit langem begonnen – nicht erst mit der Änderung des Gesetzes zur hauswirtschaftlichen Fortbildung. D. Schraft weiss das aus erster Hand, weil das bereits der dritte Kurs ist, der abgeschafft wurde. Das Argument, dass Private diese Kurse anbieten können, hält nur zum Teil stand, weil auch Inhalte angeboten werden, die sonst kaum zu finden sind. Die Geringschätzung der handwerklichen Fähigkeiten, die ebenfalls zur humanistischen Bildung gehören, ist leider aktuell in Mode. Das ist sehr schade.

Ch. Magnusson (FDP) kann sich dem Votum von D. Schraft anschliessen. Handarbeit oder allgemein handwerkliche Fähigkeiten und Tätigkeiten haben heute einen viel zu tiefen Stellenwert. Nichtsdestotrotz gehören diese Kurse nicht zu den primären Aufgaben eines Staates, beziehungsweise der Stadt Winterthur. Es gibt eine grosse Anzahl sinnvoller Kurse, Lernmöglichkeiten und Freizeitbeschäftigungen. Von einer Stadt kann man nicht verlangen, dass sie für alles und jedes einen Kurs, eine Ausbildungs- oder Weiterbildungsmöglichkeit anbietet und subventioniert. Der Kanton hat eine Gesetzesänderung vorgenommen. Dadurch sind Subventionen weggefallen. Die Stadt Winterthur spart in diesem Sinne nicht, sondern verhindert Mehrausgaben beziehungsweise ein höheres Defizit. Dementsprechend werden die Ressourcen konzentriert. Die FDP-Fraktion dankt dem Stadtrat für seine Antwort und für

die klare Stellungnahme und nimmt die Antwort positiv zur Kenntnis. Die Konzentration auf einen Bereich, der wahrscheinlich einen nachhaltig Einfluss auf die weitere Entwicklung der Stadt haben wird, ist zu begrüssen. Die FDP begrüsst es, dass die Küchen weiterhin zur Verfügung gestellt werden und dass die Stadt in einem bestimmten Rahmen das Weiterführen der Kurse unterstützt. Es zeigt sich einmal mehr, wenn ein Bedürfnis vorhanden ist, kann das Kursangebot aufrechterhalten werden. Es ist offensichtlich nicht zwingend notwendig, dass die Stadt selber diese Kurse anbietet. Durch privates Engagement können weiterhin gute Projekte realisiert werden. Insofern könnten auch die übrigen Leistungen der Stadt hinterfragt werden, die ebenso gut aufgrund von Eigeninitiativen von privater Seite erbracht werden könnten. Die FDP dankt dem Stadtrat für die Antwort und nimmt sie positiv zur Kenntnis.

G. Gisler (SVP) wurde von St. Schär (SVP) tatkräftig bei den Vorbereitungen auf die heutige Sitzung unterstützt. Dafür dankt G. Gisler. Die SVP dankt dem Stadtrat für die Information. Nach der Volksabstimmung ist die Stadt Winterthur nicht mehr gesetzlich verpflichtet diese Kurse anzubieten. Der Kostendruck auf die Stadtverwaltung nimmt zu. Daher ist es notwendig, dass sich die Stadt auf die gesetzlich vorgeschriebenen Aufgaben konzentriert. Die Stadt leistet mit der kostenlosen zur Verfügungsstellung der Unterrichtsräume eine grosszügige Starthilfe für die neu privat angebotenen Kurse. In Zukunft wird vermehrt auf die Eigeninitiative der Kursleiterinnen und Kursleiter gesetzt. In diesem Sinne nimmt die SVP-Fraktion die Antwort positiv zur Kenntnis.

M. Wäckerlin (GLP/PP) widerspricht der Unterstellung, er würde das Handwerk gering schätzen. Hauswirtschaft und Handwerk gehören selbstverständlich an die Schulen. Es ist aber nicht die Aufgabe der Stadt Hobbys zu fördern.

Stadtrat St. Fritschi dankt für die mehrheitlich positive Aufnahme der Interpellationsantwort. Die Bevölkerung der Stadt Winterthur wollte das Gesetz über die hauswirtschaftliche Fortbildung nicht abschaffen. Die demokratischen Regeln sind aber klar, wenn im Kanton ein Gesetz abgelehnt wird, muss sich die Stadt daran halten. Die Rechtsgrundlagen, um diese Kurse weiterhin zu subventionieren, fehlen. Es würde die Stadt zudem in eine schwierige Situation bringen, falls weitere Kursleiterinnen und Leiter um finanzielle Unterstützung für handwerklichen Kurse oder Freizeitbeschäftigungen nachsuchen würden. Es gibt noch sehr viele sinnvolle Angebote. Die Stadt hätte Schwierigkeiten zu bestimmen, welche Kurse und Angebote subventioniert werden sollen. Die Kurse bleiben bestehen. Das ist sehr erfreulich. Die Stadt stellt die Räumlichkeiten der hauswirtschaftlichen Fortbildungsschule an der Grüzestrasse kostenlos zur Verfügung. Die Kurse sind sehr beliebt. Die positiven Aussagen in den Voten kann Stadtrat St. Fritschi bestätigen. Es handelt sich um ein sehr sympathisches Angebot. Trotzdem hat sich der Stadtrat entschieden die Kurse nicht mehr zu subventionieren. Dieser Entscheid wurde von der Mehrzahl der Fraktionen positiv aufgenommen. Das ist keine Geringschätzung der handwerklichen Fähigkeiten. Im obligatorischen Schulbereich ist ein entsprechendes Angebot vorhanden. Der Kantonsrat hat eine zusätzliche Handarbeitslektion in der fünften und sechsten Primarklasse bewilligt. Diese Lektion wird in Winterthur eingeführt. Das zeigt, dass das Volk die handwerklichen Fähigkeiten und Ausbildungen nicht geringschätzt. Der Souverän wollte ausschliesslich die Subventionen für die Erwachsenenbildung einschränken. Das sind zwei verschiedene Paar Schuhe. Stadtrat St. Fritschi dankt für die Zustimmung zur Antwort. Er ist erleichtert, dass das Angebot weitergeführt werden kann, auch ohne Subventionen durch die Stadt.

Ratspräsident J. Lisibach: Damit ist das Geschäft 2011/124 erledigt und wird abgeschlossen.

8. Traktandum

GGR-Nr. 2012/018: Beantwortung der Interpellation M. Wäckerlin (GLP/PP) und Ch. Magnusson (FDP) betreffend Umteilung aus auswärtigen Sonderschulen in die ISR

M. Wäckerlin (GLP/PP): In seiner Interpellationsantwort gibt der Stadtrat diese Probleme offen zu, was sehr zu begrüßen ist. Leider fehlt in der Antwort die Lösung. M. Wäckerlin möchte den Stadtrat auffordern, nach Lösungen zu suchen und diese dem Gemeinderat zu unterbreiten. Der erste Schritt ist sicher der, dass das Problem erkannt wurde. In diesem Sinn kann die GLP/PP-Fraktion die Interpellationsantwort positiv zu Kenntnis nehmen. Was noch fehlt ist eine klare Strategie für die Zukunft. Man wird sehen, inwieweit die verschiedenen Ansätze, die bereits vorgenommen wurden, Früchte tragen werden. Namentlich erhofft sich die Fraktion aus den Ansätzen in der Frühförderung einen Rückgang der Sonderschulmassnahmen. Aber das wird nicht reichen.

Bei der Antwort auf die Frage, wie man sparen kann, vermisst M. Wäckerlin die Fantasie. Den Vergleich mit der Privatschule Talenta hat er nicht eingebracht, weil er die Privatisierung der Schule will, sondern weil der Stadtrat von dieser Schule sparen lernen kann. Aber auch sonst ist die Antwort nicht ganz befriedigend. Ja, einerseits kann man durch die richtige Zuteilung sparen. Hier kommt dem Stadtrat, wie so oft, die Bildungspolitik des Kantons in die Quere, der ISS-Zuteilungen bewilligen muss. Doch billiger wird es in der Gesamtrechnung für den Steuerzahler nicht, wenn der Kanton höhere Beiträge übernimmt. Das ist daher nur die halbe Wahrheit und nicht die Lösung. Weitergehend hätte man die Frage stellen können, wie man durch strukturelle Verbesserung sparen könnte. Das Modell der Kleinklassen sollte unbedingt weiterverfolgt werden, das ist ausdrücklich die Meinung der gesamten GLP/PP-Fraktion. Kleinklassen sind wirksam und kosteneffizient, in vielen Fällen können sie eine gute Lösung sein, die der Stadtrat gut im Auge behalten soll. In jedem Fall aber müsste das Ziel sein, Kosten zu sparen, indem die Zahl der Sonderschüler gesenkt wird. M. Wäckerlin weiss, dass man da überall auf die Grenzen der übergeordneten Gesetzgebung stösst, doch diese Grenzen auszuloten hätte er im Rahmen dieser Interpellationsantwort erwartet. Es muss starke Anstrengungen geben, weg von der Sonderschulung hin zur Prävention. Alle Kinder, bei denen nicht tatsächlich eine neurologische Störung vorliegt, müssten ohne spezielle Integration in der Regelschule unterrichtet werden können. Dieses Ziel sollte hartnäckig verfolgt werden. Zusätzliche Ressource für die Regelschulen, Schulsozialarbeit, Tagesschulen, sowie vorschulische Frühförderung sind gute Ansätze. Leider schätzt selbst der Stadtrat diese Massnahmen abschliessend als ungenügend ein. In diesem Sinne ist M. Wäckerlin mit der Interpellationsantwort nicht zufrieden und hofft, dass der Stadtrat die Anregung aufnimmt, diese Baustelle in Zukunft aktiv weiter zu bearbeiten.

In der Antwort auf Frage zwei gesteht der Stadtrat freimütig ein, dass die Zunahme an Sonderschulmassnahmen teilweise systembedingt ist. Das ist ein eigentlicher Skandal, da werden Kinder durch falsche Strukturen und falsche Anreize zu Sonderschülern gemacht. Hier sollte der Stadtrat unbedingt ansetzen, auch beim Kanton vorstellig werden. Das Schulsystem ist, nicht zuletzt durch eine verfehlte Politik aus der kantonalen Bildungsdirektion, extrem kompliziert und unübersichtlich. Zur ganzen Komplexität oben drauf kommen noch die vielen verschiedenen Formen der Sonderschulung, Integration und deren Finanzierung. Aber das System darf nicht so ausgelegt sein, dass die Frage der richtigen Schulung eines Kindes zu einer Frage der Finanzierung wird! Leider ist das nicht auf Ebene der Stadt zu lösen, aber die Stadt soll sich diesbezüglich auf kantonaler Ebene bemerkbar machen und die Probleme an die Öffentlichkeit tragen. Es wäre auch zu hoffen, dass unsere Medien da weiterbohren. Das Problem ist erkannt, die Lösung ist in weiter Ferne, die GLP/PP-Fraktion nimmt die Antwort daher mit grosser Unzufriedenheit zu Kenntnis. Sie kann insofern zustimmen, als das Problem erkannt ist, erwartet aber weitere Massnahmen.

Ch. Magnusson (FDP): Wer im Rat hat während der Schulzeit eine sonderpädagogische Massnahme genossen? Ch. Magnusson hat eine solche Massnahme erhalten, aber nur eine

kurze. Er hat ein wenig gelispelt. Seine Aussprache konnte mit einfachen Massnahmen rasch verbessert werden. Ch. Magnusson weiss nicht, ob das heute noch immer so gehandhabt wird oder ob mit grösseren Kanonen auf Spatzen geschossen wird. Grundsätzlich ist die stadträtliche Antwort für Ch. Magnusson befriedigender ausgefallen als für den Mitinitianten M. Wäckerlin. Sie liegt aber eine Weile zurück und ist bereits ziemlich überholt. Inzwischen sind gewisse Massnahmen, die in der Antwort als mögliche Einsparungen oder Varianten angesprochen werden, bereits umgesetzt oder in Umsetzung. Insofern kann man mit vielen Aussagen nicht mehr viel anfangen, weil sie nicht mehr aktuell sind. In diesem Sinne wäre die FDP-Fraktion dankbar, wenn das Thema in der Sachkommission Bildung, Sport und Kultur (BSKK) erneut aufgenommen und mit Stadtrat St. Fritschi diskutiert werden könnte. Der Stadtrat zeigt auf, dass Einsparungen möglich sind. Offensichtlich werden diese Möglichkeiten auch genutzt. Zudem scheint es vertretbar zu sein, gewisse Massnahmen zu hinterfragen. Grundsätzlich kann sich die FDP vorstellen, dass Massnahmen plafoniert werden und zum Beispiel eine gewisse Anzahl an Sonderschulungen festgelegt wird, weil nicht mehr Geld vorhanden ist. Es kann nicht sein, dass immer mehr Geld ausgegeben werden muss, unter anderem für Massnahmen die systembedingt sind. Wenn das System krankt, muss man sich unter Umständen gegen dieses System wenden. Wichtig ist, dass der Fokus auf den Einzelfall gelegt wird. Es kann nicht sein, dass Kinder, die später im Jahr angemeldet werden, keine Chancen auf eine Massnahme haben, weil zu wenig Geld vorhanden ist. Die Einzelfälle müssen genau geprüft werden. Die FDP hofft, dass die bereits getroffenen und die kommenden Massnahmen dazu führen, dass das Geld, das sowieso knapp ist, in Zukunft noch gerechter verteilt werden kann. Es soll noch mehr denen zugute kommen, die eine spezielle Förderung benötigen. Kleinklassen sind eine hervorragende Lösung. Früher hat es auf jeder Stufe verschiedene Varianten von Kleinklassen gegeben. Diese sind leider vom neuen Volksschulgesetz grossflächig abgeschafft worden. Das ist ein Grund, warum die Kosten so stark steigen. Mittelfristig ist eine Überarbeitung der gesetzlichen Basis anzudenken. In diesem Sinne nimmt die FDP-Fraktion positiv zur Kenntnis und ist gespannt auf die weitere Entwicklung in diesem Zusammenhang.

Ch. Ingold (EVP): Die Interpellationsantwort ist bereits überholt. Unbestritten ist die Notwendigkeit der Kostenreduktion, fraglich ist das Versprechen, die Qualität beibehalten zu können. In der Antwort zur Frage 1 verspricht der Stadtrat genau dies – keine Qualitätseinbussen. Obwohl die Kosten für die integrierte Sonderschulung sehr detailliert und präzise angegeben werden, bezweifelt Ch. Ingold, dass gespart werden kann, ohne Qualitätseinbussen in Kauf nehmen zu müssen. Die auswärtigen Angebote können nicht derart ineffizient oder übersteuert sein – beziehungsweise der Transport der Schülerinnen und Schüler derart kostentreibend wirken. Der Stadtrat schreibt, dass die zu schaffenden Voraussetzungen für die Betreuung von verhaltensauffälligen Kindern ähnliche Kosten produzieren wie eine externe Lösung. Die Zusammenfassung der möglichen Einsparungen zeigt, dass ein kleines Sparpotential vorhanden ist, dieses aber umfangreichen und wiederkehrenden Abklärungen gegenübergestellt werden muss. Das gilt es ebenfalls zu kalkulieren und zu den internen Kosten zu addieren. Ch. Ingold wagt zu behaupten, dass solche Lösungen im Durchschnitt wenig Sparpotential aufweisen, hingegen dauernde Abklärungen, Verhandlungen, Sitzungen, Umteilungen, Eingewöhnungen, Evaluationen und Rekurse produzieren. Die Antwort zur Frage 2 nach den Gründen der Zunahme ist interessant und zeigt wo der Hund begraben ist. Zusammenfassend interpretiert Ch. Ingold die Antwort dahingehend, dass der Anstieg der auswärtigen Angebote eine Reaktion auf die mangelnden Ressourcen in der Regelschule ist. Dort kann zwar vorübergehend gespart werden, dafür fliesst das Geld in externe Lösungen. Müssen diese jetzt ebenfalls reduziert werden? Um wiederum dort die Kosten in den Griff zu bekommen, fällt die Arbeit erneut bei der Regelschule an, die ebenfalls nicht mehr über die notwendigen Ressourcen verfügt. Ein Schwarzpeterspiel. Leidtragende sind die Schülerinnen und Schüler sowie die Lehrpersonen. Gewonnen haben vorübergehend die Politiker und Bildungsstrategen. Eines ist klar, eine Schule welche die Anforderungen erfüllt, die an sie gestellt werden, kostet mehr als man bereit ist zu bezahlen. Entweder werden die Anforderungen gesenkt oder es muss mehr bezahlt werden. Sonst können die Kosten noch ewig von intern zu extern verschoben werden. Die EVP-Fraktion nimmt die Interpellationsantwort den-

noch im positiven Sinne zur Kenntnis, weil die Stadt diesbezüglich leider wenig Handlungsspielraum hat.

W. Schurter (CVP) dankt dem Stadtrat für die Beantwortung der Interpellation. Die CVP nimmt die komplexe Antwort zustimmend zur Kenntnis. W. Schurter bekennt sich ebenfalls zur Sonderschulung. Er hat den Sprachheilkindergarten besucht, weil er das C nicht aussprechen konnte. Die Antwort des Stadtrates zeigt einmal mehr, dass der Bereich Sonderschulmassnahmen auch in Winterthur vielfältig, anspruchsvoll und finanziell unterschiedlich ist. Bei der Entwicklung von Massnahmen sollen die Schülerinnen und Schüler im Mittelpunkt stehen, da sie die Hauptbetroffenen sind. Somit dürfen allfällige Sparmassnahmen keine Qualitätseinbussen zur Folge haben. Die CVP hat erstaunt zur Kenntnis genommen, dass der Zuwachs an Winterthurer Sonderschulungen in den letzten Jahren um einiges höher ausgefallen ist als im Kanton Zürich. Deshalb ist aufgrund eines ausgewiesenen Handlungsbedarfs ein erweitertes Angebot in Form von Sonderschulungen und Unterstützung an den Regelschulen nötig. Auch die CVP ist auf die Ergebnisse des Projekts „Schulen unterwegs“ gespannt.

S. Madianos (SP) dankt dem Stadtrat für die ausführliche Antwort insbesondere auch für die konkreten Zahlenbeispiele in Bezug auf die Kosten und für die interessante Hypothese, warum die Anzahl Schülerinnen und Schüler an den Sonderschulen so stark ansteigt. Das zeigt auch die Komplexität auf. Es ist deshalb nicht einfach eine Antwort und eine Lösung zu finden. Die Antwort zeigt auf, dass grundsätzlich die Integration, in welcher Form auch immer, weniger Kosten verursacht. Dem Grundsatz, dass Integration vor Separation stehen soll, muss grosse Beachtung geschenkt werden. Das ist häufig auch zum Wohl der Kinder. Deshalb sind Gefässe wie Integrierte Förderung, Integrierte Sonderschulung und wie sie alle heissen wichtige Elemente, um die Kinder in der Schule integrieren zu können. Wichtig ist zudem, dass die Kinder die richtigen Massnahmen erhalten und dass sie die Sonderschulmassnahmen erhalten, die ihnen zustehen. Deshalb sind die Abklärungen beim schulpсихologischen Dienst ganz wichtig. Diese haben auch eine wichtige Funktion damit die Finanzen nicht aus dem Ruder laufen. Es ist nicht ganz klar, was ein Sonderschüler ist, der Graubereich ist gross. Das System der Regelschulen muss auch deshalb gestärkt werden. Die Ressourcen müssen vermehrt in diesen Bereich fliessen. Die Schule muss darauf vertrauen können, dass auch Schüler, die nicht ganz der Norm entsprechen, gut integriert werden können. Das scheint im Moment nicht immer der Fall zu sein. Die SP lehnt es entschieden ab, dass Sonderschülerinnen und Sonderschüler an privaten Schulen unterrichtet werden. Das könnte zwar eine Sparmassnahme sein, aber diese Schulen sind nicht zwingend geeignet. Es ist zudem schwierig die Qualität an den privaten Schulen zu überprüfen. Es ist wichtig, dass der Grundsatz Integration vor Separation gelebt wird – nicht nur aus finanziellen Gründen sondern insbesondere auch aus pädagogischen und ethischen Gründen. Die Regelschulen müssen deshalb gestärkt werden. Das Geld soll dort investiert werden und nicht ausschliesslich bei den Sonderschulen.

G. Gisler (SVP): Die SVP dankt dem Stadtrat für die ausführliche Antwort. Der Stadtrat hat mit dem neuen Konzept einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung gemacht. Es ist zu hoffen, dass die Massnahmen, die von der Zentralschulpflege am 4. Dezember 2012 beschlossen wurden, auch greifen werden und dass die vorgesehene standardisierte Vorgehensweise zur Entlastung von administrativen Arbeiten und demzufolge auch zu einer Reduktion der Kosten führt. Die SVP-Fraktion nimmt die Antwort im positiven Sinne zur Kenntnis.

Stadtrat St. Fritschi hat ebenfalls eine Sonderschulung besucht, weil er Sprachschwierigkeiten hatte. Die Sonderschulung ist eine komplexe Sache. Die Thematik überfordert zeitweise auch das Departement Schule und Sport. Trotzdem ist die Stadt Winterthur mutig und hat als erste Gemeinde in der Schweiz Massnahmen ergriffen und Dienstanweisungen erlassen, die einzigartig sind und die in der BSKK bereits kommuniziert und im Landboten publiziert worden ist. Die Stadt hat nicht das Ziel, die Kosten zu senken. Die Kosten sollen stabilisiert werden. Das ist ein extrem ehrgeiziges Ziel im Rahmen der Sonderschulung. In den

letzten Jahren ist ein Wachstum von über 10 Millionen zu verzeichnen. Der Kostenanstieg ist schweizweit ein Problem. Stadtrat St. Fritschi hat mit Amtskollegen diskutiert. Dabei stellt sich immer die gleiche Frage – wie hoch ist das Wachstum. Die Stadt Winterthur hat sich zum Ziel gesetzt, die Kosten zu stabilisieren. Wenn dieses Ziel erreicht werden kann, ist das ein grosser Erfolg. Das ist aber nicht einfach, weil viele Stellen betroffen sind. Schulleitungen, Lehrpersonen, Therapeuten, Kinder, Ärzte, Psychologen, Psychiater, Verwaltung und viele weitere Beteiligte müssen mitmachen. Gemeinsam mit dem Bereichsleiter R. Zuber besucht Stadtrat St. Fritschi die verschiedenen Fachgremien und vertritt die Dringlichkeit einer Plafonierung der Sonderschulmassnahmen. Das ist nicht einfach und benötigt viel Energie. Der Stadtrat konnte bei entsprechenden Veranstaltungen Interesse und Verständnis wecken. Es ist dringend nötig, die Kosten zu stabilisieren. Stabilisieren heisst, dass ein Teil des Geldes, das jetzt in die Sonderschulen gesteckt wird, zurückgeholt wird und den Regelschulen zugute kommt. Die Regelschulen benötigen mehr Ressourcen um ihre anspruchsvollen Aufgaben zu erfüllen. Es geht nicht darum, die Kosten zu senken und das Geld einzusparen. Das Geld soll vermehrt in die Regelschulen fliessen, damit mehr Kapazität vorhanden ist. Wenn M. Wäckerlin all die Massnahmen und Lösungsansätze, die jetzt erarbeitet werden noch nicht kennt, liegt das vielleicht am fehlenden Sitz in der BSKK. Der Stadtrat informiert aber regelmässig und hofft, dass auch M. Wäckerlin bald feststellen kann, dass Lösungen erarbeitet werden. Auch das Parlament ist ein wichtiger Teil und muss mithelfen für die grosse Baustelle Sonderschule eine Lösung zu finden, damit für die Kinder eine Verbesserung erreicht werden kann.

Ratspräsident J. Lisibach: Damit ist das Geschäft 2012/018 erledigt und wird abgeschrieben.

9. Traktandum

GGR-Nr. 2012/032: Beantwortung der Interpellation S. Madianos-Hämmerle (SP) betreffend Ressourcenverteilung Speziallehrkräfte in der Volksschule

S. Madianos (SP) dankt dem Stadtrat für die Beantwortung der Interpellation. Sie ist etwas enttäuscht, dass konkrete Zahlen fehlen. Der Stadtrat hat mehrheitlich Annahmen getroffen. S. Madianos ist sich bewusst, dass es sehr aufwändig gewesen wäre, genaue Zahlen zu ermitteln. Die Problematik, dass viele verschiedene Speziallehrkräfte eine Klasse unterrichten, wurde allgemein erkannt. In der Antwort wird aufgezeigt, dass die Rahmenbedingungen sehr kompliziert sind. Die Stadt Winterthur kann darauf nur schwer Einfluss nehmen. Trotzdem ist es wünschenswert, dass die verschiedenen Aufgaben auf weniger Personen konzentriert werden. Das kann zu einer Entlastung der Lehrkräfte führen, weil weniger Absprachen getroffen werden müssen und sie länger in einer Klasse unterrichten. Die Schülerinnen und Schüler haben weniger Bezugspersonen und für die Eltern reduziert sich die Anzahl der Ansprechpersonen. Deshalb ist es richtig, dass sich die Stadt Winterthur am Schulversuch des Kantons mitmacht. Zwei Lehrpersonen sollen ca. eineinhalb Stellen abdecken. Dadurch dürfen aber Kinder mit besonderen Bedürfnissen nicht vernachlässigt werden. Diese Kinder müssen weiterhin gefördert werden. Es kann aber nicht sein, dass ausschliesslich auf diesen Schulversuch gesetzt wird. Nicht alle Schuleinheiten können sich beteiligen. Zudem wird es längere Zeit dauern bis dieser Schulversuch abgeschlossen und ausgewertet ist. Deshalb muss darauf geachtet werden, dass schulische Heilpädagoginnen und Heilpädagogen und DaZ-Lehrpersonen zusammengelegt werden können. Aus der Antwort geht nicht hervor, wie oft das bereits der Fall ist. Je länger je mehr sind schulische Heilpädagoginnen und Heilpädagogen bereit zu einem tieferen Lohn diese Arbeit zu übernehmen, weil sie dadurch ein grösseres Pensum in einer Klasse unterrichten können. Es soll unbedingt dafür gesorgt werden, dass die gleichen Personen für ISR zuständig sind. Das sollte auch bei IF und ISS möglich sein, auch wenn das etwas komplizierter wird. Aufgrund der Erschwernisse bei den verschiedenen Anstellungen darf weder das Wohl der Kinder vergessen werden noch die sinnvolle Nutzung der Arbeitszeit der verschiedenen Lehrpersonen und Speziallehrkräfte. Es sind

unkonventionelle Lösungen gefragt. Die Schulleitungen sollen ermutigt werden entsprechende Lösungen umzusetzen, weil diese mehr bringen als das genaue Einhalten der Richtlinien, das zu einer Zerstückelung der Pensen führt.

Ch. Ingold (EVP): Die Interpellationsantwort zeigt exemplarisch auf wie komplex die Volksschule heute ist und wie hoch folglich auch der Koordinationsbedarf ist. Das Departement Schule und Sport muss mit Angebot und Nachfrage und mit der Finanzierung geschickt jonglieren damit alle etwas von dieser Vielfalt haben. Das macht es ziemlich gut. Ein Lichtblick scheint der sogenannte Schulversuch „Reduktion Anzahl Lehrpersonen pro Klasse“ zu sein. Hier handelt es sich nicht um einen weiteren Schulversuch, sondern um die Wiederherstellung des alten Prinzips „generalistische Klassenlehrperson“. Winterthur beteiligt sich an diesem Versuch, somit kann auf eine positive Entwicklung in dieser Frage gehofft werden. Anzumerken bleibt auch hier: Welche Volksschule wollen wir? Wenn differenzierte Unterstützungsangebote bereitgestellt werden sollen, erhöht dies auch die Komplexität der Ressourcen. Will man diese reduzieren, muss entschieden werden, welche Angebote abgebaut werden sollen. Siehe Budgetdebatte.

M. Wäckerlin (GLP/PP): Der Stadtrat hat eine relativ nüchterne Antwort erteilt. Entsprechend kurz fällt auch der Kommentar aus. Kinder können grundsätzlich auch mit verschiedenen Bezugspersonen umgehen. Allerdings ist es durchaus von Vorteil, wenn es weniger sind oder für die Kinder zumindest die Zuständigkeiten ganz klar sind. Von daher begrüsst die GLP/PP-Fraktion die Teilnahme am erwähnten Schulversuch. An der Komplexität des Schulsystems ist die Bildungsdirektion des Kantons Zürich schuld, die Gemeinde hat keinen Spielraum. Vielleicht müssten die Parteien, die einen Sitz im Kantons- und Regierungsrat innehaben dafür sorgen, dass die Kinder weniger verregnet werden.

Ch. Magnusson (FDP): Die Volksschule ist komplex und mit vielschichtigen Anstellungsbedingungen konfrontiert. Die ganze Problematik, die S. Madianos angesprochen hat, ist nicht neu. Ch. Magnusson ist enttäuscht, dass die Fragestellung weniger als Interpellation, sondern vielmehr als Schriftliche Anfrage daherkommt. Es handelt sich um eine reine Informationsbeschaffung darüber wie viele Lehrpersonen wo, wie viel arbeiten. Inhaltliche Fragen sind kaum gestellt worden. Deshalb fordert Ch. Magnusson die SP für einmal auf, entsprechend tendenziöse Fragen zu stellen, die in die Richtung der gewünschten Lösungen zielen. Dann könnte der Gemeinderat auch über mehr Inhalt diskutieren. Das Thema ist sehr interessant. In diesem Sinne dankt die FDP-Fraktion dem Stadtrat für die Antwort und nimmt sie positiv zur Kenntnis. Es entspricht tatsächlich einem breiten Bedürfnis, dass es pro Klasse eine oder maximal zwei Ansprechpersonen gibt. Das kommt auch im bereits angesprochenen Schulversuch zum Ausdruck. Der Stadtrat führt plausibel aus, wie es dazu kommt, dass verschiedene Lehrpersonen in einer Klasse unterrichten. Das Gesetz regelt zwar sehr viel, hat aber nicht immer den Anspruch einfache Lösungen zu generieren. Die Bemühungen des Stadtrates eine volksnahe Schule zu führen, wird von der FDP durchaus anerkannt. Die Fraktion bedankt sich für die Informationen.

W. Schurter (CVP): Die CVP-Fraktion bedankt sich für die Antwort und nimmt sie zustimmend zur Kenntnis. Die heutige Situation mit mehreren Lehrpersonen pro Schulklasse ist unbefriedigend. Es sind dringend Massnahmen notwendig. Die CVP ist deshalb auf die Ergebnisse des Projekts „Reduktion Anzahl Lehrpersonen pro Klasse“ gespannt und hofft, dass die Stadt Winterthur ab dem Schuljahr 2014/2015 eine Pionierrolle übernehmen kann.

G. Gisler (SVP): Die SVP dankt für die Antwort. Der neue Schulversuch geht in die richtige Richtung. Die SVP hat mit Genugtuung festgestellt, dass die Zentralschulpflege an einer Teilnahme am Schulversuch „Fokus Lernbeziehungen“ Interesse hat. Die SVP-Fraktion nimmt die Interpellationsantwort zustimmend zur Kenntnis.

Stadtrat St. Fritschi: Die Stadt Winterthur beteiligt sich am Schulversuch „Fokus Lernbeziehungen“ an vorderster Front. Stadtrat St. Fritschi konnte an einer gemeinsamen Medienkonferenz mit Regierungsrätin R. Aeppli die Sicht der Schulgemeinde Winterthur einbringen. Es

ist fast verdächtig, wie dieser Schulversuch ausnahmslos ein positives Feedback erhält. Das ist erfreulich, weil der Stadtrat überzeugt ist, dass damit ein wichtiger Schritt getan wird. Einerseits bedeutet das einen Schritt zurück zu den Wurzeln der Schule, hin zu einer Schule mit weniger Lehrpersonen pro Klasse. Stadtrat St. Fritschi war positiv überrascht, dass sowohl die Gewerkschaft der Lehrpersonen als auch sämtliche Parteien diesem Versuch gegenüber positiv eingestellt sind. Es braucht eine positive Grundhaltung, weil es nicht an Hürden und Schwierigkeiten mangeln wird. Ein Versuch ist im Detail nicht einfach. Die verschiedenen Anstellungsbedingungen müssen geregelt werden. Die die Lehrpersonen, die Deutsch als Zweitsprache unterrichten sind städtische Angestellte und die Heilpädagoginnen und Heilpädagogen und die Klassenlehrpersonen haben kantonale Anstellungsverfügungen. Diese Details müssen geklärt werden, damit der Versuch gelingen kann. Winterthur wird, wenn möglich, in jedem Schulkreis mit einem Schulhaus an diesem Versuch teilnehmen und ab 2014 starten. Stadtrat St. Fritschi hofft, dass aus diesem Versuch neue Erkenntnisse gewonnen werden, die für die Schule wichtig sind. Er ist überzeugt, dass weniger Bezugspersonen eine Verbesserung darstellen für alle Beteiligten vor allem für die Kinder. Auch als Vater findet es Stadtrat St. Fritschi schwierig, wenn 7 verschiedene Bezugspersonen für ein Kind zuständig sind. Die Stellung der Klassenlehrperson soll gestärkt werden und sie soll mehr Verantwortung übernehmen. Damit kann die Lehrperson gegen Aussen sicherer auftreten. Stadtrat St. Fritschi freut sich auf diesen Schulversuch und ist überzeugt, dass Winterthur eine Pionierrolle einnehmen kann.

Ratspräsident J. Lisibach: Damit ist das Geschäft 2012/032 erledigt und wird abgeschrieben.

10. Traktandum

GGR-Nr. 2011/014: Antrag und Bericht zum Postulat O. Seitz (SP), M. Wäckerlin (GLP/PP), M. Stauber (Grüne/AL), Ch. Ingold (EVP) und F. Albanese (CVP) betreffend mehr Chancengerechtigkeit im Bildungsbereich

O. Seitz (SP): Die vorliegende Antwort ist sehr ausführlich aufgefallen. Es handelt sich um eine kleinere Diplomarbeit, die einen guten Überblick über das aktuelle Angebot gibt. Die Antwort hätte aber etwas kürzer ausfallen dürfen. Dafür hätte der Stadtrat präziser ausführen können, was er zusätzlich zu machen gedenkt. Die wichtigste Frage ist: Welche konkreten Massnahmen will der Stadtrat zusätzlich zum heutigen Angebot ergreifen? Die Zahlen sind schockierend. Sie sind dem Voranschlag 2011 entnommen und haben sich seither kaum verändert. In der Abteilung A der Sekundarschule liegt der Anteil der fremdsprachigen Schülerinnen und Schüler bei 21 %. Das ist eine deutliche Minderheit. In der Abteilung C sind es 72 % fremdsprachige Schülerinnen und Schüler. Das zeigt, dass das Risiko für fremdsprachige Schülerinnen und Schüler massiv höher ist in einem tieferen Niveau eingeschult zu werden. Das trifft aber nicht nur auf die fremdsprachigen Schülerinnen und Schüler zu, sondern allgemein auf Kinder mit einem ausländischen Pass. 16 % der Schülerinnen und Schüler in der Abteilung A haben einen fremdländischen Pass, in der Abteilung C sind es 63 %. Diese massiven Ungleichheiten sind sehr bedauerlich. Es ist anzunehmen, dass auch fremdsprachige Jugendliche wie auch Jugendliche mit einem ausländischen Pass das gleiche Potential mitbringen, wenn sie geboren werden.

Mit dem Postulat sollte geklärt werden, welche Massnahmen zusätzlich eingeführt werden könnten. Die aktuellen Angebote können die Schülerinnen und Schüler offenbar nicht ausreichend fördern. Dabei muss festgehalten werden, dass bereits sehr viel getan wird. Leider konnten damit die Zahlen nicht verbessert werden. Die Stadt musste sparen. 2013 musste der Stadtrat bereits ein Sparpaket schnüren und 2014 wird er noch mehr sparen müssen. Es ist O. Seitz ein grosses Anliegen, dass in diesem Bereich nicht gespart wird, weil die Kinder davon betroffen wären. Sie sollen die Förderung erhalten, die sie benötigen. Die Weisung zeigt, dass die Frühförderung ein wichtiges Element ist. Das bestätigt auch die Wissenschaft. Eine politische Mehrheit hat die Massnahmen zur Frühförderung unterstützt. 2014 soll bei

diesen Themen nicht gespart werden, das trifft vor allem auch auf die Fachstelle Frühförderung zu, die in ein unbefristetes Angebot überführt werden soll. Der Gemeinderat muss sich bewusst sein, dass ein Teil der Fachstelle Frühförderung über Stiftungen finanziert worden ist. Die Stiftungen werden wahrscheinlich teilweise aussteigen. Diese Finanzierung muss ersetzt werden. Winterthur kann sich einen Leistungsabbau in diesem Bereich nicht leisten. Stadtrat St. Fritschi hat in der BSKK anhand einer Tabelle aufgezeigt, wo sich ein investierter Franken am ehesten lohnt. Diese Graphik hat deutlich aufgezeigt: Je früher mit der Förderung begonnen wird, desto grösser sind die Auswirkungen. Die Stadt kann zwar nicht massiv mehr Massnahmen initiieren aber dort wo es sich lohnt, nämlich in der Frühförderung, soll die Stadt zusätzlich investieren.

M. Wäckerlin (GLP/PP) ist selten so einig mit O. Seitz (SP) wie bei diesem Thema. Nur in einem Punkt vertritt M. Wäckerlin eine andere Meinung. Dabei geht es, anders als es der Stadtrat offenbar verstanden hat, nicht nur um Ausländer, sondern vor allem um den Bildungsstand der Eltern, allenfalls auch um kulturelle Hemmnisse. M. Wäckerlin ist überzeugt, dass zum Beispiel überdurchschnittlich viele Chinesen das Gymnasium besuchen und nur wenige die Abteilung C der Sekundarschule. Nebst Deutschunterricht für fremdsprachige Eltern und Kinder sollte dieser Aspekt nicht weggelassen werden. Im Projekt ChagALL sieht M. Wäckerlin keine Lösung, diesen Ansatz hat er mit Oliver Seitz im Vorfeld gründlich diskutiert. ChagALL bereitet einzelne Kinder, ausschliesslich solche mit Migrationshintergrund, auf eine Mittelschule vor, deshalb wurde dieser Ansatz im Zusammenhang mit dem Postulat 2011/013 Gymnasiumsaufnahmeprüfungsvorbereitung diskutiert. Fakt ist, dass nur sehr wenige Kinder profitieren können, die Kosten pro Kind exorbitant hoch liegen und die Erfolgsrate enttäuschend ist. Ausserdem soll die öffentliche Schule ihre Verantwortung nicht an Private delegieren. Was es braucht sind vielmehr Lösungen, von denen möglichst viele, besser alle Kinder aus bildungsfernen Schichten profitieren können. Letztlich kann das nur mit einer Stärkung der Regelschule und dem umgebenden Umfeld erreicht werden. Viel wird bereits unternommen, geht aber wohl zuwenig weit. Frühförderung ist wichtig, ebenso interessant wäre ein Kindergarten mit 4 und familienexterne Kinderbetreuung für 0-3-Jährige. Je früher man die Kinder in eine gesellschaftliche Umgebung integriert, gerade bei fremdsprachigen Kindern, desto leichter werden sie es in der Schule haben.

Gibt man nicht allen Kindern möglichst gleiche Chancen, bleibt ein grosses Potential unausgeschöpft. Das ist in einem Land wie der Schweiz, dessen Hauptressource das Wissen ist, ein grosser Nachteil für die Gesellschaft. Wie man in den Statistiken sieht, gibt es nicht nur eine Diskriminierung zwischen Einheimischen und Migranten, respektive zwischen Akademikern und bildungsfernen Eltern, sondern auch zwischen den Geschlechtern. Chancengleichheit muss demnach sehr umfassend angegangen werden. Einiges wird getan, man schraubt hier und da. Es stellt sich aber immer die Frage, was langfristige Massnahmen bringen und wie man das Resultat messen kann. Fazit des sehr langen Berichts: Es werden lang und breit mögliche Ursachen und Massnahmen erläutert. Es gibt Massnahmen, aber es ist fraglich, ob diese ausreichen. Daher möchte M. Wäckerlin gern dem Stadtrat die folgende Aufgabe übertragen: Er wird eingeladen, getroffene Massnahmen zu überwachen, Mängel rechtzeitig korrigieren, wo nötig die Massnahmen auszubauen, das heisst Mittel auszuweisen und zu beantragen. Dabei soll er permanent die Statistik im Auge behalten, denn nur da kann man auf Unterschiede aufmerksam werden. M. Wäckerlin bittet den Stadtrat, diese Aufgabe anzunehmen. In diesem Sinne ist die Kenntnisnahme der GLP/PP-Fraktion verhalten positiv und das Postulat kann als erledigt abgeschrieben werden.

Ch. Ingold (EVP) schliesst sich den Ausführungen des Erstunterzeichners an. Er warnt aber vor Illusionen. Die Zweiklassengesellschaft wird weiterhin bestehen bleiben – auch in der Bildung, nicht nur in der Medizin oder in Bezug auf den Zugang zu den Ressourcen. Die Forderungen, die in diesem Postulat gestellt werden, sind sehr wichtig. Die Umsetzung braucht aber viel Zeit. Das Ziel, dass auf jeder Stufe gleich viele Schülerinnen und Schüler unterschiedlicher Herkunft die Schule besuchen, kann nicht erreicht werden. Die EVP-Fraktion nimmt die Antwort im positiven Sinn zur Kenntnis.

F. Albanese (CVP): Die CVP-Fraktion dankt dem Stadtrat und der Zentralschulpflege für die ausführliche Antwort. Der Bericht beleuchtet ein schwieriges und komplexes Thema. Die Bemühungen der Stadt Winterthur werden von der CVP begrüsst. Es ist wichtig, dass möglichst viel für die Erhöhung der Chancengerechtigkeit getan wird und die sozioökonomisch benachteiligten Kinder von Migranten gefördert werden. Die empirischen wie auch statistischen Resultate und Erkenntnisse zeigen ausserdem, dass die Schule vom Verdacht der bewussten oder unbewussten Diskriminierung entlastet werden kann. Das beweist, dass eine Sensibilisierung im Bildungsbereich in Bezug auf dieses Thema stattgefunden hat und im Moment kein zusätzlicher, politischer Handlungsbedarf besteht. Weil aber alle bereits eingeleiteten Massnahmen der Stadt Winterthur langfristig angelegt sind, muss die Effektivität laufend überprüft werden. Die als untauglich erkannten Instrumente dürfen sich nicht in der Schulorganisation bis zur Verkrustung festsetzen und müssen, wenn nötig, aufgelöst werden. Das Postulat kann aus Sicht der CVP als erledigt abgeschrieben werden.

D. Schraft (Grüne/AL): Die Grüne/AL-Fraktion nimmt die Antwort zustimmend zur Kenntnis. Die Antwort ist sehr ausführlich und interessant und betrifft ein schwieriges Problem, das sich leider nicht so schnell lösen lässt. Inhaltlich kann D. Schraft die Aussagen von O. Seitz (SP) mehr oder weniger unterstützen. Es wäre schön, wenn die Massnahmen, wie sie im Postulat angeregt werden, zusätzlich eingeführt werden könnten. D. Schraft ist aber froh, wenn die Chancengerechtigkeit auf dem aktuellen Niveau gehalten werden kann und nicht aus Kostengründen Massnahmen abgebaut werden. Sie befürchtet, dass Fördermassnahmen gestrichen werden. Das wäre ein schwerer Fehler.

Ch. Magnusson (FDP): In diesem Postulat wird von den Postulanten ein grosses Schlagwort angeführt – nämlich Chancengerechtigkeit. Wenn Ch. Magnusson die Ratsmitglieder bitten würden Chancengerechtigkeit zu definieren, würden sehr unterschiedliche Definitionen resultieren. Deshalb richtet Ch. Magnusson sein Votum danach aus, wie er Chancengerechtigkeit definiert. Die Stadt unternimmt bereits sehr viel. Der Stadtrat schreibt, dass in Winterthur bereits einiges oder sehr vieles unternommen wird, um die Chancengleichheit sozioökonomisch benachteiligter Migrantenkinder zu erhöhen. Das kann man eins zu eins stehen lassen. Die FDP-Fraktion hat bereits bei der Einreichung des Postulats erklärt, dass keine zusätzlichen Massnahmen nötig sind. Die Zahlen, die bereits im Postulat aufgeführt werden und jetzt in der Antwort detailliert vorliegen, zeigen auf, dass vor allem die Sprache ein Problem darstellt. Die Schule setzt gewisse Grundkenntnisse der Deutschen Sprache voraus. Wer diese nicht mitbringt oder sich nicht innert nützlicher Frist aneignet, ist benachteiligt. Deshalb müssen in erster Linie die Deutschkenntnisse gefördert werden und zwar möglichst früh. Wenn man erst auf der Sekundarstufe damit beginnt, dann haben die Jugendlichen bereits einen grossen Teil des Stoffes verpasst. Beunruhigend ehrlich sind aber auch die Ausführungen zu den allzu menschlichen, subjektiven Einschätzungen von Lehrpersonen, die im Bericht aufgezeigt werden. Offensichtlich ist es nicht möglich ein Kind absolut unabhängig von persönlichen Ressentiments, Wertvorstellungen, Grundsätzen oder Weltanschauungen zu beurteilen. Wissenschaftliche Studien zeigen, dass eine Lehrperson ein Kind, das ihr persönlich näher steht oder die gleichen Interessen teilt, als besser einschätzt, als ein Kind, das diametral entgegengesetzte Interessen hat. Insofern ist die Situation nicht ganz einfach. Die Kinder können diese Situationen aber relativ gut einschätzen. Es ist nicht selten, dass ein Kind erzählt, wie es sich gegenüber einer bestimmten Lehrperson verhalten muss, damit es mit ihr zurechtkommt. Das lernen die Kinder schnell. Es ist ein Teil der emotionalen Intelligenz, die in der Schule ebenfalls gelernt werden kann. Der Stadtrat präsentiert eine Auflistung der verschiedenen Massnahmen, die von der Stadt und anderen Kreisen ergriffen werden. Für Ch. Magnusson ist aber Eigenverantwortung ein wichtiges Stichwort. Es gibt nicht nur städtische Massnahmen, sondern auch Massnahmen von privaten oder halbprivaten Institutionen, wie zum Beispiel das Programm „Mitten unter uns“ des roten Kreuzes, das Ch. Magnusson aus eigener Erfahrung kennt und weiter empfehlen kann. Es braucht nicht immer die Stadt, die alles organisiert und fördert, das können auch andere Institutionen übernehmen. Manchmal bringen privates Engagement und Eigenverantwortung mehr als staatliche Subventionen. Wichtig ist, dass niemandem eine

Chance verwehrt wird, dass die Menschen aber die vorhandenen Chancen sehr unterschiedlich nutzen, liegt in der Natur der Sache. Keine bürokratische Gleichmacherei kann diesen Unterschied wegdividieren. In Winterthur bestehen faire Chancen für alle. In diesem Sinn nimmt die FDP die Postulatsantwort positiv entgegen und bittet die Ratsmitglieder das Postulat abzuschreiben.

G. Gisler (SVP): Die SVP-Fraktion dankt dem Stadtrat für den ausführlichen Bericht. Es werden bereits sehr viele Massnahmen umgesetzt, um die Chancengleichheit an den Volksschulen zu verbessern. Es fehlt oft an der Bereitschaft der Eltern, ihre Kinder zu fördern und ihnen eine erfolgreiche Schulzeit zu ermöglichen, das betrifft aber einen kleinen Teil der Eltern. Schnelle Erfolge können auch mit den vorhandenen Angeboten nicht erwartet werden. Letztlich kann niemand gezwungen werden, die ihm gebotenen Chancen zu nutzen. Die SVP-Fraktion nimmt den Postulatsbericht im zustimmenden Sinn zur Kenntnis.

O. Seitz (SP) ist nicht oft einer Meinung mit M. Wäckerlin (PP). Diesmal ist das aber der Fall. Die Ergänzung die M. Wäckerlin angebracht hat, dass es nicht ausschliesslich um die Sprache, sondern auch um den sozioökonomischen Status geht, ist durchaus richtig. Deshalb ist auch der familiäre Hintergrund eines Kindes zu berücksichtigen. Eigenverantwortung ist sicher wichtig. Eigeninitiativen und die Beteiligung von nicht staatlichen Institutionen sind zu begrüssen. Aber von Kleinkindern kann keine Eigenverantwortung verlangt werden. In diesem Alter sind die Kinder aber sehr lernfähig, deshalb ist es wichtig, dass die Stadt die Kinder fördert, die geringere Erfolgsaussichten haben. In diese Massnahmen muss die Stadt weiterhin investieren.

Stadtrat St. Fritschi: Der Stadtrat hat die Postulatsantwort noch vor der Budgetdebatte geschrieben, deshalb ist sie ausführlicher ausgefallen. Inzwischen spart der Stadtrat auch bei den Antworten. Stadtrat St. Fritschi hofft, dass der Bericht trotzdem interessant ist. Er selber hat daraus neue Erkenntnisse gewonnen. Die Welt und vor allem die Schulbildung ist nicht gerecht und nicht so fair, wie man sich das vorstellt. Das muss einem zu denken geben. In der Antwort hat der Stadtrat dargelegt, dass er alles versucht, um diese Ungerechtigkeit aus dem Weg zu räumen. Trotzdem wird auch in Zukunft die Ausgangslage nicht für alle Kinder gleich sein. Chancengleichheit und Chancengerechtigkeit sind nicht zu erreichen. Die Schulleitungen, die Lehrpersonen, die Zentralschulpflege und der Stadtrat versuchen gemeinsam die subjektive Einstellung zu reduzieren. Aber auch diese wird man nicht gänzlich zum Verschwinden bringen. Sie wird später im Arbeitsalltag eine Rolle spielen. Auch die Mitarbeiterbeurteilungen werden von dieser subjektiven Einstellung beeinflusst. Im Schulalltag muss man versuchen, diesen Einfluss möglichst zu reduzieren, damit die Ausgangslage der Schülerinnen und Schüler nicht negativ beeinflusst wird. Die Stadt muss sparen. Auch das Departement Schule und Sport muss einen Beitrag leisten an die Millionen, die eingespart werden müssen. Es kann nicht sein, dass nur einzelne Departemente die Sparvorgaben erfüllen müssen. Im laufenden Budget mussten verschiedene Projekte haare lassen. So musste zum Beispiel der Ausbau der Kindertagesstätten reduziert werden, damit ist ein Teil der Frühförderung von den Sparmassnahmen betroffen. Stadtrat St. Fritschi kann aber bestätigen, dass die Erfolgschancen steigen, wenn die Förderung bereits im frühen Alter einsetzt. Das nächste Traktandum betrifft die Vorbereitungskurse für das Gymnasium. Stadtrat St. Fritschi ist nicht sicher, ob diese Kurse von der Stadt finanziert werden können. Der Stadtrat setzt aber alles daran, dass im Frühförderbereich nicht zurückgefahren werden muss.

Ratspräsident J. Lisibach: Damit hat der Gemeinderat den Bericht zustimmend zur Kenntnis genommen. Das Postulat wird abgeschrieben.

11. Traktandum

GGR-Nr. 2011/013: Antrag und Bericht zum Postulat M. Wäckerlin (GLP/PP), O. Seitz (SP), A. Bosshart (FDP) und M. Stauber (Grüne/AL) betreffend Gymnasiumsaufnahmeprüfungs Vorbereitung

M. Wäckerlin (GLP/PP) dankt dem Stadtrat für die Antwort, die sehr ausführlich ausgefallen ist. Da es zu einem Missverständnis gekommen ist, beginnt er mit einer Klarstellung: Wenn Zentralschulpflege und Stadtrat «die Auffassung der Postulanten nicht teilen, dass die begabtesten Schüler der Klasse und ihre Eltern motiviert werden sollen, die Aufnahmeprüfung zu versuchen», dann stellen sie sich damit nicht nur gegen die Mehrheit des Gemeinderates, der dieses Postulat überwiesen hat, sie missverstehen vor allem auch die Intention dieser Aussage. Es geht nicht um die Akademisierung der Bevölkerung. Der Hintergrund der Aussage ist die Chancengleichheit zu verbessern, so sollen nicht nur die Kinder auf das Gymnasium aufmerksam werden, deren Eltern sich aktiv darum kümmern, sondern alle, die die entsprechenden Fähigkeiten haben. Selbstverständlich gibt es in der Schweiz gerade auch in Kombination mit der Berufslehre viele gute Alternativen. Es geht nur darum, dass auch Kinder aus bildungsfernem Elternhaus motiviert werden sollen. Darum sollen die Eltern und Schüler aktiv über die Möglichkeiten informiert und wo sinnvoll motiviert werden. M. Wäckerlin nimmt an, unter diesem Aspekt können auch der Stadtrat und die Zentralschulpflege der Aussage zustimmen und die Vorbemerkung zurückziehen.

In der Antwort des Stadtrats kommt das Hauptproblem zur Sprache, welches M. Wäckerlin gemeinsam mit dem zuständigen Vorsteher des Schuldepartements im Vorfeld aufgedeckt hat: Jeder Schulkreis kocht sein eigenes Süppchen. Was in den einen Schulen gut funktioniert, ist in anderen Schulen nur mangelhaft umgesetzt. Die Organisation und Zuständigkeiten der Schulen sind hoch komplex und hoch kompliziert. Da wäre es mehr als nur wünschenswert, wenn Zentralschulpflege und Stadtrat gemeinsam für stadtweite Qualitätsstandards sorgen würden. Nicht alle Eltern können sich fast tausend Franken leisten, um ihre Kinder in einen privaten Vorbereitungskurs zu schicken. Wegen der Heterogenität an den Schulen kommt man vielerorts im Stoff nicht weit genug: Schulen kommen wegen der Probleme nicht nach. Schüler der 6. Klasse haben teilweise Klammernauflöser, die einfachste Prüfungsaufgabe im Fach Mathematik, noch nie gesehen. Den Grundsatz der Zentralschulpflege vom 27. Oktober 2009 lehnt M. Wäckerlin insofern ab, als es nicht das Ziel sein darf, dass sich die Schulkreise mit der Prüfungsvorbereitung profilieren. Innerhalb der Stadt soll die Qualität auf hohem Niveau einheitlich sein. Alle Schulkreise sollen darauf verpflichtet werden, gemeinsam für hohe Standards der Winterthurer Schulen zu sorgen. Schliesslich gibt es keine freie Schulwahl. Es sollen sich eben gerade nicht z.B. die Villenquartiere gegenüber den Arbeiterquartieren profilieren, sondern es sollen alle Kinder der Stadt profitieren. Mangelhafte Schulen sind auf Kurs zu bringen. Wenn die notwendige Haltung dazu an einer Schule fehlt, ist die Schulleitung zu ersetzen. In dem Punkt sollte die Zentralschulpflege ihr Leitbild dringend nochmals überarbeiten. Den Rest unterstützt M. Wäckerlin, insbesondere den Ansatz, weitergehende Lern- und Arbeitstechniken zu vermitteln. Davon könnten nicht nur die Prüflinge profitieren, sondern alle Schüler, entsprechend gehört das auch in den allgemeinen Unterricht.

Zwar sieht das Volksschulgesetz vom 7. Februar 2005 eine individuelle Förderung vor. Leider beobachtet M. Wäckerlin immer wieder, dass sich individuelle Förderung mehr an Defiziten ausrichtet, statt auch an Begabungen. Hier muss ein Umdenken stattfinden. Die Förderung von Begabungen ist ebenso wichtig, wie der Ausgleich von Defiziten. Leider kann man momentan in diesem Bereich seitens der Integrativen Förderung (IF) wohl kaum etwas erwarten. Die Postulatsantwort ist leider bereits wieder veraltet. Es ist richtig, dass sich der Regierungsrat am 6. Juni 2012 aus Gründen der Chancengleichheit für eine möglichst einheitliche Lösung bei der Vorbereitung auf die Aufnahmeprüfungen ausgesprochen und damit dieses Postulat fast identisch übernommen hat. In seinem Blogeintrag vom 15. Juni 2012 nahm M. Wäckerlin das ebenfalls zu Kenntnis. Nur leider hat der Kantonsrat dieses Anliegen kürzlich bachab geschickt, so dass diese Verweise in der Postulatsantwort bereits wieder

Makulatur sind und die Stadt auf sich selbst angewiesen ist. Ebenso sind die angekündigten 130'000 Franken dem Sparplan zum Opfer gefallen. Das heisst, es geschieht nichts. Immerhin wird das Anliegen der Postulanten im Grundsatz weitgehend geteilt, sowohl vom zuständigen Stadtrat, wie auch von der Zentralschulpflege. Es ist wichtig, hier am Ball zu bleiben und wie ursprünglich im Postulat gefordert nach einer kostenneutralen Lösung zu suchen. Es gibt Schulen in Winterthur, an denen die Gymnasiumsaufnahmeprüfungs vorbereitungen gut laufen und andere, an denen es noch Verbesserungspotential gibt. Der Stadtrat soll gemeinsam mit der Zentralschulpflege untersuchen, wo es gut läuft, wo nachgebessert werden muss, was warum gut läuft und was man wie verbessern könnte. Der Informationsaustausch soll diesbezüglich zwischen den Schulkreisen verbessert werden, die einen sollen von den anderen lernen. So soll der Stadtrat mit Schulpflegern und Schulleitern nach kostenneutralen Lösungen suchen, um zu erreichen, dass diejenigen Kinder, bei denen die intellektuellen Fähigkeiten vorhanden sind, unabhängig von der Finanzkraft ihres Elternhauses, gut auf die Prüfungen vorbereitet sind. Das soll keiner Akademisierung Vorschub leisten, sondern helfen, die Chancengleichheit in unserer Stadt ein wenig zu verbessern. Es braucht keine langen Erklärungen, sondern einfache aber wirksame Massnahmen zur Vereinheitlichung der Qualität. Deshalb haben die Initianten, in Absprache mit dem Stadtrat und den Mitgliedern der BSKK beschlossen, entgegen der ursprünglichen Absicht, keinen Nachbericht zu verlangen, sie bitten aber den Stadtrat, zu Protokoll zu geben, dass er bereit ist, das Thema in der BSKK erneut anzuschauen. Wichtig ist, dass man am Ball bleibt. Es soll möglichst ein einfacher Weg für die Vorbereitung auf die Gymnasiumsaufnahmeprüfung gefunden werden.

O. Seitz (SP): Mit dem Postulat wurde nicht die Absicht verfolgt möglichst viele Jugendliche ins Gymnasium zu bringen. Aber es sollen die richtigen Schülerinnen und Schüler das Gymnasium besuchen und nicht ausschliesslich diejenigen, deren Eltern viel Geld haben. Die Fähigkeiten und das Interesse müssen den Ausschlag geben. Der Stadtrat vergisst offenbar, dass ein privater Vorbereitungskurs knapp 1'000 Franken kostet. Das können sich nicht alle leisten und wollen das auch nicht. Der Stadtrat hat vorgeschlagen Vorbereitungskurse für die er bereits 130'000 Franken ins Budget eingestellt hat und verspricht, dass er eine Weisung vorlegen wird. Das ist heute leider nicht mehr der Fall. Dieser Betrag wurde gestrichen. Deshalb schliesst sich O. Seitz der Ansicht an, dass das Thema erneut in der BSKK diskutiert werden soll, weil diese Antwort bereits überholt ist.

Ch. Magnusson (FDP) spricht anstelle des Mitpostulanten A. Bosshart. Das Grundsatzproblem besteht, dass nämlich an den Gymnasiumsaufnahmeprüfungen zum Teil Kenntnisse über einen Stoff verlangt werden, der an der Primarschule noch nicht unterrichtet worden ist. Das heisst es wird Stoff abgefragt, den die Kinder noch nicht kennen. Das ist ein Problem des Systems. Die Vorbereitungskurse sind dementsprechend darauf ausgerichtet den Typus Aufgaben, der an der Gymnasiumsaufnahmeprüfung abgefragt wird, zu üben, damit die Schüler, die die Vorbereitungskurse besuchen, die Prüfung bestehen. Das macht wenig Sinn. Die Schule muss, nach Ansicht der FDP, die Kenntnisse vermitteln, die an der Aufnahmeprüfung abgefragt werden und zwar ohne dass den Eltern Mehrkosten entstehen. Darüber dürften sich alle einig sein. Das entspricht auch im weitesten Sinn den Forderungen des Postulats. Es kann aber nicht sein, dass alle ein Gymnasium besuchen. Die FDP ist dafür, dass der duale Bildungsweg mit Berufslehre und persönlicher Weiterbildung gefördert wird und dass keine Akademisierung der Massen angestrebt wird. Eine beschränkte Zeit, ein bis zwei Lektionen pro Woche, innerhalb des Schulbetriebs als Vorbereitung ist massvoll und sinnvoll. Offensichtlich wäre das auch nötig. Das kann und soll angeboten werden und zwar ohne Mehrkosten und im Rahmen der bestehenden Ressourcen. In einer Klasse unterrichten 7 bis 8 Lehrpersonen und es werden diverse ergänzende Massnahmen umgesetzt. Es kann nicht sein, dass sämtliche Massnahmen ausschliesslich am unteren Ende der Schulklassen eingesetzt werden. IF und alle anderen zusätzlichen Massnahmen sind nicht nur für die schwächsten Schüler, sondern genauso für die besten und hochbegabten und für diejenigen, die das Gymnasium besuchen wollen gedacht. Mit diesen Förderlektionen müssen gezielt förderungswürdige Schüler gefördert werden.

Die Preise für Vorbereitungskurse variieren sehr stark. Es gibt Kurse, die 2'500 bis 3'000 Franken kosten. Das ist sehr viel. Durchschnittlich 1'000 Franken sind durchaus realistisch.

Ch. Magnusson hat selber ein Kind, das die Gymnasiumsaufnahmeprüfung absolviert hat. Die Vorbereitung hat 600 Franken gekostet. Ob sie erfolgreich war, wird Ch. Magnusson Ende Woche wissen, wenn die Resultate vorliegen. Er kann aber die Adresse der Person weitergeben, die sein Kind sehr gut auf die Prüfung vorbereitet hat. Grundsätzlich wäre die FDP mit dem Ziel des Stadtrates einverstanden, das jetzt aber überholt ist aufgrund der Budgetsituation. Die Schule soll flächendeckend Vorbereitungskurse anbieten. Es ist aber verständlich, dass das aufgrund der Finanzsituation im Moment nicht möglich ist. Die FDP schlägt deshalb vor, dass die Vorbereitungskurse über die schulinternen Ressourcen finanziert werden. Diese Kurse sollen früh genug und auf qualifiziertem Niveau angeboten werden. In diesem Sinn nimmt die FDP die Antwort verhalten positiv entgegen.

D. Schraft (Grüne/AL) spricht anstelle des Mitpostulanten M. Stauber (Grüne). Alle drei Votanten haben mehr oder weniger die gleichen Argumente vorgebracht. Diese Aussagen kann D. Schraft unterstützen. Sie hat keine neuen Erkenntnisse, die sie beitragen kann. Deshalb verzichtet sie auf ein langes Votum. D. Schraft kommt aus einem armen, das heisst sozioökonomisch benachteiligten Elternhaus. Sie konnte nur deshalb das Gymnasium besuchen, weil sich der Lehrer bei den Eltern dafür eingesetzt hat. Es hängt sehr stark von den Lehrpersonen ab, ob ein Kind die Aufnahmeprüfung macht. Das kommt im Bericht zum Ausdruck und ist auch heute noch der Fall.

Ch. Ingold (EVP): Die Diskussion um die Anschlusslösung an das Gymnasium ist eigentlich überflüssig. Wenn man das Schulsystem studiert, sieht man, dass es möglich ist aus der Sekundarschule C ein Doktorat zu erreichen. Das braucht mehr Zeit. Es sind aber keine unüberwindbaren Schranken im Bildungssystem vorhanden. Deshalb hat die Aufklärung der Elternschaft einen sehr hohen Stellenwert und kann das Problem entschärfen.

W. Schurter (CVP) kann sich der Aussage anschliessen, dass auch aus der Sekundarschule B oder C eine akademische Ausbildung möglich ist. Auch W. Schurter hat es erlebt, dass im Rahmen der Vorbereitung auf die Gymnasiumsaufnahmeprüfung nicht nur ein Lernwettbewerb vorhanden ist, es herrschte auch die Meinung, dass die Kinder die Aufnahmeprüfung nicht bestehen, wenn sie nicht ins Lernstudio geschickt werden. Die beiden Kinder von W. Schurter haben die Aufnahmeprüfung aber ohne Lernstudio bestanden. Hier herrscht aber tatsächlich keine Chancengleichheit. Diese müsste aber eigentlich vorhanden sein. Deshalb begrüsst die CVP den Beschluss des Stadtrates und die Bemühungen der Zentralschulpflege, die Vorbereitungskurse für die Aufnahmeprüfungen im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten aktiv zu unterstützen. Mit der eingeleiteten Änderung des kantonalen Volksschulgesetzes sind die rechtlichen Grundlagen vorhanden. Die CVP-Fraktion nimmt die Postulatsantwort zustimmend zur Kenntnis.

G. Gisler (SVP): Die SVP-Fraktion begrüsst es, dass der Stadtrat, beziehungsweise die Zentralschulpflege, eine entsprechende Vorlage ausarbeiten will, die zum Ziel hat, Vorbereitungskurse anzubieten. Das Basisangebot, wie es von der Bildungsdirektion empfohlen wird, erachtet die SVP als gut. G. Gisler hat ebenfalls erlebt, dass der Stoff, der an der Gymnasiumsaufnahmeprüfung abgefragt wird, an der Volksschule teilweise nicht unterrichtet wird. Die Erziehungsdirektion hat eine Broschüre versandt. Darin war der Stoff aufgelistet, den die Schülerinnen und Schüler für eine erfolgreiche Prüfung beherrschen müssen. G. Gisler hat die Erfahrung gemacht, dass man den Lehrpersonen, respektive den Schulleitern, in dieser Hinsicht auf die Finger schauen muss, damit sie den notwendigen Stoff bis zur Prüfung durchnehmen. Die SVP-Fraktion nimmt vom Bericht zum Postulat im zustimmenden Sinn Kenntnis.

Stadtrat St. Fritschi seine Kinder haben es prüfungsfrei in den Kindergarten und in die Primarschule geschafft. In Japan müssen die Kinder eine Aufnahmeprüfung ablegen, damit sie einen guten Kindergarten besuchen können. Zum Glück herrschen in der Schweiz andere Verhältnisse. Die Kinder kommen prüfungsfrei in die Spielgruppe, in den Kindergarten und in die Primarschule. Die Selektion findet beim Übertritt ins Gymnasium statt. Die Antwort des Stadtrates ist unter zwei bereits überholten Annahmen geschrieben worden. 1. Der Stadtrat

hat angenommen, dass der Kantonsrat die regierungsrätliche Empfehlung annimmt und alle Gemeinden dazu verpflichtet angebotsorientierte Vorbereitungskurse für die Gymnasiumsaufnahmeprüfung anzubieten. Das wurde vom Kantonsrat überraschenderweise abgelehnt. 2. Die finanziellen Verhältnisse der Stadt Winterthur haben sich innerhalb einiger Monate drastisch geändert. Der Stadtrat hat gemeinsam mit der Zentralschulpflege einen Entscheid fällen müssen. Das Departement Schule und Sport stand vor der Wahl ein neues Angebot zuschaffen, so wie das der Kanton empfohlen hat, das ca. 130'000 Franken pro Jahr kosten würde, oder an einem anderen Ort, ein ebenso wichtiges oder noch wichtigeres Angebot aufrechtzuerhalten oder etwas auszubauen. Der Stadtrat hat gemeinsam mit der Zentralschulpflege den Entscheid getroffen, dass das Angebot Deutsch als Zweitsprache nicht unter die Empfehlungen des Kantons reduziert werden soll. Die Ausgaben betreffen das gleiche Konto, nämlich die Lehrerlöhne. Deutsch als Zweitsprache nimmt bereits in den ersten beiden Kindergartenjahren und in der ersten Primarklasse einen wichtigen Stellenwert ein. Damit kann die Chancengerechtigkeit stark erhöht werden. Hier kann das Geld viel effektiver eingesetzt werden, als für die Vorbereitungskurse. Stadtrat St. Fritschi verschliesst sich den Vorschlägen der Postulanten nicht und wird versuchen für die ganze Stadt gewisse Standards zu erreichen. Er ist damit einverstanden, dass das Thema auf die Pendenzenliste der BSKK gesetzt wird. In der Kommission kann das weitere Vorgehen diskutiert werden. Es ist so, man kann nicht das Budget reduzieren und gleichzeitig das Angebot ausbauen. Stadtrat St. Fritschi ist froh, dass die Ratsmitglieder einsehen, dass ein Ausbau zurzeit nicht möglich ist und deshalb die versprochene Weisung nicht vorgelegt werden kann. Das Angebot in Bezug auf die Vorbereitungskurse soll aber mit den bestehenden Mitteln gehalten werden. Es ist zudem wichtig festzuhalten, dass andere Tests an Bedeutung zunehmen, ein Beispiel ist der Basic-Check, ein Test, den alle Schülerinnen und Schüler im zweiten Sekundarschuljahr absolvieren müssen. Es ist nicht mehr möglich eine Lehrstelle zu erhalten, wenn die Resultate dieses Tests nicht vorgelegt werden können. Wenn die Mittel zwischen Berufsausbildung und Gymnasium gerecht aufgeteilt werden sollen, dann müssen auch für beide Bildungsweg Vorbereitungskurse innerhalb der Schule angeboten werden. Das liegt im Moment noch in der Kompetenz der Schulen. Es ist Stadtrat St. Fritschi ein Anliegen, dass das duale Schulsystem ernst genommen wird und die Jugendlichen gut vorbereitet werden, die einen Beruf erlernen wollen.

E. Wettstein (SP): Der Test heisst Stellwerk, den Basic-Check gibt es nicht mehr. Wenn man sich auch noch für das Stellwerk vorbereiten muss, dann kann man nicht mehr feststellen, wo die Defizite sind. Dieser Test hat auch zum Ziel, die Defizite festzustellen und den Jugendlichen die Möglichkeit zu geben, sich zu verbessern.

Ratspräsident J. Lisibach: Damit hat der Gemeinderat den Postulatsbericht zustimmend zur Kenntnis genommen. Das Postulat wird abgeschrieben.

12. Traktandum

GGR-Nr. 2010/128: Antrag und Bericht zum Postulat B. Günthard-Maier und A. Bosshart (FDP), F. Albanese (CVP) und St. Nyffeler (SVP) betreffend Familien- und Schulergänzende Kinderbetreuung: Anreizwirkung überprüfen

D. Schneider (FDP): Die FDP dankt für die umfangreiche Antwort auf das Postulat. Der Stadtrat hat das Problem erkannt. Wenn man das Papier genau liest, merkt man, wo die Probleme liegen. Seit dieses Postulat eingereicht wurde, hat sich vieles verändert. Ein Nachtrag zur FAMEX-Verordnung wurde in der Zwischenzeit vom Gemeinderat angenommen. Das Beitragsreglement wurde revidiert und es wurden Steuererleichterungen eingeführt. Die neuen Rahmenbedingungen haben einen Einfluss auf diese Antwort. Alles entscheidend ist, dass die FAMEX-Verordnung, die noch dieses Jahr dem Gemeinderat vorgelegt werden soll, die Anliegen umsetzt, die im Postulat dargelegt wurden. Die FDP nimmt die Antwort positiv zur Kenntnis. D. Schneider weist darauf hin, dass ganz entscheidende Änderungen vorgese-

hen sind. Es ist wichtig, dass bei der Berechnung der Kosten auf das steuerbare Einkommen Bezug genommen wird. Ein weiterer Punkt ist das Controlling. Jeder der Arbeit hat, kann die Kinder in eine Kindertagesstätte schicken. Dabei sind wichtige Faktoren zu berücksichtigen, die kostenrelevant sind. Es muss abgeklärt werden, ob die Leute, deren Kinder eine Kindertagesstätte besuchen, arbeiten. Diese Rahmenbedingungen sind entscheidend. Wenn man das nicht im Griff hat, muss mit einer Kostenexplosion gerechnet werden. Die neue FAMEX-Verordnung wird dafür entscheidend sein.

Es ist zwar richtig, dass es Ungerechtigkeiten gibt. Generell wird aber auf hohem Niveau argumentiert. Wenn bei einem Erstverdienst von über 140'000 Franken vorgerechnet wird, dass die zweitverdienende Person nur noch wenig frei verfügbares Einkommen generieren kann, ist das zwar berechtigt, bewegt sich aber auf einem hohen Niveau. Der nächste Schritt wird die FAMEX-Verordnung sein und es wird sich zeigen, wie die konkrete Lösung aussieht und ob der Punkt des falschen Anreizes aufgefangen werden kann. Wahrscheinlich läuft es darauf hinaus, dass eine lineare Berechnung eingeführt werden muss.

F. Albanese (CVP): Die CVP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die ausführliche Antwort und nimmt sie im positiven Sinn zur Kenntnis. Nach der Annahme des Nachtrags zur FAMEX-Verordnung sind bereits Massnahmen in Kraft getreten, die Fehlanreize reduzieren sollen. Eine weitere Teilrevision drängt sich nicht nur aufgrund des auf Bundesebene gescheiterten Familienartikels auf, sondern auch, weil eine selbstverständliche städtische Pflicht darin besteht, falsche Anreize in der Kinderbetreuung zu verhindern. Der Gemeinderat kann auf die nächste Revision gespannt sein. Der Hinweis auf die steuerrechtlich gewünschte Anpassung nimmt die CVP gern zur Kenntnis. Die Kantonsratsfraktion der CVP konnte mit einer parlamentarischen Initiative eine Erhöhung der Abzüge im Kantonsrat bereits durchsetzen. Das Postulat kann aufgrund der dargelegten Überlegungen als erledigt abgeschrieben werden.

G. Gisler (SVP): Die SVP-Fraktion dankt für den sehr ausführlichen Bericht. Die Anpassung an die bisherige FAMEX-Verordnung ist wichtig. Die Elternbeiträge müssen sich linear entwickeln, um massive Kostensprünge zu vermeiden. Die Umsetzung dieser Forderung ist in Vorbereitung. Die SVP-Fraktion nimmt den Bericht im zustimmenden Sinn zur Kenntnis.

Ch. Ingold (EVP): Unabhängig von der präzisierten Zielsetzung beurteilt die EVP das Beitragsmodell als ungünstiges Instrument zur Anreizsetzung. Familien welche die Familien- und Schullergänzenden Kinderbetreuung nicht nutzen gehen leer aus. Um den Anreiz für alle Familien setzen zu können, müsste dieser über die Steuerrechnung laufen, damit die jeweiligen Familien entweder begünstigt oder bestraft würden. Die EVP steht diesem einseitigen Anreiz kritisch gegenüber. Die Gründe warum sich Eltern für ein Modell der Erwerbsarbeit entscheiden, sind sehr vielfältig und ändern sich oft. Die Postulatsantwort gibt den Postulanten insofern Recht als eine Studie von econcept bestätigt, dass in Winterthur zurzeit relevante Fehlanreize bestehen. Zusätzliche Erwerbsarbeit lohne sich nicht. Dann lassen wir sie doch bleiben und nutzen diese Zeit mit unseren Kindern. Das lohnt sich auf jeden Fall, zwar nicht monetär aber sozial. Wenn nun durch eine Revision der Verordnung Fehlanreize behoben werden, ist dagegen nichts einzuwenden. Es stellt sich aber die Frage, ob möglichst viel zu arbeiten und seine Kinder fremd betreuen zu lassen, der bessere Anreiz ist. Die EVP ist für beide Modelle und für Zwischenlösungen offen. Sie ist nicht der Meinung, dass Anreize für das eine oder andere Modell geschaffen werden sollen. Die EVP-Fraktion nimmt die Antwort im positiven Sinn zur Kenntnis.

K. Cometta (GLP): Die GLP/PP-Fraktion dankt für den ausführlichen Bericht. K. Cometta ist der Meinung, dass es Fehlanreize gibt, die dazu führen, dass vor allem Frauen weniger arbeiten, weil sie in der Regel die Zweitverdienenden sind. Es geht nicht nur um ein Jammern auf hohem Niveau. Wenn eine Erhöhung des Erwerbseinkommens zu einer Reduktion des verfügbaren Einkommens führt, ist das nicht richtig. Das passt nicht ins Konzept, dass sich Arbeit lohnen soll. Deshalb ist es wichtig, dass die Fehlanreize im zweiten Teil der FAMEX-Revision beseitigt werden. Insbesondere müssen die Elternbeiträge linear ausgerichtet werden. Es soll keinen Kostensprung geben, wenn keine Subventionen mehr ausgerichtet werden. Bei der Berechnung der Elternbeiträge soll zudem auf das steuerbare Einkommen ab-

gestützt werden. Solange kantonal noch nicht die ganzen Betreuungskosten abgezogen werden können, müsste man diese vom steuerbaren Einkommen abziehen können, damit die Berechnung fair ist. Es ist wichtig, dass die FAMEX-Verordnung rasch revidiert wird, damit die Motion der GLP betreffend Betreuungsgutscheine umgesetzt werden kann. K. Cometta bedauert die Verzögerungen und ist auf die Weisung gespannt.

S. Madianos (SP): Die SP-Fraktion dankt für die ausführliche Beantwortung des Postulats. Wichtig ist, dass falsche Anreize reduziert werden. Es kann nicht sein, dass finanzielle Nachteile in Kauf genommen werden müssen, wenn die Frau wieder ins Berufsleben einsteigt. Das bedeutet nicht, dass beide Elternteile je 100 % arbeiten müssen. Für viele Frauen ist es aber sehr wichtig und wirtschaftlich interessant wieder einen Fuss im Berufsleben zu haben. Eine Vereinfachung der Kinderbetreuungsbeiträge ist sicherlich prüfenswert. Insbesondere damit Kostensprünge vermieden werden, wenn sich das Einkommen geringfügig verändert. Noch wichtiger als eine Vereinfachung ist ein faires System. Es darf auf keinen Fall mit der Vereinfachung eine versteckte Sparmassnahme einhergehen. Das würde die SP nicht mitmachen. Die SP-Fraktion nimmt die Antwort im positiven Sinn zur Kenntnis.

Stadtrat St. Fritschi: Die angesprochene Weisung wird vom Stadtrat noch vorbereitet. Mit der Abschaffung von Fehlanreizen bei der schulergänzenden Betreuung hat die Stadt gute Erfahrungen gemacht. Diese Erkenntnisse will der Stadtrat in das Reglement für die Kindertagesstätten einfließen lassen. Es wurde verschiedentlich festgestellt, dass es Fehlanreize gibt, die jetzt korrigiert werden sollen. Einer davon ist die stufenweise Erhöhung der Betreuungskosten für die Eltern. Diese Kostensprünge sollen eliminiert werden. Auch in Bezug auf die Haushaltsgrösse enthält die FAMEX-Verordnung einen Fehlanreiz, der mit dem neuen Beitragsreglement korrigiert wird. Stadtrat St. Fritschi ist zuversichtlich, dass ein grosser Teil der Forderungen umgesetzt werden kann. Er weist aber darauf hin, dass auch in Bezug auf die Familien- und Schulergänzende Kinderbetreuung die finanzielle Lage der Stadt Winterthur berücksichtigt werden muss. Die Stadt kann es sich nicht leisten, alle gewünschten Rabatte zu gewähren. Der Stadtrat muss sich an der Realität orientieren und hofft, dass die neue Verordnung eine Mehrheit im Gemeinderat finden wird.

Ratspräsident J. Lisibach: Der Gemeinderat hat das Postulat positiv zur Kenntnis genommen. Das Postulat ist damit abgeschlossen.

13. Traktandum

GGR-Nr. 2011/012: Antrag und Bericht zum Postulat E. Wettstein (SP), A. Steiner (GLP) und L. Banholzer (EVP) betreffend sportlich zum Sport oder ohne Auto zum Sport

E. Wettstein (SP) dankt im Namen der Fraktion für die Postulatsantwort. Der Stadtrat ist sich bewusst, dass ein massgeblicher Teil des Freizeitverkehrs durch den Sport verursacht wird. Der Bund hat die Vision formuliert, dass sich der Freizeitverkehr, im Vergleich zum Jahr 2005, bis 2020 zugunsten des ÖV und des Langsamverkehr verschieben wird. E. Wettstein ist sich aber nicht sicher, ob die Stadt Winterthur noch so lange warten kann. Bis 2020 sind die Strassen und Parkplätze so verstopft, dass ein Umdenken so oder so stattfinden muss. Die grossen Sportanlagen in der Stadt Winterthur sind zum Glück so zentrumsnahe und bestens durch den ÖV erschlossen, dass ein Umsteigen relativ einfach zu realisieren wäre. Wollen und Können muss als Voraussetzung gegeben sein. Rund 50 Sportanlagen sind auf das ganze Stadtgebiet verteilt. Ausser Oberseen und Reitplatz sind die meisten zentrumsnahe und mit dem ÖV gut erreichbar. Aber Wunder sind keine zu erwarten. Solange man noch irgendwo einen Gratisabstellplatz findet, muss der Sportler oder die Sportlerin das gewohnte Verhalten nicht ändern. Da hilft nur die Bewirtschaftung der Parkplätze, wie der Stadtrat richtig erkannt hat. Die wenigen Parkplätze, die noch zur Verfügung stehen, sollen von den Sportvereinen gerecht verteilt werden. Die neue Strategie ist aber nicht ganz ohne Nebenge-

räusche gestartet. Es ist unbegreiflich, dass Kontrollpersonen aufgrund der Parkgebühr tödlich angegriffen oder mit Ausreden überhäuft werden. An einem Ort wurde sogar die Zahlstelle sabotiert und unbrauchbar gemacht. Trotz diesen zum Teil widrigen Umständen muss der Stadtrat die Strategie weiterverfolgen und möglichst alle Parkplätze bei den Sportanlagen bewirtschaften. E. Wettstein begrüsst die Idee, dass vorbildliche Vereine belohnt oder ausgezeichnet werden können. Er erwartet, wie bereits erwähnt, keine Wunder, denn die Benutzung des Autos ist eine stark verankerte Handlung. Sportlich zum Sport beginnt im Kopf jedes einzelnen. E. Wettstein dankt für die Postulatsantwort. Die SP-Fraktion nimmt sie im positiven Sinn zur Kenntnis.

A. Steiner (GLP/PP): Die GLP/PP-Fraktion nimmt die Postulatsantwort positiv zur Kenntnis und ist grundsätzlich mit den Ausführungen des Stadtrates einverstanden. Tatsächlich sind die meisten Sportanlagen sehr gut durch den ÖV erschlossen. Leider fehlt es jeweils bei den Sportlerinnen und Sportler und vor allem den Fans an der Motivation mit dem ÖV anzureisen. Entsprechend teilt A. Steiner die Meinung von E. Wettstein (SP), dass die Parkplätze bewirtschaftet werden müssen, damit diejenigen, die mit dem ÖV anreisen und dafür bezahlen, nicht mehr Geld ausgeben müssen als diejenigen, die mit dem Auto anreisen. Es ist extrem stossend, dass es aufgrund der Parkgebühren zu Pöbeleien kommt. Leider muss man offensichtlich damit leben. Auch im Zug gibt es Reisende, die die Billettkontrollure anpöbeln und tödlich werden. Aber niemand würde daraus den Schluss ziehen, dass die Tickets gratis verteilt werden müssen. A. Steiner hat in der Antwort die Thematik Langsamverkehr vermisst. Die Erreichbarkeit der grösseren Sportanlage zu Fuss und mit dem Velo müsste genauer analysiert werden. Hier besteht ein Verbesserungspotential, das insbesondere im Rahmen des Ausbaus der Sportanlage Deutweg genau geprüft werden muss. Im Idealfall kann der Bahnhof Grüze mit einer Fussgänger- oder Veloroute mit dem Stadion verbunden werden. Heute ist der Weg sehr düster und unattraktiv und vor allem junge Mädchen wagen es nicht diesen Weg nachts zu nutzen. Die GLP/PP-Fraktion ist daran interessiert für die Sportlerinnen und Sportlern den Langsamverkehr angenehm zu gestalten. Auch die gute Erreichbarkeit des Reitplatzes mit dem Velo ist wichtig. Das ist im Moment nicht gegeben. A. Steiner begrüsst es, dass das Sportamt aktiv wird und mit den Vereinen zusammenarbeitet. Es ist sicher möglich mit dem Dachverband Winterthurer Sport gemeinsame Projekte zu realisieren.

L. Banholzer (EVP): Die EVP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Beantwortung des Postulats und für seine positive Haltung gegenüber der Forderung nach mehr Sportlichkeit der aktiven oder passiven Winterthurer Sporttreibenden. Die Strategie des Stadtrates möglichst alle Parkplätze bei Sportanlagen zu bewirtschaften, ist sicher ein wichtiger Faktor, um gewisse Leute zu bewegen mit dem Velo oder mit dem ÖV anzureisen oder allenfalls das Auto mit mehreren Personen zu füllen. Ein weiterer Schwerpunkt wird die Sensibilisierung der Veranstalter und Vereinen sein. Der Weg, nicht mit Verboten sondern mit Anreizen ein gewisses Umdenken zu bewirken, ist richtig und zielführend. Die EVP hofft, dass auch die Sporttreibenden und Zuschauenden diese Anregungen positiv aufnehmen und dazu beitragen, den innerstädtischen Verkehr etwas zu reduzieren. Die EVP-Fraktion nimmt die Antwort positiv zur Kenntnis.

W. Schurter (CVP): Die CVP-Fraktion dankt dem Stadtrat für den Bericht zum Postulat und nimmt ihn grossmehrheitlich im zustimmenden Sinn zur Kenntnis. Es ist richtig, dass mit der Anreise zu den Sportanlagen zu Fuss und mit dem Velo, Sport betrieben werden könnte. Jedoch gibt es viele Sportarten, für die eine umfangreiche Ausrüstung benötigt wird, wie zum Beispiel Eishockey. Der Transport ist mit dem Auto einfacher und bequemer. Eine Parkplatzbewirtschaftung macht bei grösseren, stark verkehrserzeugenden Sportarten Sinn, wie sie bereits an diversen Orten umgesetzt ist. Die CVP erachtet die Bewirtschaftung von kleineren Parkplätzen, zum Beispiel bei Schulanlagen, als nicht sinnvoll. Der administrative Aufwand ist zu gross und die Diskussion mit den Nutzern leider unvorhersehbar. Die geplante Sensibilisierungskampagne des Sportamtes unter dem Titel: „Sportlich zum Sport“ ist zu begrüssen. Damit können die Sportlerinnen und Sportler auf sympathische Weise an ihre Verantwortung erinnert werden.

J. Altwegg (Grüne/AL): Die Grüne/AL-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Postulatsantwort. Die Richtung der Antwort entspricht durchaus der Intension der Grünen. Die vermehrte Bewirtschaftung der städtischen Parkplätze ist zu begrüßen. Die Übergriffe sind sehr bedauerlich. In diesem Zusammenhang müsste geprüft werden, wie das bei den privaten Sport- und Fitnessanbietern aussieht. Die Stadt sollte den Finger darauf legen, dass auch diese ihre Parkplätze bewirtschaften müssen. Es gibt Anbieter auf dem Markt, die über eine grosse Anzahl Gratisparkplätze verfügen können und damit einen Wettbewerbsvorteil erlangen. Es ist erfreulich, dass die Stadt immer sportlicher wird. Es soll alles daran gesetzt werden, dass das so bleibt und in Zukunft noch stärker wird. In diesem Sinn nimmt die Grüne/AL-Fraktion im zustimmenden Sinn zur Kenntnis.

M. Wenger (FDP): Die FDP dankt dem Stadtrat für die Postulatsantwort. Dem Bericht kann entnommen werden, dass die meisten Sportanlagen mit dem ÖV gut erschlossen sind und das ist gut so. Bevor eine Bewirtschaftung der Parkplätze erfolgen kann, müssen die Sportanlagen mit dem ÖV gut erschlossen sein. Beim Reitplatz ist das nicht der Fall. Also sollte hier noch keine Bewirtschaftung erfolgen. Die FDP hofft, dass für Trainer und Betreuer ein beschränktes Angebot an Vereinsparkplätze zur Verfügung gestellt werden kann – zum Beispiel für Material- oder Sammeltransporte. 20 Fussbälle oder Hockeyausrüstungen im dem ÖV zu transportieren ist mühsam. Die FDP stimmt der Postulatsantwort zu.

G. Gisler (SVP): Die SVP-Fraktion dankt dem Stadtrat für den Bericht. Es ist es sicher sinnvoller mit dem ÖV oder mit dem Velo zum Sport zu fahren, wenn das möglich ist. Für Sportarten wie zum Beispiel Eishockey bietet das Auto aber Vorteile. Im Weiteren werden bereits jetzt weitgehend Fahrgemeinschaften organisiert. Die Sportkonsumenten sind zudem nicht zwingend selber sportlich, aber sie sind trotzdem wichtig für die Vereine. Letztlich ist auch der Zeitfaktor nicht zu unterschätzen. Winterthur hat auch im Sport Zentrumsaufgaben zu erfüllen. Viele Sportlerinnen und Sportler, vor allem die Leistungssportler, und deren Trainerinnen und Trainer haben ein sehr gedrängtes Programm und es gilt nach der täglichen Arbeit oder nach der Schule möglichst rasch das Training zu erreichen. Deshalb ist es nach wie vor wichtig, dass der motorisierte Individualverkehr genügend Platz hat. Die Sportvereine müssen für die Turnhallen Miete bezahlen. Für einen Verein macht das einen hohen Anteil an den Fixkosten aus. Dieser wird dann auf die Sportler abgewälzt. Die SVP ist der Ansicht, dass ausserhalb der Geschäftsöffnungszeiten keine Gebühren erhoben werden sollen. Die SVP-Fraktion nimmt den Bericht im zustimmenden Sinn zur Kenntnis.

Stadtrat St. Fritschi ist froh, dass das Parlament den Stadtrat im Grundsatz unterstützt. Die Sportanlagen müssen bewirtschaftet werden. Stadtrat St. Fritschi bittet die Ratsmitglieder, ihren Einfluss auf die Vereine zu nutzen und zu helfen weitere Vandalenakte und Tätlichkeiten zu verhindern. Er hofft, dass sich diese Vorfälle bei zukünftigen Bewirtschaftungen nicht wiederholen werden. Es zeigt aber, dass die Einführung eines bewirtschafteten Parkfeldes kein Sonntagsspaziergang ist. Es braucht die Zusammenarbeit mit den betroffenen Vereinen. Die Stadt stellt jeweils bei den Sportanlagen für die ehrenamtlich tätigen Funktionäre einige Gratisparkplätze zur Verfügung. Der Verein erhält eine beschränkte Anzahl Parkkarten, die an die Funktionäre ausgegeben werden können. Das ist wichtig, damit die Vereine diese Massnahmen mittragen und innerhalb des Vereins für Akzeptanz werben. Leider konnte dieses Ziel nicht überall erreicht werden. Stadtrat St. Fritschi bittet die Ratsmitglieder ihren Einfluss geltend zu machen. In der nächsten Zeit werden noch weitere Parkplätze bei Sportanlagen bewirtschaftet.

Ratspräsident J. Lisibach: Damit ist das Postulat erledigt. Der Gemeinderat hat es im zustimmenden Sinn zur Kenntnis genommen.

14. Traktandum

GGR-Nr. 2010/087: Antrag und Bericht zum Postulat A. Steiner (GLP/PP), Ch. Denzler (FDP), R. Diener (Grüne/AL) und O. Seitz (SP) betreffend Kostenreduktion Dienstfahrten

A. Steiner (GLP/PP): Die Antwort zum Postulat Kostenreduktion Dienstfahrten kann nicht restlos überzeugen. Die Zahlen geben nur mässigen Aufschluss darüber was die Forderungen des Postulats anbelangt. Im Postulat wird gefordert, dass die Kosten für Dienstfahrten reduziert und die Umweltverträglichkeit erhöht werden soll. Dazu hat der Stadtrat relativ wenig geschrieben. In der Antwort sind die Fahrzeuge aufgelistet und die Fahrten, die damit unternommen werden. Aber wo das Sparpotential liegt, dazu steht herzlich wenig in der Postulatsantwort. Der Stadtrat setzt stark auf die Motivation der Mitarbeitenden. Das reicht definitiv nicht aus. Die Parkplatzbewirtschaftung ist ebenfalls ein Thema. Das betrifft aber den Pendlerverkehr und weniger die Dienstfahrzeuge. Ist der Wirkungsbereich tatsächlich so schwach? A. Steiner ist überzeugt, dass der Stadtrat wesentlich mehr unternehmen könnte. Die städtische Fahrzeugflotte umfasst 300 Dienstfahrzeuge ohne die Spezialfahrzeuge. Hier könnte massiv optimiert werden, wenn die Fahrzeuge vermehrt geteilt würden und vermehrt Carsharing eingeführt würde. Auch durch vermehrte Absprachen können Fahrten eingespart werden. Die Stadt hat sich eine Flotte von Elektrowelos zugelegt. In der Postulatsantwort wird aber nirgends festgehalten, wie viele Motorfahrzeuge dadurch eingespart werden konnten. Ach bezüglich der privaten Nutzung von Dienstfahrzeugen sind keine Angaben in der Antwort enthalten. A. Steiner möchte wissen, ob die Mitarbeitenden die Dienstfahrzeuge auch für Pendelstrecken nutzen dürfen. Wenn ja in welchen Fällen? Die GLP/PP-Fraktion verlangt aber keinen Zusatzbericht zum Postulat. Der Stadtrat weist zu Recht darauf hin, dass sich mit dem Umzug der Stadtverwaltung in den Superblock einiges ändern wird. A. Steiner hofft, dass sich dann wirklich etwas ändert, weil dann die Dienstfahrzeuge wesentlich effizienter bewirtschaftet werden können. In der Antwort gibt der Stadtrat weder Auskunft über die Art der Dienstfahrzeuge noch darüber wie in Zukunft Dienstfahrzeuge beschafft werden sollen. Ist Elektromobilität ein Thema? Sind Gasfahrzeuge ein Thema? Im Rahmen der Sparmassnahmen „effort14+“ muss ein grosses Augenmerk auf die Kostenreduktion gelegt werden. A. Steiner ist überzeugt, dass es möglich ist zu sparen. Eine Abteilung hat offensichtlich bereits mit Erfolg damit begonnen die Situation zu analysieren und Sparmöglichkeiten zu eruieren. Jede Abteilung muss ein Augenmerk darauf haben. A. Steiner spart lieber bei den Dienstfahrzeugen als bei den Sozialleistungen.

F. Helg (FDP): Die Problematik Kostenreduktion Dienstfahrten war auch ein Bestandteil der Vorlage Mobilitätsmanagement, Geschäft 2012/065. Seit der Erstattung dieser Interpellationsantwort im Juli 2012 ist einiges passiert. Der Stadtrat hat die Vorlage Mobilitätsmanagement zurückgezogen, weil sie sich nach intensiven Kommissionsberatungen als nicht mehrheitsfähig erwiesen hat. Ein kritischer Punkt war insbesondere die Abgabe des ZVV-/Z-Bonus-Passes, der in dieser Antwort für ein effizientes Bewirtschaften von Dienstfahrten herangezogen wurde. In der Vorlage Mobilitätsmanagement hätte der Punkt Reduktion der Dienstfahrten immerhin eine Ersparnis von 250'000 im Jahr eingebracht. Insgesamt lässt sich aber die Antwort aus heutiger Sicht relativ schlecht beurteilen, weil die Problematik der Dienstfahrten wohl im Rahmen eines neuen Mobilitätsmanagements geprüft werden muss.

R. Diener (Grüne/AL): Die Grüne/AL-Fraktion ist mit der Antwort nicht zufrieden. Sie dankt zwar für die Antwort, beantragt aber ablehnende Kenntnisnahme. Es kommt R. Diener so vor, als ob ein Eiertanz aufgeführt würde, damit sich ja nichts verändern muss. Die Zahlen, die der Stadtrat vorgelegt hat, zeigen ein erschreckendes Missverhältnis in der Nutzung der verschiedenen Verkehrsträger. Von den insgesamt rund 3 Millionen jährlichen Ausgaben werden 2,5 Millionen für Dienstfahrten mit städtischen Motorfahrzeugen aufgewendet. Über 90 % der Wege werden innerhalb der Stadt zurückgelegt. Das ist unglaublich. 60 % der Fahrten werden unternommen, damit eine Person an einer Sitzung teilnehmen kann. Das

heisst der überwiegende Teil der Fahrten wird unternommen, um eine Person innerhalb der Stadt Winterthur von A nach B zu bringen. Das kann es nicht sein. Wenn die Zielvorgaben, die sich der Stadtrat gegeben hat, erreicht werden sollen, muss die Stadt ein Vorbild sein. Die Quote der 300 Dienstfahrzeuge ist absolut überdimensioniert. Die ETH Lausanne hat ihre Motorfahrzeugflotte von 50 auf 30 reduziert. Mit diesem Vorgehen können Anreize geschaffen werden, damit andere Verkehrsmittel genutzt werden. Diese Massnahme ist ganz zentral. Sie wurde im Bericht aber nicht erwähnt. Das ist sehr schwach. R. Diener kann nicht erkennen, wie die Stadt die Situation in Bezug auf die Kosten und die Umwelt verbessern will. Die Diskussion über das Mobilitätsmanagement hat gezeigt, dass nachgebessert werden muss. Niemand konnte hinter dieser Vorlage stehen. Die Ziele könnten mit einer Reduktion der Dienstfahrzeugflotte viel effizienter erreicht werden. Auch die vermehrte Nutzung von Mobility-Fahrzeugen bringt eine Verbesserung der Situation. Die Möglichkeit ein Dienstfahrzeug zu nutzen, um innerhalb der Stadt von A nach B zu gelangen soll nicht mehr zur Verfügung stehen. Die Grüne/AL-Fraktion erwartet eine deutlich andere Strategie der Stadt Winterthur und beantragt deshalb ablehnende Kenntnisnahme.

O. Seitz (SP) dankt dem Ratspräsidenten für die Traktandierung dieses Geschäfts an der heutigen Sitzung. Der Zeitpunkt ist ideal. Heute hat der Gemeinderat über Chancengerechtigkeit in der Schule gesprochen, über ein Thema, das wirklich wichtig ist. Stadtrat St. Fritschi hat erklärt, dass auch sein Departement sparen muss. Hier liegt das Sparpotential auf dem Tisch und es macht sogar Sinn, wenn gespart wird. Mit 3 Millionen ist auch das Potential sehr hoch. Die Postulanten und eine Mehrheit des Gemeinderates haben Kosteneinsparungen von 5 bis 50 % gefordert. In der Antwort schreibt der Stadtrat, dass wahrscheinlich 5 bis 10 % der Kosten eingespart werden können, gleichzeitig ist die Rede von einer Aufstockung der Beiträge an die ÖV-Abonnements. Insgesamt sieht der Stadtrat damit ein Sparpotential von knapp 5 %. Diese Weisung muss überarbeitet werden. Die Stadt muss sparen. Deshalb kann der Stadtrat in Bezug auf Kostenreduktion bei den Dienstfahrzeugen nicht den Weg des geringsten Widerstands gehen. Hier muss die Stadt einschneidende Massnahmen ergreifen und massiv sparen. Natürlich wird das wehtun und es wird Mitarbeitende geben, die nicht einverstanden sind. Wieso wurde nicht ein Teil der 5 Millionen, die der Stadtrat einsparen musste, an dieser Stelle gespart? Wann legt der Stadtrat die Weisung betreffend Mobilitätsmanagement vor? Der Stadtrat hat erklärt, dass mit der Umsetzung begonnen werden kann, sobald die Weisung vorliegt. Vieles liegt aber in der Kompetenz des Stadtrates. Die Anzahl Dienstfahrzeuge ist nicht gesetzlich vorgegeben. Hier kann der Stadtrat ansetzen und sparen. Die SP erwartet, dass im Rahmen von „effort14+“ ein erheblicher Sparbeitrag geleistet wird. Es macht mehr Sinn bei der Fahrzeugflotte zu sparen und nicht bei der Frühförderung oder bei der Chancengerechtigkeit.

U. Obrist (SVP): Die SVP bedankt sich beim Stadtrat für den Bericht zu diesem Postulat. Wie er in seiner Analyse über die Dienstfahrten aufzeigt, sind Einsparungen sehr wohl möglich. Im Zusammenhang mit dem Superblock kann sicher auch mit einer Reduktion der Dienstfahrzeuge gerechnet werden. Auch mit der Anschaffung von mehr Dienstvelos können die Kosten gesenkt werden. Von den 3,1 Millionen können rund 300'000 Franken eingespart werden, das entspricht einer Reduktion von ca. 10 %. Die SVP nimmt den Bericht zur Kenntnis.

B. Günthard Fitze (EVP): Die EVP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Postulatsantwort. Im Rahmen des städtischen Mobilitätskonzepts wurden in der Sachkommission Soziales und Sicherheit bereits viele Fragen thematisiert, die heute angesprochen worden sind. Das Konzept wurde von der Kommission zurückgewiesen. B. Günthard Fitze hofft, dass der Stadtrat ein wirksameres Konzept vorlegen wird. Das wurde auch versprochen. Die vorgesehene Gebührenerhöhung für die Parkplätze wird ebenfalls Wirkung zeigen. Was sehr nachdenklich stimmt, ist die Tatsache, dass ausgerechnet für die Teilnahme an Sitzungen der Anteil des motorisierten Individualverkehrs im Stadtgebiet Winterthur 57 % beträgt. Das ist sehr hoch. Dieser Anteil könnte sicher zugunsten des Veloverkehrs oder des ÖV reduziert werden. Man müsste strengere Auflagen machen und weniger Autos zur Verfügung stellen. Es wäre interessant die Anzahl Dienstfahrten zwischen frauen- und männerlastigen Departementen zu

vergleichen. Im Bereich Alter und Pflege wird viel weniger mit dem Auto gefahren als im Bereich Stadtwerk. Hier ist ein grosses Sparpotential vorhanden. Diese Ungleichheit wurde auch in der Kommission thematisiert. Die EVP-Fraktion wartet auf das neue Mobilitätskonzept und hofft auf eine gute Umsetzung.

M. Wäckerlin (GLP/PP): Abgesehen davon, dass die meisten Sitzungen eine Zeitverschwendung sind, gibt es viele Möglichkeiten Sitzungen elektronisch zu führen. Die Piratenpartei führt einmal pro Woche eine nationale Vorstandssitzung durch. Diese läuft über ein Tool namens Mumble. Das ist OpenSource und kostet nichts.

Stadträtin B. Günthard-Maier: Der Stadtrat teilt die Ziele, die der Gemeinderat mit diesem Postulat verfolgt. Die Stadt soll als grösste Arbeitgeberin in Winterthur eine Vorbildfunktion einnehmen. Die Ziele des Klimaschutzes will der Stadtrat weiterhin verfolgen und er will auch weniger verstopfte Strassen. Selbstverständlich ist es unterstützenswert, wenn mit einem Mobilitätskonzept zusätzlich Kosten eingespart werden können. Stadträtin B. Günthard-Maier ist ebenfalls erstaunt über die vielen innerstädtischen Fahrten der Mitarbeitenden. 23'000 Dienstfahrten im Monat, von denen über 90 % innerhalb der Stadtgrenzen und mehr als die Hälfte davon mit dem Auto gefahren werden, ist eine sehr hohe Anzahl. Der Stadtrat erarbeitet zurzeit ein neues Mobilitätsmanagement. Der Gemeinderat hat deutlich erklärt, dass die Parkplatzgebühren angepasst werden sollen. Der Stadtrat hat Anfang Monat diesen Entscheid gefällt. Die Parkgebühren für die städtischen Mitarbeitenden, die mit dem Auto zur Arbeit fahren, werden erhöht. Diese Weisung ist überwiesen. Die aktuellen Daten der gegenwärtigen Parkplatzvergabe, die Anzahl stadteigener und zugemieteter Parkplätze werden erfasst. Die flankierenden Massnahmen rund um die Verwaltungsgebäude und Schulhäuser werden jetzt eingeleitet. Um ein Ausweichverhalten zu verhindern, wenn die Parkgebühren steigen, werden blaue Zonen eingerichtet. Der Stadtrat geht davon aus, dass durch den Umzug in den Superblock, in dem 800 städtische Mitarbeitende zusammengezogen werden, die Anzahl Dienstfahrten reduziert wird. Das Departement von Stadträtin B. Günthard-Maier hat den Auftrag erhalten ein Mobilitätskonzept auszuarbeiten. Der Stadtrat ist bereits an der Arbeit. Die Stadträtin bedankt sich für die Debatte.

Ratspräsident J. Lisibach: Es liegt ein Antrag auf ablehnende Kenntnisnahme vor. Er lässt über den Antrag abstimmen.

Der Rat nimmt den Postulatsbericht mit 32 zu 22 Stimmend ablehnend zur Kenntnis. Damit ist das Postulat erledigt und wird abgeschrieben.

15. Traktandum

GGR-Nr. 2012/085: Begründung des Postulats Ch. Magnusson (FDP) und R. Keller (SVP) betreffend Identifizierung gegenüber Blinden

Ch. Magnusson (FDP): Das Postulat spricht für sich. Blinde und Sehbehinderte können nicht sehen wer vor der Türe steht, wenn es klingelt. Wenn jemand behauptet, er habe eine offizielle Funktion, ist das schwierig zu überprüfen. Das kann zu gefährlichen und unangenehmen Situationen führen. Die Postulanten haben das Problem erkannt und wollen dagegen vorgehen. Im Postulat wird gefordert, dass die städtischen Ausweise mit einer für Blinde erkennbaren Schrift ergänzt werden. Das kann in einer Übergangsphase umgesetzt werden. Aufgrund der Spardiskussion soll das Postulat mit folgendem Hinweis überwiesen werden: Es soll für solche Situationen eine verlässliche und schnelle Methode zur eindeutigen Identifizierung der Mitarbeiter gefunden werden. Weil die Herstellung eines Ausweises mehr kostet als ein Schweizer Pass könnte es durchaus sein, dass die vorgeschlagene Lösung zu teuer ist. Die Postulanten tendieren daher eher dazu, dass eine alternative Methode gesucht wird, zum Beispiel mit einer Telefonnummer, die angerufen werden kann. Der Stadtrat soll sich

eine gute Lösung überlegen. Ch. Magnusson dankt für die Unterstützung und die Überweisung des Postulats.

Ratspräsident J. Lisibach stellt fest, dass kein Ablehnungsantrag gestellt wird, damit ist das Postulat überwiesen.

Statistik: Heute Abend sind 12 Geschäfte erledigt worden und 0 Geschäfte sind eingegangen.

Bürgerrechtsgeschäfte

1. B2010/061: MISIMI geb. SHALI Alime, geb. 1958, kosovarische Staatsangehörige

R. Diener (Grüne): Frau Misimi wurde zum dritten Mal in der Kommission befragt. Leider konnten keine Fortschritte seit den letzten Befragungen festgestellt werden. Weder die Sprachkenntnisse noch das Wissen über die Schweiz konnten den Anforderungen genügen. Schweren Herzens ist die Bürgerrechtskommission gezwungen einen Ablehnungsantrag zu stellen. Die Kommission beantragt die Ablehnung des Gesuchs mit 7 zu 0 Stimmen. Die Integration von Frau Misimi kann nicht positiv bewertet werden.

Der Rat stimmt dem Antrag der Bürgerrechtskommission zu und beschliesst die Ablehnung des Gesuchs.

2. B2011/156: CACCIATORE Lucia, geb. 1968, italienische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

3. B2011/167: VARELA MARTINEZ Jesús Manuel, geb. 1967, spanischer Staatsangehöriger

F. Albanese (CVP): Der Gesuchsteller, Herr Varela Martinez, konnte den Anforderungen betreffend Wissen nicht entsprechen. Die Bürgerrechtskommission beantragt deshalb mit 6 zu 0 Stimmen die Rückstellung um ein weiteres halbes Jahr.

Der Rat stimmt dem Antrag der Bürgerrechtskommission zu und beschliesst die Rückstellung um ein weiteres halbes Jahr.

4. B2012/054: IZAIRI Ejup, geb. 1958, mazedonischer Staatsangehöriger

A. Steiner (GLP): Die sprachlichen Fähigkeiten konnten nicht genügen und auch das Wissen war ungenügend. Die Bürgerrechtskommission beantragt mit 7 zu 0 Stimmen die Rückstellung um 1 Jahr.

Der Rat stimmt dem Antrag der Bürgerrechtskommission zu und beschliesst die Rückstellung um 1 Jahr.

5. B2012/129: AQUINO Francesco, geb. 1978, italienischer Staatsangehöriger

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

6. B2012/141: DUTRUGE Nicolas Christian, geb. 1965, und Ehefrau COTTON DE BENNETOT Gaëlle Alexia, geb. 1971, mit Kindern DUTRUGE Justine Marie, geb. 1999, DUTRUGE Juliette Emmanuelle, geb. 2002, und DUTRUGE Caroline Marie, geb. 2006, französische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

7. B2012/142: GÁCSI geb. KOVÁCS Anna Márta, geb. 1952, ungarische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

8. B2012/145: ANGWILLI Armstrong Ngu, geb. 1977, mit Kindern Jed Nde, geb. 2007, und Stacey Shetou, geb. 2008, kamerunische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

9. B2012/147: AYALA CAMACHO Olga, geb. 1969, spanische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

10. B2012/151: CHAHID Tarik, geb. 1984, marokkanischer Staatsangehöriger

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

11. B2012/156: MEHMEDOVIC geb. MUMINOVIC Dzemila, geb. 1969, bosnisch-herzegowinische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

12. B2012/159: MILOVANOVIC Slavica, geb. 1970, serbische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

13. B2012/160: MUHIALDEEN Fakhir Ahmed Muhialdeen, geb. 1971, irakischer Staatsangehöriger

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

14. B2012/162: STEIN Henning, geb. 1966, und Ehefrau STEIN geb. KEMPER Jutta, geb. 1969, mit Kindern Hauke, geb. 2001, und Hannah, geb. 2003, deutsche Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

15. B2012/163: TROLLI geb. ZENELAJ Merita, geb. 1983, kosovarische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

16. B2012/164: YILDIZ geb. ALMAZ Aysel, geb. 1964, mit Kind Pelsin, geb. 2002, türkische Staatsangehörige

F. Albanese (CVP): Die Gesuchstellerin konnte neben den mangelnden sprachlichen Fähigkeiten auch den sachlichen Anforderungen nicht genügen. Die Bürgerrechtskommission beantragt deshalb mit 5 zu 2 Stimmen die Rückstellung um 1 Jahr.

Der Rat stimmt dem Antrag der Bürgerrechtskommission zu und beschliesst die Rückstellung um 1 Jahr.

17. B2012/165: ZUZAKU geb. SHAQIRI Hisnije, geb. 1986, kosovarische Staatsangehörige

Noch nicht behandlungsreif

18. B2012/166: DE MARTIN POLO Silvano, geb. 1951, italienischer Staatsangehöriger

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

19. B2012/167: GUTBROD Peter Emanuel, geb. 1971, und Ehefrau GROSS Heike, geb. 1974, mit Kind GUTBROD Karl Edgar, geb. 2007, deutsche Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

20. B2012/168: JOVANOVIC geb. CVETKOVIC Biljana, geb. 1973, mit Kindern Ivana, geb. 1995, Radovan, geb. 2002, Radan, geb. 2002, und Zorana, geb. 2003, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (5:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

21. B2012/170: MORINA Ali, geb. 1979, kosovarischer Staatsangehöriger

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

22. B2012/171: MUSTAFOSKA Bleranda, geb. 1985, mit Kind RAHMANOVSKI Hasan, geb. 2006, mazedonische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (5:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

23. B2012/172: OHANYAN Artyom, geb. 1972, mit Kind Davit, geb. 2008, armenische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

24. B2012/173: OSMANI Adem, geb. 1983, mazedonischer Staatsangehöriger

A. Steiner (GLP): Herr Osmani konnte bei der Befragung in Bezug auf das Wissen zu wenig überzeugen. Er könnte mehr lernen. Die Bürgerrechtskommission beantragt mit 5 zu 0 Stimmen die Rückstellung um ein halbes Jahr.

Der Rat stimmt dem Antrag der Bürgerrechtskommission zu und beschliesst die Rückstellung um ein halbes Jahr.

25. B2012/174: PLAKALOVIC Mirko, geb. 1966, mit Kind Marko, geb. 2011, bosnisch-herzegowinische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

26. B2012/176: ADEMI Amir, geb. 1981, mazedonischer Staatsangehöriger

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

27. B2012/177: FÜRST geb. AKAMBA Marie Thérèse, geb. 1975, kamerunische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

28. B2013/001: ALDEN Fraser Jamie, geb. 1974, britischer Staatsangehöriger

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

Ratspräsident J. Lisibach gratuliert allen Aufgenommenen und wünscht ihnen alles Gute.

Mit dem vorliegenden Protokoll erklären sich einverstanden:

Der Präsident

Die 1. Vizepräsidentin:

Die 2. Vizepräsidentin:

J. Lisibach (SVP)

Ch. Benz (SP)

B. Günthard Fitze (EVP)